Zeitschrift: Das Konzept : die Monatszeitung
Herausgeber: Verband der Schweizerischen Studentenschaften VSS
Band: 3 (1974)
Heft: 10

Heft

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 01.08.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

A. Z. 8001 Zürich 3. Jahrgang Nr. 10 25. Oktober 1974
Rämistr. 66 Erscheint monatlich

konzept

Auflage 37 000 Preis Fr. 1.20

Redaktion: Pierre Freimüller, Ruedi Küng, Rolf Nef, Beat Schweingruber

Redaktions- und Verlagsadresse: Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich, Telephon ☏ (01) 47 75 30

Abonnemente: Jahresabonnement Inland Fr. 12.—, Ausland Fr. 14.— Bestellungen beim Verlag

Inserate: Mosse-Annoncen AG, Limmatquai 94, 8023 Zürich, Tel. ☏ (01) 47 34 00

Organisierte Demütigung
Was in den psychiatrischen Kliniken (unter anderem) verändert werden muss. *Seite 3*

Die Konzerne rüsten für das Video-Zeitalter
Das Video-Geschäft ist schon im Anrollen. *Seite 5*

Konzertierte Aktion gegen die Studentenschaften?
Angriffe gegen die Zwangsmitgliedschaft. *Seite 7*

Militärjustiz
Dem Geist der Truppe geschadet. *Seite 8*

Verbannte im eigenen Land
Interviw mit einem Palästiner. *Seite 9*

Unrast der Jugend
Eine Untersuchung, die gängige Klischeevorstellungen in Frage stellt. *Seite 11*

Notwendige Information mit unnötigen Schwierigkeiten ...

Schweiz–Südafrika: Komplizen der Rassisten

Im Spätherbst 1972 erschien in Genf eine 450seitige Untersuchung des Cetim (Centre Europe – Tiers Monde) mit dem Titel «Suisse–Afrique du Sud. Relations économiques et politiques». Diese Studie – zusammen mit den Stellungnahmen des Weltkirchenrates zum Problem der Privatinvestitionen – brachte das Problem ausländischer Wirtschaftspräsenz in Südafrika auch der schweizerischen Oeffentlichkeit stärker zum Bewusstsein. Die Reaktionen der betroffenen Firmen waren vielfältig: Stillschweigen, Verharmlosung, Beschönigung, Gereiztheit, Verleumdung. Die interessante Genfer Studie hatte zwei Nachteile: Für die Mehrzahl der Deutschschweizer war sie aus sprachlichen Gründen unzugänglich, für viele der Französisch sprechenden unter ihnen zu umfangreich. Um diese Mängel zu beheben, hat sich das Cetim daran gemacht, eine deutschsprachige und kürzere, aber die Entwicklungen seit 1972 aufnehmende zweite Publikation zum Problem der schweizerischen Geschäftstätigkeiten in Südafrika herauszugeben. Trotz ungeahnten Schwierigkeiten mit den in Südafrika engagierten Schweizer Firmen ist die neue Untersuchung «Schweiz–Südafrika: Ende des Dialogs?» im September dieses Jahres erschienen. (Zu beziehen bei: Cetim, 17, quai Wilson, 1201 Genf.)

Für uns geht es hier darum, die Schwierigkeiten und Hindernisse aufzuzeigen, auf die man hierzulande stösst, wenn man sich um breitere Information für die schweizerische Oeffentlichkeit über ein politisch brisantes Thema bemüht. Die folgenden bis jetzt der Oeffentlichkeit nicht zugänglich gemachten Dokumente dienen als Unterlagen für diesen Artikel: Brief an den Direktor des Cetim (18. 2. 1974), Memorandum (18. 2. 1974) und Mitgliederzirkular Nr. 2/74 (19. 2. 1974), sämtliche von Dr. E. Th. Meier, Geschäftsführer der Swiss-South African Association (Schweizerisch-südafrikanische Gesellschaft) gezeichnet und allen Stamm- und Aktivmitgliedern obgenannter Gesellschaft zugestellt; ferner die Erwiderungen auf dieses Material von einigen Herausgebern der Cetim-Studie, so von G. Rist (21. 2. 1974), Prof. R. Preiswerk (24. 2. 1974), Prof. A. Bieler (31. 3. 1974), Pfr. A. Perrot (2. 4. 1974) und Dr. L. Vischer (3. 4. 1974). Die Beteiligten sollen möglichst weitgehend selbst zu Wort kommen – sie sprechen eine deutliche Sprache.

Cetim I

Die 72er Studie «Suisse–Afrique du Sud» brachte als Resultat umfangreicher Recherchierarbeit sowohl in der Schweiz als auch in Südafrika *wertvolles empirisches Material* über die schweizerischen Privatinvestitionen in Südafrika[1]). Nachdem die Autoren zuerst die schweizerisch-südafrikanischen Beziehungen in ihrer Gesamtheit darstellten und anschliessend die Investitionstätigkeiten von über 30 Schweizer Firmen im einzelnen analysieren, kamen sie zu den folgenden wesentlichsten Schlussfolgerungen:

1. Aus der Sicht der südafrikanischen Regierung ist jede ausländische Investition ein Mittel, ihre Machtposition national und international zu stärken.

2. Unabhängig vom guten Willen der ausländischen Investoren profitiert in erster Linie die südafrikanische weisse Minderheit von der industriellen Entwicklung Südafrikas; am grundlegenden Problem der Apartheid vermögen selbst relative Besserstellungen der schwarzen Arbeiter durch ausländische Firmen nichts zu ändern.

3. Während der Zeit dauernder Zunahme ausländischer und schweizerischer Investitionen in Südafrika hat der Terror gegenüber der schwarzen Mehrheit zugenommen, nicht aber – wie oft behauptet wird – im Gefolge des wirtschaftlichen Wachstums abgenommen.

4. Im Gegensatz zu verschiedenen moralischen Verurteilungen des Rassismus entspricht die schweizerische Politik gegenüber Südafrika im wesentlichen den Profitinteressen der einflussreichsten schweizerischen Industrie- und Finanzvertreter.

Der Hauptzweck der Veröffentlichung bestand darin, die Diskussion um dieses Problem internationaler Tragweite auch in der Schweiz auf eine möglichst breite Basis zu stellen, die *öffentliche Meinung* mit den wirklichen Tatsachen zu konfrontieren. Und die Tatsachen sind peinlich: Die Schweizer Firmen sind im internationalen Vergleich sehr stark in Südafrika vertreten, sie stehen in bestem Einverständnis mit dem weissen Minderheitsregime, auch sie bezahlen den Schwarzen für gleiche Arbeit weit schlechtere Löhne als den Weissen usw.

«konzept» hat sich in Nr. 2/2 mit der Apartheid in Südafrika befasst («Mit Streiks aus der Unmündigkeit») und in Nr. 2/3 mit Rhodesien («Schweiz macht sich mitschuldig»). Jede Nr. ist gegen Fr. 1.20 in Briefmarken erhältlich bei «konzept», Rämistr. 66, 8001 Zürich.

Centre Europe – Tiers Monde

Die Untersuchung des *«Centre Europe – Tiers Monde»* wurde von der Schweizerischen Anti-Apartheid-Bewegung und vom Antirassismusprogramm des Oekumenischen Rates der Kirchen unterstützt, welches sich unter anderem schon seit Jahren mit den Problemen der rassistischen Diskriminierung im südlichen Afrika beschäftigt hatte[2]). Als *Herausgeber* zeichneten namhafte schweizerische Persönlichkeiten, welche in Kirche, Journalismus, Wissenschaft und Politik von der Wirtschaft relativ unabhängige Positionen innehaben: Rist, Bieler, Perrot, Rossel, Traber, Vischer, Hohler, Imfeld, Bungener, Preiswerk, Strahm, Renschler usw. Sie alle waren der Meinung – und sind es heute noch –, dass die untersuchten Tatsachen allgemein bekannt werden müssen, selbst wenn oder gerade weil sie teilweise unangenehm sind.

Offensichtlich waren die Tatsachen und die von den Autoren daraus gezogenen Schlüsse für die betroffenen Firmen derart unangenehm[3]), dass sie in ihrer Informationspolitik noch zurückhaltender als zuvor geworden sind. Diesen Schluss muss man jedenfalls ziehen, wenn man sieht, wie von den an Südafrika geschäftlich interessierten Kreisen in der Schweiz auf die geplante Neuauflage der Südafrikauntersuchung reagiert wurde.

Cetim II

Die *«Arbeitsgemeinschaft Schweiz–Südafrika»*, welche die zweite Cetim-Studie herausbringen wird, wurde in ihrer Erwartung, den Dialog mit der Industrie weiterführen zu können, arg enttäuscht. Sie verschickte einen umfangreichen Fragebogen an die betroffenen Firmen, nicht zuletzt um nicht nochmals den Vorwurf hören zu müssen, sich nicht an den «richtigen Stellen» zu informieren. Nachdem von einer einzigen Grossfirma ein – «übriges *zwangsläufig unvollständig ausgefüllter*» (Meier, Brief) – Fragebogen zurückkam und einige wenige Unternehmungen Zusicherungen gemacht hatten, kam dann ein *deutliches Nein* von der Schweizerisch-südafrikanischen Gesellschaft: *«Es empfiehlt sich für die in Südafrika geschäftlich engagierten Schweizer Firmen, den Cetim-Fragebogen nicht zu beantworten und auch sonst in keiner Weise an der geplanten neuen Publikation des Cetim mitzuwirken, solange keine Gewähr für unparteiische und objektive Auswertung der Informationen besteht.»*

Swiss-South African Association

Bevor wir auf die Begründungen zu diesem Informationsboykott eintreten, gilt es auch hier zu fragen, wer denn zur Swiss-South African Association gehört. Der Briefkopf der an der Zürcher Bahnhofstrasse domizilierten Gesellschaft strotzt vor *bekannten Namen* aus schweizerischen Wirtschaftskreisen: Sulzer, Schindler, Staehelin, Bauer, Bertola, Bührle, Escher, Schrafl usw. Ein aus diesen Kreisen ad hoc gebildeter Arbeitsausschuss, dessen Mitglieder es allerdings vorzogen, anonym zu bleiben, hat seinen Geschäftsführer Meier in der Erarbeitung einiger Schlussfolgerungen unterstützt. *«Der Prozess kollektiver Meinungsbildung ist unserer losen Vereinigung vollkommen fremd. (...) Konsequenterweise verzichten wir auch ganz bewusst darauf, uns gegenseitig unsere Ueberzeugungen in Form von kollektiven Resolutionen aufzudrängen»* (siehe Kasten). Dieses Lippenbekenntnis zur *«Selbstverantwortung des einzelnen»* hat allerdings nicht verhindern können, mit Zirkular 1/74 den Stamm- und Aktivmitgliedern eine ausführlich begründete Empfehlung zum obenerwähnten Fragebogen des Cetim in Aussicht zu stellen. Begründungen der ablehnenden Haltung wurden dann auch weitschweifig versucht und als Beilagen zum Zirkular 2/74 verschickt, aber mindestens für die betroffenen Mitglieder nicht als wichtig erachtet: *«Weil Sie alle mit unseren Argumenten vertraut sind, möchte ich es Ihnen ersparen, deren weitläufige Darstellung einmal mehr in extenso durchlesen zu müssen»* (Meier, Zirk. 2/74). Sinn und Zweck der ganzen Beilagen sind darin zu sehen, den Herausgebern der geplanten Neuauflage der Cetim-Studie die Ergebnisse der Ueberlegungen *«rückhaltlos und ausführlich zur Kenntnis zu bringen und dem Cetim damit zum voraus jeden Anspruch auf Gutgläubigkeit zu verbauen»* (Meier, Zirk. 2/74).

SWISS - SOUTH AFRICAN ASSOCIATION
SWITSERS • SUID-AFRIKAANSE VERENIGING
ASSOCIATION SUISSE • SUDAFRICAINE
SCHWEIZERISCH • SÜDAFRIKANISCHE GESELLSCHAFT

GESCHÄFTSSTELLE UND SEKRETARIAT
BAHNHOFSTRASSE 102 • CH-8023 ZÜRICH
TEL. 27 47 94 • TELEX 54920 MAVOC • P.O.B. 3277

VORSTAND:
GEORG SULZER, Winterthur * Präsident
ALFRED SCHINDLER, Hergiswil * Vizepräsident
DR. WILLY STAEHELIN, Zürich * Vizepräsident
DR. ERNST TH. MEIER, Zürich * Geschäftsführer
DR. FRANZ ABCHINGER, Zürich *
DR. HANS BARTENSTEIN, Zürich
G. F. BAUER, Biel
GIUSEPPE BERTOLA, Baden
DR. DIETRICH BÜHRLE, Zürich
DR. H. ESCHER, Zürich *
DR. LUDWIG GUTSTEIN, Zürich
ROLF HATT, Zürich
DR. ADOLF JANN, Basel *
DR. EDGAR F. PALTZER, Basel
BRUNO M. SAAGER, Zürich *
DR. ANTON E. SCHRAFL, Zürich
THEODOR WALDESBÜHL, Vevey

* Mitglieder des Arbeitsausschusses

«Obschon ich mit Ihnen in meiner Eigenschaft als Geschäftsführer der Swiss South African Association verkehre – und deshalb auch auf deren Briefpapier anstatt auf meinem Privatpapier schreibe –, bin ich weder beauftragt noch legitimiert, in Fragen, welche die Geschäfts- und Firmenpolitik unserer einzelnen Mitglieder tangieren, Meinungsäusserungen ‚namens unserer Gesellschaft', ‚namens unserer Mitglieder' oder auch nur ‚namens unseres Vorstandes' abzugeben. Der Prozess kollektiver Meinungsbildung ist unserer losen Vereinigung vollkommen fremd. Die Einzelinteressen und persönlichen Auffassungen unserer Mitglieder divergieren beträchtlich. Zudem verabscheuen es die meisten von uns, wenn man uns mit Besserwisserei und wohlmeinendem Eifer vermeintlich alleinseligmachende Lehren abzuzwängen versucht. Konsequenterweise verzichten wir auch ganz bewusst darauf, uns gegenseitig unsere eigenen Ueberzeugungen in Form von kollektiven Resolutionen aufzudrängen. Mit anderen Worten: Wir glauben noch an die Selbstverantwortung des einzelnen.»

(Brief von Dr. E. Th. Meier, 18. 2. 74)

Bona fide und Sachlichkeit

Eine Zusammenarbeit kommt für den Juristen Meier nur in Frage, *«sofern die Untersuchung bona fide und wissenschaftlich streng sachlich erfolgt»* (Meier, Memo). Was er darunter genau versteht, wird allerdings nicht klar, wenn er die Leute von Cetim *«unfairer*

Fortsetzung Seite 2

Anmerkungen

1) Vgl. «konzept» 1/8 (Februar 1973); «NZ» Nrn. 427, 433, 435 u. 440, 1972. Die «NZZ» überschrieb in Nr. 544, 1972, eine auf 14 Zeilen zurechtgestutzte SDA-Meldung mit «Die Agitation gegen das Engagement der schweizerischen Industrie» und erwähnte den umfangreichen Genfer Bericht nicht mehr, bis Nestlé an einer besonderen Pressekonferenz zu einigen der aufgeworfenen Fragen Stellung bezog, vgl. «NZZ» Nr. 176, 1973.

2) Vgl. die teilweise vorzügliche Darstellung bei Hürni, Bettina S.: «Der Beitrag des Oekumenischen Rates der Kirchen zur Entwicklungshilfe», Bern, Haupt, 1973.

3) Vgl. «treffpunkt» Nrn. 5 und 6, 1973.

Das September-«konzept» verpasst?

Jawohl, «konzept» ist auch im September erschienen. Sie Siebenschläfer, Sie! Sicher haben Sie gemeint, während der Ferien könne man auch vom «konzept» Ferien machen. Einfach so. Passen Sie nur auf, dass Sie nicht bald zu den totalen Kulturbanausen zählen (Sie haben schon eine unerfreuliche Tendenz dazu), und bestellen Sie schleunigst Ihr September-«konzept» mit untenstehendem Talon. Zu Ihrer Weiterbildung enthält es folgende Artikel:

Der falsche Traum vom Eigenheim
Weshalb das Träumchen von der Eigentumswohnung keine Lösung des Wohnungsproblems darstellt, sondern nur ein Trick mehr ist, dem kleinen Mann das Glück vorzugaukeln und die Kohlen abzuknöpfen.

Günther Wallraff
Auszüge aus einer nicht gehaltenen Verteidigungsrede vor den Athener Militärgerichten

Walter Matthias Diggelmanns Sommerlektüre
Ein kritischer Streifzug durch die Presse während der Saure-Gurken-Zeit

«Das gelbe Heft»
Wie der Ringier-Mammut-Verlag aus der Volksverdummung Kapital schlägt

Polizeistunde in der Wirtschaft?
Beat Kappeler beleuchtet in einigen Kurzbeiträgen die aktuellen wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen

Freizeit ohne Freiheit II
Die Fortsetzung des Freizeitartikels in der Juli-Nummer

Talon ausfüllen und einsenden an «konzept», Rämistr. 66, 8001 Zürich.

Ich bestelle ... Ex. der September-Nummer von «konzept» und lege pro Ex. Fr. 1.20 in Briefmarken bei.

Name Vorname

Strasse

PLZ, Ort

(Fortsetzung von Seite 1)

und unseriöser Methoden», «*bewusster Irreführung*» und «*ideologischer Anliegen*» bezichtigt und den zugestellten Fragebogen als «*wirres Frageschema*» mit «*politisch aggressiver und agitatorisch-destruktiver Zielrichtung*» bezeichnet. Meiers *Kriterium für Wissenschaftlichkeit* ist nur zu erahnen: «*Ich habe denn auch noch keinen gescheiten Schwarzen getroffen, der die Ursachen der Ueber- und Unterprivilegierung ganzer Volksgruppen ‚bei der Wirtschaft' suchen würde*» (Meier, Brief). Und hätte er einen getroffen, dann wäre er nicht gescheit ... Das ist rassistische Ueberheblichkeit!

Schon immer hat der *Begriff der Ideologie* den Ideologen am meisten Mühe gemacht: «... *so war mein Anliegen – im Unterschied zu Ihrem eigenen – kein ideologisches, sondern ein solches reiner Zweckmässigkeit*» (Meier, Brief). Als ob Ideologien keinen Zweck hätten! Kritik, die gegen die «*geschäftlich in Südafrika engagierten Firmen ... wegen ihrer gemeinsamen oder ähnlichen Interessenlage gegen sie alle kollektiv gerichtet wird*» (Meier, Brief), heisst Ideologie. Die Verteidigung dieser kollektiven Interessen heisst Zweckmässigkeit. Diese Scheidung in gut und böse je nach Interessenstandpunkt ist Anschauungsmaterial für den Zweck von Ideologien: die eigenen Interessen sollen abgesichert, gerechtfertigt, aufgewertet werden, andere Interessen sollen unterlaufen, kritisiert und abgewertet werden. «*Es ist jedoch ungerecht, die Cetim-Studie als Ideologie abzutun und für die Meinungen Ihrer Vereinigung Sachlichkeit zu beanspruchen. Beide Positionen sind nach meiner Ansicht ideologisch begründet*» (Preiswerk). «*Dabei sind Sie blind für Ihre eigene Ideologie, die darin besteht, das Politische und letzten Endes Ethische vom Wirtschaftlichen zu trennen. Denn es heisst Politik machen, und zwar recht schlechte, wenn man es ablehnt, die Wirkungen der Wirtschaft auf das Politische zu sehen*» (Perrot).

Kritik am Fragebogen

Die Kritik von Meier inklusive des Arbeitsausschusses am Fragebogen des Cetim erfolgt aus dieser wissenschaftstheoretisch überheblichen und anmassenden Position. An einigen konkreten Beispielen wollen wir die *gereizte und gehässige Art* illustrieren, in welcher den gestellten und schliesslich boykottierten Fragen mit Meiers Memorandum begegnet wird.

1. Fragen nach der Anzahl der Niederlassungen in Südafrika, nach den Gründungsdaten und den prozentualen Beteiligungen durch die angesprochenen Schweizer Firmen erscheinen dem Ad-hoc-Arbeitsausschuss sachlich irrelevant: «*Irrelevantes Tatsachenmaterial wird offenbar nur aufgeführt, um beim Leser den Eindruck einer wissenschaftlichen Untersuchung zu erwecken. Damit dient es also lediglich der Verbrämung eines tendenziösen Elaborats*» (Meier, Memo).

2. Mit Frage 4 wurde um Auskunft darüber gebeten, ob die südafrikanische Regierung an Niederlassungen finanziell beteiligt sei und ob für den Fall von bedrohter Produktion mit der Regierung irgendwelche Abkommen bestehen. Für Meier scheinen solche Fragen unausstehlich, denn sie dienen seiner Meinung nach nur dem «*Zweck der Stimmungsmache gegen diese Firmen*» und der Verdächtigung der «*Komplizenschaft mit dem in Südafrika herrschenden Regime*» (Meier, Memo).

3. «*Befinden sich Niederlassungen in den ‚border areas'?*» gilt den befragten Herren als «*klassisches Beispiel, wie man einer Firma aus jeder nur möglichen Antwort den Strick drehen kann*» (Meier, Memo). Sie sehen das Dilemma: «*Unterhält sie (die Unternehmung, G. P.) Niederlassungen in den ‚border areas', so unterstützt sie damit offensichtlich die ... Politik der Bantustans und hilft so mit, die Apartheidpolitik zu zementieren; unterhält die Firma keine Niederlassungen in den ‚border areas', so fehlt ihr ebenso offensichtlich jeder Wille zur Förderung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit und damit der faktischen Autonomie der Bantu-Heimatländer*» (Meier, Memo). Hier wischt man das eigentliche Problem – nämlich die wirtschaftliche Präsenz in Südafrika – unter den Tisch, indem man so tut, als ob das Dilemma durch das fragende Ansprechen erst entstanden wäre. «... *aber wenn Sie in Ihrem Memorandum bestätigen, dass einige unserer Fragen ‚wie Fallen' sind, weil man sich bei jeder Antwort der Kritik aussetzt, dann anerkennen Sie, ... dass das südafrikanische System derart verdorben ist, dass schon die einfache Tatsache von Geschäftstätigkeit in diesem System strafbare Komplizenschaft bedeutet*» (Rist, Uebersetzung G. P.).

4. Angaben über Jahresumsatz, Jahresgewinn, Gesamtinvestitionsbetrag und über kalkulatorische Amortisationsfristen sind für schweizerische Unternehmungen – losgelöst von den neueren Informationserfahrungen einiger amerikanischer und britischer Firmen in Südafrika – «*weltweit Geschäftsgeheimnisse, deren Veröffentlichung nur der Konkurrenz nützlich wäre*» (Meier, Memo).

5. Gliedern die Befrager die Beschäftigten nach Weissen, Mischlingen und Schwarzen, so vermutet unser Memo-Verfasser dahinter nur «*statistisch-wissenschaftlichen Anstrich*», um «*einen Scheinbeweis für eine bewusste Benachteiligung der Schwarzen zu erbringen*» (Meier, Memo).

Dies sind Bemerkungen aus dem rundgeschickten Memorandum zu den Fragen 1 bis 14. In der gleichen Art werden die Fragen 15 bis 33 über Lohnverhältnisse, Gewerkschaften, betriebliches Versicherungswesen, betriebliche Ausbildung, Investitionspläne, öffentliche Meinung usw. in *anmassend-verleumderischem Ton* kommentiert.

«Es empfiehlt sich für die in Südafrika geschäftlich engagierten Schweizer Firmen, den Cetim-Fragebogen nicht zu beantworten und auch sonst in keiner Weise an der geplanten neuen Publikation des Cetim mitzuwirken, solange keine Gewähr für unparteiische und objektive Auswertung der Informationen besteht.

Angesichts der weitergehenden Kontroversen um Südafrika dürfte es sich hingegen empfehlen, unsererseits mit Hilfe aller betroffenen Firmen eine Publikation in Angriff zu nehmen, in der die schweizerische Oeffentlichkeit einmal gesamthaft orientiert wird über das, was schweizerischer Unternehmergeist und Fleiss – seit Beginn der Missionierung Südafrikas durch unsere Kirchen bis zur industriellen Erschliessung in unseren Tagen – geleistet haben, im Interesse unserer blühenden Schweizerkolonie in Südafrika und unseres ganzen Landes ebenso wie im Interesse der verschiedenen Völker Südafrikas.» (Brief von Dr. E. Th. Meier, 18. 2. 74)

Variationen des Dilemmas

Eine genauere Analyse von Brief, Memorandum und Zirkular aus dem Büro der Swiss-South African Association lässt in diesem Zusammenhang einige Schwierigkeiten grundsätzlicher Natur durchscheinen, wie sie sich den in Südafrika investierenden Firmen im Ursprungsland Schweiz stellen.

1. Offenbar ist den Firmen *jede Frage* über ihr Geschäftsgebaren in Südafrika *peinlich*, sobald Auskünfte gewünscht werden, die die Unternehmungsleitungen nicht von sich aus zu verbreiten bereit sind. «... *die schweizerischen Unternehmungen (informieren) ihre Aktionäre und damit eine weitere Oeffentlichkeit laufend über ihre Tätigkeit im Ausland*» (Meier, Memo). Wer allerdings weiss, wie es um die Publizitätspflichten nach schweizerischem Aktienrecht bestellt ist[4], wird angesichts der überempfindlichen Reaktionen der Schweizer Industrie nicht so recht glauben wollen, dass es nur aus Konkurrenzgründen so vieles zu verbergen gibt. «*Solange die Firmen keine Informationen abgeben wollen, bleiben die Resultate ungenügend*» (Preiswerk), und die Firmen müssen es auch in Kauf nehmen, dass sich die interessierte Oeffentlichkeit gerade über die Informationslücken Gedanken macht.

«Auf dem Gebiete der politischen Oekonomie begegnet die freie wissenschaftliche Forschung nicht nur demselben Feinde, wie auf allen anderen Gebieten. Die eigentümliche Natur des Stoffes, den sie behandelt, ruft wider sie die heftigsten, kleinlichsten und gehässigsten Leidenschaften der menschlichen Brust, die Furien des Privatinteresses, auf den Kampfplatz.» (Marx, Kapital I, S. 16)

2. Eine *öffentliche Meinung* – mindestens eine gut informierte – scheint den betroffenen Firmen ausserordentlich *unerwünscht* zu sein. Jedenfalls wehrt man sich schärfstens gegen die Vorstellung, dass die öffentliche Aufmerksamkeit der letzten Jahre in der Schweiz gewisse positive Veränderungen in der betrieblichen Lohn- und Sozialpolitik bewirkt haben könnte. Die Frage nach solchen Veränderungen «*impliziert offensichtlich, dass nichts geschehen wäre, wenn das Cetim und andere ausländische Kreise nicht in jüngster Zeit kräftig die Trommel geschlagen hätten*» (Meier, Memo). In der Befürchtung, es würde daraus «*zweifellos eine Rechtfertigung für die agitatorische Tätigkeit des Cetim abgeleitet*», verwirft Meier nur schon den Gedanken einer gewissen Effizienz der vor allem kirchlichen Aktionen gegen Südafrikainvestitionen. Auch hört man Töne heraus, die für geschäftliche Kreise nur zu typisch sind: Der Zusammenhang zwischen Cetim I und ÖRK-Boykottliste «*wurde seitens der angegriffenen Firmen entsprechend vermerkt*»; «*dabei glauben wir immerhin erwarten zu dürfen, dass ihre aus Kirchenkreisen stammenden – und damit zum Teil auch von uns aufgebrachten – Mittel dort eingesetzt werden, wo solche Interventionen sinnvoll erscheinen ...*» (Meier, Brief). Geldgeber haben es nie geschätzt, wenn Geldempfänger autonom über den Sinn der Mittelverwendung entschieden haben!

3. Die Unternehmungen betreiben eine *doppelbödige Imagepflege*. «*Schon die fundamentalste Pflicht zur Vorsicht würde jede Firma zwingen, die 220 Antworten noch durch ein Mitglied des Public-Relations-Stabes oder gar der Geschäftsleitung ... durchzusehen*» (Meier, Brief). Diese Zensuraufgabe ist eine zweiseitig-zweischneidige, nämlich einerseits gegenüber der schweizerischen Oeffentlichkeit alles zu unterdrücken, was die Rassismuskomplizenschaft bestätigen könnte, anderseits auf keinen Fall durch Antiapartheidstellungnahmen das gute Verhältnis zum Vorster-Regime zu gefährden. «*Im übrigen möchte das Cetim diese Informationen offensichtlich nur verwenden, um Firmen der ‚Zementierung der Apartheid' und der ‚Ausbeutung der Schwarzen' zu verdächtigen*»; «*er (der Unternehmer, G. P.) würde als Kronzeuge gegen die Johannesburger Handelskammer und gegen andere Firmen ins Feld geführt ...*», «... *diese Antwort (würde) in der kommentierenden Darstellung sofort gegen die betroffene Firma gedreht oder, als angebliche ‚politische Demonstration' zu ausfälligen Bemerkungen gegen die südafrikanische Regierung missbraucht ...*» (Meier, Memo). Das Dilemma ist für die Unternehmungen ohne Zweifel unerfreulich, denn «*mit Schweigen allein werden sich allerdings die unerfreulichen psychologischen Auswirkungen von Cetim-, Weltkirchenrats- und ähnlichen Aktionen auf die Dauer nicht eindämmen lassen*» (Meier, Zirk.).

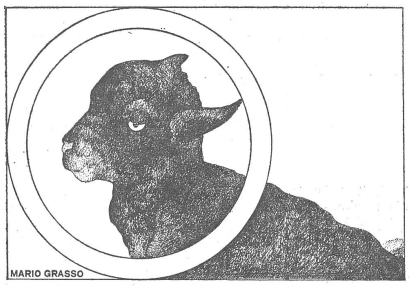
Die Wirtschaftskreise stehen eindeutig unter *informationspolitischem Zugzwang*. Von daher (und nur darum!) die zweite Schlussfolgerung aus dem Büro der Swiss-South African Association, wonach es sich empfiehlt, «... *unsererseits mit Hilfe aller betroffenen Firmen eine Publikation in Angriff zu nehmen ...*» (siehe Kasten). Bleibt nur zu hoffen – und nach Kenntnis der hier vorgestellten Meier-Schriften muss man skeptisch sein –, dass die Firmenpublikation bona fide und wissenschaftlich streng sachlich im wahren Sinn des Wortes sein wird, dass die Urheber dieser Publikation sich nicht als «*Publikationsagentur im Dienste einiger schweizerischer Privatinteressen und der südafrikanischen Propaganda verstehen*» (Bieler, Uebersetzung G. P.). Ein grosser Teil der schweizerischen Oeffentlichkeit wird sie mit Spannung erwarten in der Hoffnung auf einen Beitrag zu «*einer offenen Diskussion über die Frage der Investitionen in Südafrika*» (Vischer).

Noch vorher aber erwarten wir mit noch grösserer Spannung die *Neuauflage der Cetim-Studie*, die unter dem Titel «*Schweiz–Südafrika: Ende des Dialogs?*» noch diesen Monat erscheinen wird[5]. Den Titel hat die Erfahrung geschrieben; das Fragezeichen aufzunehmen, hat die Wirtschaft die Chance!

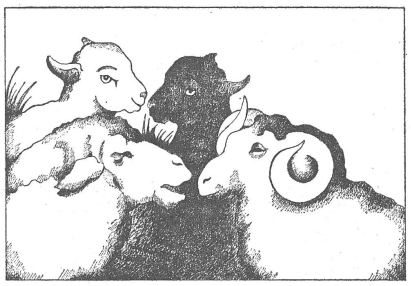
G. Poloebker, St. Gallen

4) Vgl. Nobel, P.: «Der Informationsnotstand», in Büchi, R./Matter, K. (Hrs.): «Schweiz – Dritte Welt». «Solidarität oder Rentabilität?», Zürich: Schulthess Polygraphischer Verlag, 1973, S. 217ff.

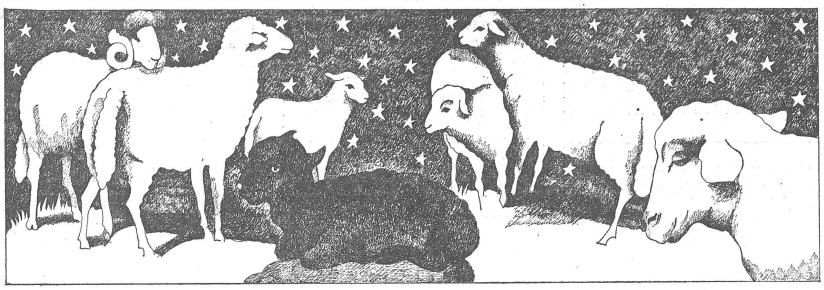
5) Zu beziehen bei Cetim, 17 quai Wilson, 1201 Genf.



Die Geschichte vom weissen und vom schwarzen Schaf.

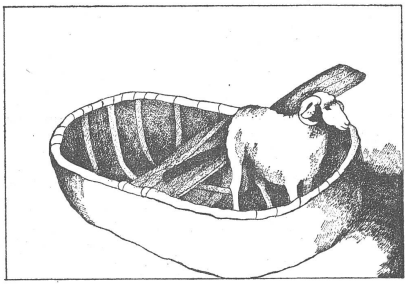


1. Mutter und Vater Schaf besassen zwei Kinder. Das eine war weiss, wie alle anderen Kinder in der Gegend, das andere aber schwarz, und Mutter und Vater stellten fest: «Wir haben ein schwarzes Schaf in unserer Familie.»



2. Und weil das schwarze Schaf anders aussah, wurde es von allen weissen Schafen gemieden und verachtet, ja selbst vom eigenen Bruder.

3. Das weisse Schaf wurde grösser und grösser.



4. Und unternahm eine Reise in ein fernes Land.

5. Dort waren alle Schafe schwarz. Nun sah das weisse Schaf anders aus. Es war ihm zum ersten Mal bewusst, wie das ist, wenn man anders aussieht als die Mehrheit, und als es wieder nach Hause kam, achtete es von nun an seine Schwester, das schwarze Schaf.

konzept

Herausgeber: Verein «konzept» (Mitglieder: Verband der Schweizerischen Studentenschaften, Studentenschaft der Universität Zürich, Verband der Studierenden an der ETHZ).

Erscheint monatlich an allen Hochschulen, Technika, Lehrerseminarien, Musikkonservatorien, Höheren Wirtschafts- und Verwaltungsschulen und Schulen für Sozialarbeit der deutschen Schweiz sowie am Kiosk. Auflage 37 000.

Redaktion und Administration: Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich, Schweiz; Telephon ☏ (01) 47 75 30, Postscheckkonto: 80-37626.

Redaktion: Pierre Freimüller, Ruedi Küng, Rolf Nef, Beat Schweingruber.

Die im «konzept» erscheinenden Artikel geben jeweils die Meinung des Verfassers wieder.

Nachdruck nur nach vorheriger Absprache mit der Redaktion und mit Quellenangabe gestattet.

Für unverlangt zugesandte Unterlagen wird keine Verantwortung übernommen.

Inserate: Mosse-Annoncen AG, Limmatquai 94, CH-8023 Zürich, Tel. ☏ (01) 47 34 00, Telex 55 235.

Druck und Versand: Tages-Anzeiger, Postfach, 8021 Zürich; Telephon (01) 39 30 30.

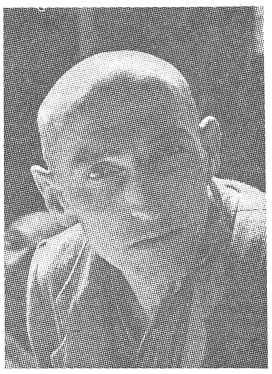
Redaktionsschluss Nr. 11: 1. 11. 74
Nr. 12: 25. 11. 74
Inseratenschluss Nr. 11: 8. 11. 74

Erfahrungen und Reflexionen zur Situation psychiatrischer Kliniken

«Schafft zwei, drei... viele Görze!»

«Ein Patient, der bereits als besonders geschickter Ausbeuter des Klinikwesens erwähnt wurde, (bemerkte) gegenüber einem anderen Patienten, der ihn fragte, was er zu unternehmen gedächte, um entlassen zu werden: ‚Mann, ich mach' einfach überall mit'» (Goffman: «Asyle», edition suhrkamp 678). Dieser Mann wird herausgefunden haben, nach welchem Kriterium er in dieser Klinik als geheilt entlassen werden wird, nämlich nach dem, wie weit er sich an die Normen der Station und die Verhaltensvorschriften der Pfleger und Psychiater der Klinik angepasst hat. Ehe der Patient dieses Stadium erreicht, durchläuft er – freiwillig eingeliefert oder durch Zwang, wie subtil er auch immer ausgeübt wurde – andere Stadien.

Dass ein Mensch überhaupt in eine psychiatrische Klinik eingewiesen wird, setzt bei ihm ein Gefühl voraus, in irgendeiner Weise *«den Verstand zu verlieren»* – ein Zustand, der gekennzeichnet ist durch starke Angst. Natürlich ist das subjektive Empfinden, «verrückt zu werden», gebunden an die Normen, welche die Kultur, in der jemand lebt, über «normal» und «anormal» aufgestellt hat. Symptome für Anormalität in unserem Kulturkreis sind etwa Verlust der raum-zeitlichen Orientierung, Wahnvorstellungen wie Stimmen zu hören oder verfolgt zu werden usw.



«Man wird seinen eigenen gesunden Menschenverstand nicht dadurch beweisen können ...

Zusätzlich zu seinem als verändert empfundenen Zustand kommen noch die von Soziologen als *«Karrierezufälle»* bezeichneten Umstände hinzu. Ein wichtiger Faktor ist die Klassenzugehörigkeit eines Patienten. So hat ein Angehöriger der Oberschicht mehr Möglichkeiten, therapeutische Unterstützung zu erhalten, und kann somit eine Einlieferung in eine Klinik entweder hinausschieben oder gar verhindern. Auch scheint der Begriff «Normalität» in der Oberschicht weiter gefasst zu sein. Andere «Karrierezufälle» liegen in der Form der Uebertretung von Regeln menschlichen Zusammenlebens, der Nähe einer psychiatrischen Klinik usw. *«Die offizielle Auffassung der Gesellschaft ist, dass Insassen von psychiatrischen Kliniken in erster Linie dort sind, weil sie an einer Geisteskrankheit leiden. In dem Mass jedoch, wie die ‚seelisch Kranken' ausserhalb der Kliniken zahlenmässig diejenigen in den Kliniken erreichen oder übertreffen, könnte man behaupten, dass die Geisteskranken nicht an seelischen Krankheiten, sondern an Zufällen leiden» (Goffman, S. 135).*

Die Demütigung des Patienten

Kommt jemand in eine psychiatrische Klinik, so gerät er in einen Mechanismus, in dem der seinen Lebensstil demjenigen der Anstalt völlig anpassen muss. So wird ihm die Gestaltung des Tages vollständig abgenommen. Alles wird für ihn geplant; Entscheidungen werden für ihn getroffen; er wird zur Untätigkeit gezwungen, indem ihm auch teilweise Arbeiten wie das Bettenmachen untersagt werden. Für einen Teil der Menschen kann dies eine Erleichterung sein, da sie nicht mehr von anderen in ihrer Verhaltensweise als in Frage gestellte Personen angesehen werden, sondern in einem Kreis Gleichgestellter eher zu einem befragten Individuum geworden sind. Andererseits bewirkt die Einlieferung die Erkenntnis, dass sie jetzt von ihrer Umwelt als offiziell psychisch krank und anormal eingestuft werden. Für die meisten bedeutet die Einlieferung eine schwere Erschütterung (wenn auch häufig vorgeschoben wird, der Aufenthalt diene der Erholung und der ärztlichen Behandlung), denn die *Demütigungen* reichen vom Verlust an privatem Besitz über die Einschränkung der Bewegungsfreiheit und den Abbruch von Kontakten zur Aussenwelt (beschränkte Besuchszeiten) bis zum Rollenverlust, wenn sie monatelang an derselben Stelle den ganzen Tag hindurch mit denselben Menschen zusammenleben müssen.

Erziehung zur Passivität

Diese Demütigungsprozesse rufen beim Patienten (mehr oder weniger bewusst) verschiedene Strategien zum Ueberleben in der Institution hervor. Zum einen die Strategie des *«Rückzugs aus der Situation»*, das heisst, er stumpft ab, zeigt für nichts mehr Interesse und verweigert die Interaktion auf der Station. Eine andere Form ist der *«kompromisslose Standpunkt»*, das heisst, er interessiert sich stark für den Klinikbetrieb, verweigert aber die Zusammenarbeit mit der Klinik und arbeitet eher gegen sie. Die dritte Standardform der Anpassung ist die *«Kolonisierung»*, das heisst, der Patient begnügt sich mit dem, was die Klinik ihm an Aussenwelt zu bieten hat, und versucht, mit diesem und den anderen Befriedigungen aus dem Klinikbetrieb heraus sich eine relativ zufriedene Existenz aufzubauen. Eine vierte Form ist die *«Konversion»*, das heisst, der Patient macht sich das amtliche Urteil zu eigen und versucht, die Rolle eines perfekten, widerspruchslosen Patienten zu spielen. Ein Leben unter radikal veränderten Lebensbedingungen, die dem Patienten von der Klinik gestellt werden, hat natürlich Auswirkungen auf seine Persönlichkeitsstruktur. Die Klinik, verkörpert durch Psychiater und Pfleger, fordert von ihm ein bestimmtes Verhalten, das sich von demjenigen ausserhalb der Klinik stark unterscheidet. Wechselt er zudem häufiger Stationen oder Kliniken, so sieht er sich unter Umständen gezwungen, je-nach den unterschiedlichen Lehrmeinungen, sich mehr als einmal anzupassen. Wenn ein Patient lernt, unter den Bedingungen zu leben, bei denen er einer wechselnden Anzahl von Autoritätspersonen gegenübersteht, denen er hilflos ausgeliefert ist, hat er einen *wichtigen Schritt zur Resozialisierung getan und hat somit Chancen, entlassen zu werden.* Durch das Stationsleben wird der Patient die Erfahrung gemacht haben, dass es wenig Wert hat, zur Wahrung seiner Selbstachtung eine Persönlichkeit vor Pflegern und anderen zu verteidigen, die untereinander und auf der Station gerade die Information von ihm verbreiten, die er am liebsten verschweigen möchte.

Er wird lernen, sich anzupassen, keine eigene Meinung zu entwickeln, sich passiv zu verhalten. Damit erreicht die Klinik gerade das, was einer Resozialisierung des Patienten entgegensteht, nämlich einen völlig abhängigen, unselbständigen, autoritätsgläubigen Menschen, der auch im «normalen Leben» draussen seiner eigenen Stellung in der Gesellschaft apathisch gegenübersteht. Er hat somit die besten Chancen, in irrationaler Angst vor Verantwortung und Entscheidungen zu scheitern.

Kein Geld für kranke Seelen!

Freilich, die Probleme innerhalb der Klinik selbst dürfen nicht unabhängig von der Beziehung zwischen dieser und der Gesellschaft gesehen werden. In einer leistungs- und profitorientierten Gemeinschaft ist die klare Funktion einer jeden Klinik (ob psychiatrische oder andere) eine rasche *Wiedereingliederung der Patienten in den Produktionsprozess.* Je besser einer Klinik das gelingt, desto besser wird sie dafür von der Gesellschaft honoriert. Bekanntlich sind nun die Therapieerfolge bei psychiatrischen Erkrankungen nicht so günstig wie bei physischen. Die «Honorierung» durch die Gesellschaft dafür ist deutlich: 1970 waren die Krankenhauspflegekosten für kurzfristige Behandlung (weniger als 30 Tage) physisch Kranker 129 Fr., hingegen für psychisch Kranke nur 42 Fr. Pro 100 Patienten stehen bei physisch Kranken 286 Pflegepersonen zur Verfügung, hingegen bei psychisch Kranken nur 79. (Zahlen aus dem Vortrag von Prof. Ernst, gehalten am 20. Juni 1973.) Gliedert man die psychiatrischen Patienten noch altersmässig auf, so werden die Unterschiede noch krasser. So nimmt die Universitätsklinik «Burghölzli» fast keine Patienten auf, welche älter als 70 Jahre sind. Diesen finanziellen Problemen steht aber das Problem der immer noch vorhanden Ressentiments gegenüber ehemaligen psychiatrischen Patienten gleichwertig zur Seite, welche eine Wiedereingliederung in die Gesellschaft oftmals erschweren, wenn nicht gar verhindern.

Isolation und Anstaltsneurose

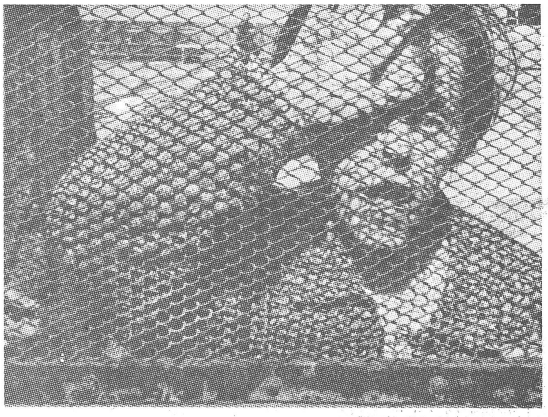
Indes, können finanzielle Engpässe allein Unbehagen am heutigen Klinikbetrieb rechtfertigen? In einem Artikel von Russel Barton (erschienen in A. Finzen, Hrsg., «Hospitalisierungsschäden in psychiatrischen Krankenhäusern») wurde der Begriff *Anstaltsneurose* geprägt: *«Die Anstaltsneurose ist eine Krankheit, die durch Apathie und Antriebslosigkeit charakterisiert wird, durch Unterwürfigkeit und allgemeinen Interessenverlust. Die Ausprägung dieser Zeichen reicht vom stummen Patienten, der tagein, tagaus auf dem gleichen Stuhl sitzt, bis zur freundlichen, aktiven Patientin, die den vorhandenen Komfort geniesst, aber nicht den Wunsch hat, das Krankenhaus zu verlassen, kein Interesse an Plänen für eine Zukunft ausserhalb der Klinik zeigt.»* Als Ursachen dieser Neurose gibt Barton sieben Faktoren an: fehlenden Kontakt zur Aussenwelt, erzwungene Untätigkeit, autoritäres Verhalten von Aerzten und Pflegepersonal, Verlust von Freunden, persönlichem Besitz und Privatleben, Medikamente, Anstaltsatmosphäre und mangelnde Zukunftsaussichten ausserhalb der Anstalt. Die Aufzählung der Erkrankungsursachen impliziert bereits deren kausale Therapie. So entwickelt R. Barton eine Summe von Vorschlägen für den Klinikbetrieb, die letztlich darin münden, den Klinikalltag zu einem getreueren Abbild der ausserklinischen Wirklichkeit zu machen, als dies heute gemeinhin der Fall ist. Denn wiewohl die Strukturen innerhalb und ausserhalb einer Klinik sich nicht grundsätzlich voneinander unterscheiden, tritt Autorität in der Klinik direkter zum Vorschein, ist das Kliniksystem totalitärer als das Gesellschaftssystem ausserhalb. Doch muss, kann, soll ein Kliniksystem Abbild seiner Umwelt sein?

Das Experiment Görz

Seit einigen Jahren läuft das *Experiment Görz* in Italien (Franco Basaglia: «Die negierte Institution oder die Gemeinschaft der Ausgeschlossenen», edition suhrkamp 655). Es wird versucht, die herkömmlichen hierarchischen Linikstrukturen, welche ja auch durch Barton nicht angetastet werden, durch demokratische, auf Partnerschaft zwischen Arzt, Pfleger und Patient beruhende zu ersetzen. Abgesehen von den Repressionen, denen eine solche Klinik unverzüglich von der Gesellschaft ausgesetzt wird, ergeben sich bei einer solchen Veränderung hierarchischer Strukturen doch auch andere Probleme. Zunächst stellt sich bei der Aufnahme neuer Patienten die Frage, ob diese, gewöhnt an die traditionelle Hierarchie, sich ohne Mühe an die Partnerschaft mit dem Arzt gewöhnen können. Ob Mitbestimmung im Klinikbetrieb durch Patienten bei permanenter Erneuerung der Patienten durch nicht an die Mitbestimmung gewöhnte für eben diese Patienten befriedigende Resultate zeitigt. Schliesslich die Frage, ob die Wiedereingliederung in die Gesellschaft nicht auch dadurch erschwert wird, dass eine Klinik statt eines negativen Abbilds nunmehr ein zu positives Abbild der Gesellschaft darstelle. Es sei denn, und genau das möchte F. Basaglia, man betrachtet eine Klinik nicht als eine Institution zur Wiedernutzbarmachung von Menschen für den Produktionsprozess, sondern als einen Ort, von dem aus *Impulse zur Veränderung der Gesellschaft* ausgehen. Indes, sind psychiatrische Kranke dazu in der Lage?

Veränderung notwendig

Aenderung hat in und mit der Gesellschaft zu geschehen. Die Gesellschaft sind wir. Also werden wir uns, sie und ihre Institutionen ändern müssen. Was können *wir* dazu beitragen, ohne dabei die zu vergessen, die heute die Opfer sind, in diesem Fall die Insassen der Kliniken? Wer ändern will, muss das Abbruchreife durchschaut und das Bestehende verstanden haben. Das geht nur «vor Ort». Dies bedenkend, können wir den Rahmen für die Arbeit interessierter und kritischer Laiengruppen abstecken:



... dass man seinen Nachbarn einsperrt.» (Dostojewskji)

● Der Geisteskranke, der Süchtige, der Debile – sie alle dürfen nicht unbekannte medizinische «Fälle» sein. Sie wollen als Menschen in einer speziellen Situation, der sie ausgeliefert sind, erkannt werden. Die persönlichen Probleme werden – nach Meinung der Betroffenen! – im Gespräch mit dem Arzt nur unzureichend ernst genommen.

Hier werden die Besuche «von aussen» nötig.

Am Anfang sind die Einsamkeit, die Ohnmacht, der Druck, das Reglement, die soziale Degradierung ... Ein *regelmässiger Kontakt* kann für den einzelnen stabilisierend wirken. Er kann helfen, seine neue, psychiatrische Situation zunächst zu ertragen, sich ihrer dann bewusst zu werden und ihr schliesslich kritisch gegenüberzustehen.

● Eine Klinik ist auf den ersten Blick ein Haus mit Hunderten von Betten; einer Mehrheit, die als «krank» bezeichnet wird, steht eine Minderheit mit therapeutischem Instrumentarium und einem (teilweise unreflektierten) Normenkatalog gegenüber. Dahinter aber zeigt sich ein Netz von Mechanismen, Organisationen und Beziehungen. Manches von dem, was «draussen» – in der Gesellschaft – zur Zerstörung des einzelnen führte, scheint sich hier widerzuspiegeln. Dem nachzugehen macht wieder den Besuch nötig.

● Dazu muss nun die *gezielte Information über Klinik- und Gesellschaftsstrukturen* treten. Erst sie schafft den theoretischen Hintergrund, der das Versacken in Fakten und Beobachtungen verhindert. Nur wo die grösseren Zusammenhänge gesehen werden, wo Klinik als Teil der Gesellschaft und nicht nur als ausgegrenzter Bereich mit «Eigengesetzlichkeiten» begriffen wird, bleibt das Engagement nicht beim kurzfristigen karitativen Einsatz stehen.

● Bei solcher Sichtweise geht auch auf, wie sehr das eigene Denken unter Vorurteilen steht. Die «Verrückten» sind weniger verrückt und wir «Normale» weniger normal, als wir glauben. Und dabei zeigt sich, dass wir im Grunde alle anfällig sind für Verhaltensweisen, die anderen den Stempel «krank» aufdrückten und sie in die Klinik geraten liessen. In der BRD benötigt jeder achte einmal im Lauf seines Lebens psychiatrische Krankenbehandlung (A. Finzen, S. 2). Solche Einsichten bleiben nicht ohne Veränderungen an uns selbst.

Lösungen leben nicht für sich! Vorstellungen allein ändern nichts! Der Alltag deckt dem Mitarbeiterstab einer Organisation meist die Grundsatzfragen zu. Nicht jeder Psychiater ist ein Basaglia. – Aber die Notwendigkeit von Alternativen bleibt. Darum: «Schafft ein, zwei, drei ... viele Görz(e)!»

Christoph Mandl
Hans-Lothar Hölscher
Monika Schindler

«Die Ausgrenzung der ‚Irren' dient den ‚Normalen' dazu, ihr eigenes Irresein projektiv abzuwehren. Die Diskriminierung des Gewaltverbrechers hat die Funktion, institutionalisierte Gewaltverhältnisse zu verschleiern; die Diskriminierung des Diebes hilft Ausbeutungsverhältnisse zu verschleiern, die Diskriminierung der ‚Verrückten' dient der Verhüllung der Verrücktheit des Normalen. Je mehr kollektive Pathologie von einer Gesellschaft produziert wird, desto mehr bedarf diese zu ihrer Stabilisierung der Ausmerzung von Charakteren, die ihre Schattenseiten offen repräsentieren: zum faschistischen Wahn gehört notwendig die Euthanasie.»

Gerhard Vinnai

Zürichs grösste Auswahl

Gratisanpassung
Legi 5% Rabatt
Auswahlen in die ganze Schweiz

Ueber die Inflation

haben wir in «konzept» schon oft berichtet (wie über andere Wirtschaftsprobleme). Woher sie kommt. Wer davon profitiert. Wer das Nachsehen hat. Und warum nichts Wirkungsvolles dagegen unternommen wird.

Wir selber können aber trotzdem nicht so tun, als gäbe es sie nicht. Deshalb ... na, Sie merken schon, worauf wir hinauswollen? Richtig. Wir müssen die Abonnementspreise auf 1975 um einige wenige Franken erhöhen. Aber heute, das heisst bis spätestens Ende November, offeriert Ihnen der «billige Jakob» mit diesem Talon

zum letzten Mal zum alten Preis! **konzept**

Abonnement: Pro Jahrgang Inland Fr. 12.–, Ausland Fr. 14.–. Wenn Sie jetzt bestellen, läuft Ihr Abonnement aus technischen Gründen bis Dezember 1975 (13 Nummern) und kostet Fr. 14.– (Ausland Fr. 16.–).

Talon (mit 30 Rappen frankiert) einsenden an: **«konzept», Rämistr. 66, 8001 Zürich**

Herr/Frau/Fräulein (Nichtzutreffendes streichen)
Name, Vorname:
Strasse, Nr.:
PLZ, Ort:
Abonniert «konzept» bis Dezember 75 ab sofort* – rückwirkend ab .....*
Datum: Beruf:
Ich kam in Besitz dieser «konzept»-Nummer über einen Bekannten*/durch Zusendung*/Kiosk*. Die Nummer war aufgelegt oder wurde verteilt an folgendem Ort*:
* Zutreffendes unterstreichen

Schicken Sie bitte eine Gratisprobenummer an folgenden Bekannten: k74/10

«Feministinnen langweilen mich, sie reden immer von Männern»

(sehr frei zitiert nach Böll)

«Ist rot farbiger als grün»,
«konzept» Nr. 7/8 (74), Juli 1974

In der Juli-Nummer vom «Konzept» ist ein Artikel erschienen über den Beitrag von Peter Schneider im Kursbuch 35 (*«Die Sache mit der ‚Männlichkeit', gibt es eine Emanzipation der Männer?)*. Im selben Kursbuch hat es Beiträge von Feministinnen, die meine Gehirnwindungen und meinen Penis um ihre Existenzberechtigung fürchten liessen.

Wenn *früher* die Frauen sich selber definierten oder viel eher definiert wurden in Hinsicht und in bezug *auf* den Mann (denken wir nur an *Rousseau:* «*So muss sich die ganze Erziehung der Frauen im Hinblick auf die Männer vollziehen. Ihnen gefallen, ihnen nützlich sein, sich von ihnen lieben und achten lassen, (. . .) sie trösten, ihnen ein angenehmes und süsses Dasein bereiten: das sind die Pflichten der Frauen zu allen Zeiten, das ist es, was man sie von Kindheit an lehren muss.*») [Emile], definieren sich *heute* die Frauenrechtlerinnen) zwar nicht mehr in bezug auf, sondern *gegen* den Mann, jedoch steht der Mann immerhin nach wie vor im Mittelpunkt der fraulichen Gedankenwelt. Als Vertreter dieses dadurch geehrten Geschlechts dürfte ich mich wohl glücklich fühlen, dass wir noch immer nicht von unserem Podest gestürzt worden sind, wenn mich die Aeusserungen dieser Vorkämpferinnen (siehe Beitrag von *Simone de Beauvoir* und von Anna, Laura, Louise, Mary, Wera, indem auf über 20 Seiten (von 30) nur von Männern und von den Enttäuschungen der Frauen mit ihren «Genossen» die Rede ist) nicht ebenso langweilen würden wie vorher ihre Passivität. Können die Frauen respektive die fraulichen Wesen ihr Innerstes nur in Hinsicht auf den Mann definieren oder finden? Gelingt es ihnen nicht, einmal primär aus sich selber zu sich selber zu finden und den andern, sowieso als Feind, aus dem Spiele zu lassen? Für uns wäre dies eine echte Bereicherung und bedeutend interessanter. Ich glaube nicht, dass wir derartige Halbgötter sind, dass wir der Hälfte (beachte: andere fehlt!) der Menschheit ihr Wesen zu geben vermögen, so weit haben wir uns immerhin emanzipiert.

Als erster Schritt wurde die Befreiung der weiblichen Sexualität von der männlichen Repression (*«Ich meine allerdings, Rübe bleibt Rübe, und wenn sie einer Frau auch sachte in die Vagina geschoben statt heftig hineingestossen wird, so ist das wohl kaum weniger demütigend»*, Spiegel März 1973) propagiert. Neuerdings jedoch haben die Feministinnen gemerkt, dass die «*freie Sexualität*» auch nur wieder dem Manne zugute kommt und einer neuen Form der Unterdrückung durch ihre angeblich gleichgesinnten «Genossen» gleichkommt. Die Wesensfindung und Befreiung der Frau ermöglicht nun jedoch vorsichtigerweise nicht die homosexuelle, so doch die bisexuelle Geschlechtsbetätigung, die sowohl von *Simone de Beauvoir* wie auch von *Shulamit Firestone* (*«The Dialectic of Sex»*) als neuer Weg propagiert wird – im Grunde auch nur wieder mit Seitenblick auf den Mann . . . Wie reagiert er nun auf diese neue Masche, können wir ihn vielleicht nun ebenso demütigen wie er uns gedemütigt hat? Geradezu zwangsläufig mussten die Vorkämpferinnen (hüten wir uns erst vor den Kämpferinnen!) auf diesen Schluss kommen: wir finden unsere sexuelle Befriedigung auch mit unseren Geschlechtsgenossinnen. Ebenso zwangsläufig muss eine Frauenrechtlerin nun folgern: Da fürchtet einer um seine heterosexuelle Rübe!

Rübe hin oder her, ich suche noch immer die Frauenrechtlerin, die uns Männer einmal aus dem Spiel lässt!

Walter Waespe, Zürich

Geschäfte mit Grosis Geburtstag

«Rentable heile Welt im
‚Gelben Heft'»
«konzept» Nr. 9/74, Sept. 74

Mit nachstehendem Text geht der Ringier-Verlag in der «*Werbe-Woche*» (Organ für Werbekommunikation, Medien, Marketing, PR, FFF, Marktforschung) auf Inserentenfang für «*Das gelbe Heft*»: «*Pünktlich jeden Donnerstag reden wir mit der heilen Welt. Wollen Sie ein Wörtchen mitreden? (Ueberschrift in gotischen Buchstaben). Also zuerst einmal: die heile Welt gibt es. Sie ist grösser als die Stadt Zürich. Wir müssen es wissen, denn wir reden seit 90 Jahren jede Woche höchst erfolgreich mit den Menschen in der heilen Welt. Im ‚Gelben Heft'. Seine Redaktoren haben bis ins Innerste intus, was die Leser interessiert. Und das ist in Gottes Namen eben weniger die grosse Politik. Auch weniger Sex und Skandale (Anmerkung von mir: davon lebt ein anderes Erzeugnis aus dem Hause Ringier gar nicht schlecht: der „Blick"), dafür mehr die besinnlichen und schönen Seiten des Lebens. Zum Beispiel Sitten oder Gebräuche aus einem abgelegenen Tal. Oder der Geburtstag von Grosi. Oder heisse News aus der Natur. Oder die Lebens- und Budgetprobleme der Mitmenschen.*

Ist es nicht schön, dass nach wie vor so viele Menschen auf solche Themen reagieren? Ja, ja, das sind die Menschen, die in der heilen Welt leben: Männer, die einen Zahltag heimbringen. Und Frauen, die das Geld wieder ausgeben. Zum Beispiel im Volg, in der Usego, im Coop oder in der EG Burgdorf. (. . .)

Dort, wo die Welt noch in Ordnung ist, haben die Menschen genauso grosse Wünsche. Wer da ein Wörtchen mitreden will, muss diese Wünsche kennen.»

Ein weiterer Kommentar erscheint mir überflüssig! *Heinrich Lanz, Zürich*

Kurzlebige Einkaufszentren

«Aufschlussreicher Artikel», Entgegnung der Usego-Trimerco-Holding AG auf «Hintermänner des Profit-Shopping», «konzept» Nr. 9/1974, September 1974.

Dass sich die Usego-Trimerco-Holding AG gegen scheinbare Unwahrheiten zu wehren versucht, hat in diesem Fall (Gegendarstellung aus «konzept» 9/74 zu «konzept» 6/74 über die Standorte der Waro-Verbrauchermärkte) einen doch noch interessanten Anstrich erhalten.

Die Gemeinde Oftringen zählt knapp 10 000 Einwohner. Auf deren Boden stehen bereits das sogenannte *Einkaufszentrum Oftringen EO*, finanziert von der *Immobilien Kreuzstrasse AG, Oftringen*, und der Warenmarkt *Pick & Pay*.

Die Immobilien AG Kreuzstrasse AG ist laut des Arbeitsberichts des «*Konzentrations-Tutoriums*» («Die Macht der Konzerne . . .») zu 31% in den Händen der *Magazine zum Globus AG*. Im Bericht – und auch sonst nirgendwo – steht nicht, dass die Immobiliengesellschaft von *Bührle* ebenfalls nicht unwesentlich daran beteiligt ist. Dies teilte mir der Hauswart des angegliederten Wohnhauses mit, dessen Mieter ich zwei Jahre – bis Anfang 1974 – war.

Als die beiden grössten Verkaufsflächenmieter erweisen sich *Migros* und *ABM* (100%ig im Besitz der «Magazine zum Globus»). Der Pick-&-Pay-Markt wurde im Frühling 1973 eröffnet. Bei einem (von mir geschätzten) Einzugsgebiet, das etwa 50 000–70 000 Konsumenten umfasst, wahrlich ein Platz für den totalen Konsum . . . Konsum wird hier zur Weltanschauung und mangels einer eigentlichn Kulturszene zu dessen Ersatz.

Zudem befinden sich die Zentren (200 Meter voneinander entfernt) unmittelbar an den Anschlüssen der Autobahnen nach Zürich und Bern. In kürzester Zeit erreichbar: die Zentren Spreitenbach und Bern-Liebefeld. Darüber hinaus der Warenmarkt Waro in Egerkingen SO.

Kurz nach der Eröffnung des Pick & Pay kreisten schon die ersten Gerüchte, das Ganze würde sich kaum lange halten können. Schon die schnelle Bauweise (mit vorfabrizierten Bauelementen) lässt darauf schliessen, dass eine mehrjährige Ansässigkeit des Marktes kaum anzunehmen ist – obgleich die «Langenthaler Bier»-Brauerei das angegliederte Restaurant für 20 (!) Jahre – laut einer Zeitungsmeldung – gepachtet hat.

Genährt wurden die Gerüchte durch die Tatsache, dass *Ford (Switzerland)* im nicht weit entfernten Rothrist Platzexpansionen für PW vornehmen wollte und der Boden (bezüglich Grösse und Lage) geradezu prädestiniert zu sein schien.

Nur: Aus dem Nichts entstehen keine Gerüchte.

Wie sich das Ganze weiterentwickelt hat, ist mir nicht bekannt, da ich, wie bereits erwähnt, nicht mehr in dieser Gemeinde ansässig bin und auch keine engeren Kontakte pflege.

Franco Ceppi, Schübelbach

Kurz und bündig

Ich bitte Sie, «konzept» nicht mehr erscheinen zu lassen. – Danke!

Jörg Aeberhard, Rickenbach

Betrifft: IMEDE

«Die sanften Killer»,
«konzept» Nr. 7/8 (74), Juli 1974

Wir bitten um Berichtigung der falschen Annahme, dass IMEDE, Management Development Institute, Lausanne, von der Eidgenossenschaft mit einer Million Schweizer Franken subventioniert wird.

Tatasche ist, dass IMEDE neuerdings einen Nachdiplomkurs offeriert und somit die Möglichkeit zur Erwerbung eines MBA-Diploms in der Schweiz bietet. Dieser Kurs ist aber vorläufig nicht von der Eidgenossenschaft finanziert.

IMEDE wurde im Zusammenhang mit Nestlé erwähnt; es muss aber betont werden, dass IMEDE dank der finanziellen Unterstützung von seiten verschiedener Körperschaften ein autonomes Institut ist. Nestlé besitzt ein eigenes Trainingszentrum in Vevey, entsendet aber gleichzeitig Führungskräfte zur Teilnahme an IMEDE-Kursen. Nebst IMEDE unterstützt Nestlé weitere unabhängige Organisationen wie die Schweizerische Akademie der medizinischen Wissenschaften, das Rote Kreuz, den Kinderschutz, die Solidarität der dritten Welt usw.

IMEDE ist eine Stiftung mit der Zielsetzung, gemäss höchsten akademischen Ansprüchen Führungskräfte auszubilden. Charakteristisch für die Ausbildung ist die Vermittlung der Fähigkeit, sich einer ständig im Wandel begriffenen Umwelt anzupassen, sowie die internationale Orientierung, in deren Licht die systematische Entwicklung und Anwendung von Lösungen zu Problemen der heutigen Geschäftswelt stattfindet.

IMEDE
Olivier Mermod, verantwortlich für Industriebeziehungen

Und der Free Jazz?

«Freizeit – keine Freiheit von der Entfremdung»,
«konzept» Nr. 9/74, Sept. 74

Leider gelingt es dem Artikel, Personen und Tatsachen in Verruf zu bringen, die ganz genau auf dem gleichen Gedankengut aufbauen wie die «*Freie Jugend Winterthur*». Zwei Beispiele: Ein unbekannter (sic!) Musikkritiker findet den Jazz integriert; kennt er den Free Jazz nicht? Kennt er die Aussagen von Eldridge Cleaver und Leroi Jones nicht über die Parallelität von Jazz-Entwicklung und Freiheitskampf der Schwarzen (vgl. dazu «Free Jazz – Black Power», fibü 1464)? Ist Wioken Keith Jarets Schönheit oder Miles Davis' bewusst für das neue Selbstbewusstsein der Schwarzen konzipierter Rock-Jazz nicht systemüberwindend (vgl. nur den Plattenumschlag von Miles Davis/«Bitches Brew»)? Zum Preis der Platten: dass die Recordshops zuviel verdienen, ist klar; nur, es gibt ja seriöse Billigläden (zum Beispiel BRO). Abgesehen von Manager- und Plattenfirmenprofiten: seit wann bemisst sich der Wert einer Platte nach ihrem Rohstoffwert? Ich glaubte bisher, der Wert einer Ware bemesse sich nach dem Wert der darin enthaltenen abstrakten Arbeit – das heisst der Arbeit der Musiker («Stars»).

Eine gute Absicht rechtfertigt noch lange nicht, auf Freunde einzudreschen, da der Feind nicht ausgemacht werden kann. Ein geprügelter Freund.

Willi Hangartner, St. Gallen

treff punkt

Einfaches Leben, Kinder. Nordgermane, 24/184, Pädagoge, sucht blonde, kinderliebende, evtl. homosex. Frau, möglichst mit sozialem Beruf, zum Aufziehen eigener und fremder Kinder auf Hof in der nordländischen Natur. Chiffre 7378 Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Welcher gefühlsbetonte, intelligente, gesellschaftskritische **Mann,** mindestens 178 cm, 28 bis 38 Jahre, wünscht sich eine ebenbürtige, hübsche, schlanke Partnerin, eine lebendige Beziehung? Chiffre 7319 Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Gibt es Mädchen und Frauen (ca. 18–40, auch verh.), die mit einem ganz normalen Mann (28, gesch.) ab und zu ausgehen und schlafen möchten? Einfach so. Ohne nach dem Morgen zu fragen. Absolute Diskretion. Chiffre 7376 Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

ZH: Student (29/185) in jeder Hinsicht vielseitig, sucht **sympathischen Freund** zur gemeinsamen Front gegen Einsamkeit und Konventionalismus. Kontakte mit Bild via Chiffre 7393 Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

BE: Phil. Nat. Student, 22/184, sucht Freundin für Freizeit, Hobbies: Klassische Musik, Theater, Wandern, Skifahren, Schwimmen, Reisen. Alle Bildzuschriften beantwortet Chiffre 7392 Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

FR: Student, 23, 178, sucht jüngeren oder gleichaltrigen **Boy zur liebevollen Freundschaft.** Beantworte diskret jede Bildzuschrift. Offerten an Chiffre 7391 Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Raum Ostschweiz: 27jähriger Mann sucht gleichaltrigen, attraktiven Freund zum Aufbau einer Freundschaft. Bildzuschrift unter Chiffre 7390 Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Sozialarbeit-Praktikum. 30jährige Frau (Psychologiestudium auf 2. Bildungsweg) sucht Einsatzmöglichkeit mit Engagement (auch Teilzeit). Echo an Chiffre 7389 Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

FLOHMARKT

● Wer könnte einem Publizistik-Werkstudenten einen funktionierenden, intakten Fernsehapparat schenken, da zu Studienzwecken benötigt? Wird abgeholt. Tel. (01) 34 67 42 tagsüber oder (01) 57 66 91 abends.

treff punkt FLOHMARKT

Zum Inserieren einfach Talon ausfüllen (maximal 8 Zeilen) und einsenden an MOSSE-Annoncen AG, Postfach, 8023 Zürich, und Betrag (Kontaktinserat inkl. Chiffregebühr: Fr. 15.–, Kleininserat: Fr. 12.–) auf Postscheckkonto 80–1027, Mosse AG, 8023 Zürich, einzahlen, mit Vermerk «Kontaktinserat konzept» bzw. «Kleininserat konzept» auf der Rückseite vom Abschnitt des Einzahlungsscheins. Falls Platz nicht genügt, weiteren Talon ausfüllen und doppelten Betrag einzahlen. Ihr Inserat erscheint nach Ueberweisung des Betrages. Auf Kontaktinserate eingehende Briefe werden wöchentlich per Post zugestellt. Diskretion zugesichert. Unter dieser Rubrik werden keine kommerziellen Inserate angenommen.

Text (der angegebene Rahmen darf nicht überschritten werden):

Kontaktinserat* (Fr. 15.–) Kleininserat* (Fr. 12.–) * Nichtzutr. streichen

Name und Adresse:

Unterschrift:

Frisch ab Presse

Das SSR-Winter-/Frühlingsprogramm 1974/75 jetzt im Zeitungsformat. Gratis-Degustation Ende Oktober.

SSR
Schweizerischer Studentenreisedienst
Telefon 01 / 47 30 00

Geschäfts- oder Gesellschaftsalternativen?

Die Konzerne rüsten für das Video-Zeitalter

Im Jahr 1971 lief sich der Verkauf der Schwarzweiss-Fernseher tot. Heute nähern sich die Weltkonzerne der Unterhaltungselektronik mit Zuwachsraten von jährlich 25% bis 50% und Millionenfertigungen pro Jahr dem Höhepunkt des Farbfernsehbooms. Dank den atemberaubenden technischen Möglichkeiten der Video- und Kabelsysteme bereiten die Elektro-Multis aber bereits die dritte Welle des TV-Geschäfts vor. Kassetten-Recorder, Bildplatte, Kabelnetze und Satelliten-Programme werden jedes für sich und alle miteinander in Kombination den Milliardenmarkt der späten siebziger und der ganzen achtziger Jahre abgeben.

Dieses Jahr rechnet die europäische Elektroindustrie, in Frankreich 800 000 Farbfernseher abzusetzen, in der Bundesrepublik 1,6 Millionen und in England gegen 2,5 Millionen Stück. *«Bei der letztjährigen Zuwachsrate der Farbfernsehverkäufe wird die Sättigung spätestens im Frühling 1977 fühlbar werden. Die Verleihfirmen und die Hersteller stehen vor der Aussicht eines plötzlichen Abwärtstrends ihres Hauptgeschäftszweiges in den späten siebziger Jahren»* («Financial Times»). *«Die Lagerbestände von Farbfernsehgeräten erreichten nach Angaben der Electronic Industries Association of Japan einen neuen Rekord. Die Hauptursache dieser Entwicklung war der schleppende Inlandabsatz, der auf zunehmende Sättigungserscheinungen am Markt zurückzuführen war»* («NZZ», August 1974). *«Nach Ermittlungen der Marktforschungsgesellschaft A. C. Nielsen stehen jetzt in 66,1 Mio. amerikanischen Wohnungen Fernsehempfänger. Dies entspricht einer Sättigung von 97 Prozent. (...) Die neuen Zahlen werden auch als Zeichen dafür gewertet, dass die Zeit reif für neue elektronische Konsumgeräte ist»* («NZZ», Nov. 1973).

20 Milliarden Franken im Jahr

Das Volumen der Verkäufe in Unterhaltungselektronik – Fernsehen, Radio- und Phonogeräte, Tonbänder und elektronische Musikgeräte – erreicht in Europa jährlich 20 Milliarden Franken. In der Schweiz setzt die Branche 1,4 Milliarden Franken um pro Jahr, wobei 1500 Verkaufsstellen beteiligt sind. Drei von vier Haushaltungen besitzen einen Fernsehapparat, und jede vierte Schweizer Familie sieht farbig fern. Allein in Deutschland werden jährlich für 6 Milliarden Franken Fernsehgeräte verkauft. Diesen grossen Verkaufsmöglichkeiten entsprechend, sind enorme Fabriken und Kapitalien in der Branche engagiert, und zum spürbaren Verdruss der europäischen Konzerne beginnen nun auch noch die Japaner, massiv in Europa zu investieren. Sony, dessen Farbfernsehverkäufe 40% des Umsatzes ausmachen, errichtet Produktionsstätten in Spanien, Frankreich, England und Deutschland. Die kommende Video-Welle wird ein diesen skizzierten Zahlen ebenbürtiges Geschäftsvolumen bringen. Aber so, wie die italienischen Elektrokonzerne vor zwei Jahren beinahe ruiniert wurden, weil die italienische Regierung durch Verzögerung des Entscheids für Pal oder Secam den Farbfernsehboom erstickt hatte, genauso werden die Ausschliessungskämpfe zwischen den verschiedenen technisch nicht austauschbaren Systemen mehrere Elektro-Multis aus dem Gleis werfen. Jene Firma, die ihr Patent zuerst allgemein durchsetzen kann, macht das Hauptgeschäft, weil kaum ein Käufer sich nachher für eine andere Marke entscheidet, welche die gängigen Kassetten, Bildplatten und Programme ausschliesst. Bei den Kassettengeräten sind beispielsweise Philips und Sony weltweit führend, wobei AEG-Telefunken, Blaupunkt, Grundig, Hitachi, Lenco, Loewe Opta, Nordmende, SABA, Thorn, Zanussi und 3M bereits das Philips-System VCR übernahmen. Bei den Bildplatten scheint AEG-Telefunken mit seinem Rillensystem für die nächsten zwei, drei Jahre zu führen, aber Experten rechnen mit dessen beschleunigter Talfahrt, wenn Philips und MCA (Music Corporation of America) ihre von einem Laser «gelesene» Bildplatte bringen. Ende September schlossen Philips und MCA einen Vertrag über die Normierung ihrer Systeme ab, wonach ihrer Weltherrschaft über die Bildplatte nur noch Sony und die französische Thomson-CSF gefährlich werden könnten.

Programme auf Bestellung frei Haus

Soweit für einen Laien überblickbar, sollen nun die langfristigen Gebrauchszwecke der neuen Fernsehtechnik vorgestellt werden. Wir können von den drei Hauptelementen Kassette, Bildplatte, Kabelnetze/Lokalstudios und Satelliten ausgehen. Wie es bisher dank Tonband möglich war, akustische Programme zu speichern, so erlauben die neuen Kassettenaufnahmegeräte die Aufzeichnung und das beliebige Abspielen von Fernsehprogrammen. Kassettengeräte kosten ungefähr zwischen 2500 und 7000 Fr. und die Kassetten selbst zwischen 100 und 200 Fr., die bespielten Bänder natürlich erheblich mehr. Bei der Bildplatte entfällt die lang dauernde und daher teure Bespielung des Bild- und Tonträgers, denn sie kann, wie die Schallplatte, in Millionenauflagen rasch gepresst werden. Sowohl Apparate wie Bildplatten sind beträchtlich billiger als das Kassettensystem. MCA spricht von 1200 Fr. für den Apparat und von 7 Fr. für eine Bildplatte. Die Bildplatten können aber nicht nur Fernsehprogramme, sondern auch, ähnlich einem Mikrofilm, einzelne Bilder aufnehmen. Auf einer Bildplatte fände ein ganzer Jahrgang einer Wochenzeitschrift oder eine ganze Reihe Bücher Platz. Zeitungen und Bibliotheken werden in ferner Zukunft daher auf Bildplatten gebannt werden können.

Quartiergruppen und Bürgerinitiativen machen TV-Programme

Mit den rasch im Ausbau begriffenen Kabelnetzen des Drahtfernsehens erreichen die neuen Bildträger (Kassette oder Bildplatte) die *zweite Potenz*. Denn für wenig Geld – Philips spricht von 20 000 Fr. – können die lokalen Kabelfernsehnetze mit einem eigenen Studio ausgerüstet werden. In einer ersten technischen Stufe kann solch ein Studio gespeicherte Programme ab Kassette oder Bildplatte, aber auch im Quartier «live» gemachte Sendungen abgeben. Minderheitsgruppen, einzelne Bürger, die sonst nie im offiziellen Nationalprogramm Darstellungsgelegenheit erhielten, könnten sich derart ausdrücken. Die Schlaf- und Konsumquartiere würden sich in kreativer Kommunikation beleben (oder die negativere Variante – die lokalen Programme würden massiv auf Werbung abgestützt und von Lokalhierarchien dominiert).

In der zweiten technischen Stufe können solche Kabelnetze zum Zweiwegsystem ausgebaut werden. Der einzelne Empfänger kann zu Hause durch Tastendruck beim lokalen Zentralstudio ein Programm wählen, welches von einem Computer abgespielt wird. Aehnlich den heute bei populären Quizsendungen beliebten «Lichttests», könnten auch Umfragen oder Abstimmungen über Rückantworttasten der einzelnen Empfänger abrollen. In der negativen Orwellschen Entwicklungsvariante sind allerdings auch perfekte Ueberwachungssysteme, Ferneinkauf durch Tastendruck und Auswahl seichter Berieselungsprogramme rund um die Uhr möglich.

Würden in jeder grösseren Ortschaft Studios eingerichtet, die visuelle Kommunikation mit verkabelten andern Orten erlauben, so dürfte viel Reiseaufwand für Konferenzen, Schulen und Bildungsprogramme unnötig werden. Man könnte dann miteinander über Hunderte von Kilometern konferieren, wie es heute die Tagesschau-Sprecher mit den im Studio eingeblendeten Korrespondenten tun können.

Die *dritte Potenz* erreichen die beschriebenen Systeme mit den immer zahlreicheren Uebermittlungs- und Fernsehsatelliten. Im Verbund mit dem Heimgerät, dem Programmwahlverfahren im Zweiwegsystem und den lokalen Kabelnetzen und Studios erlauben die Satelliten die kontinent- und weltumfassende totale Fernsehgesellschaft.

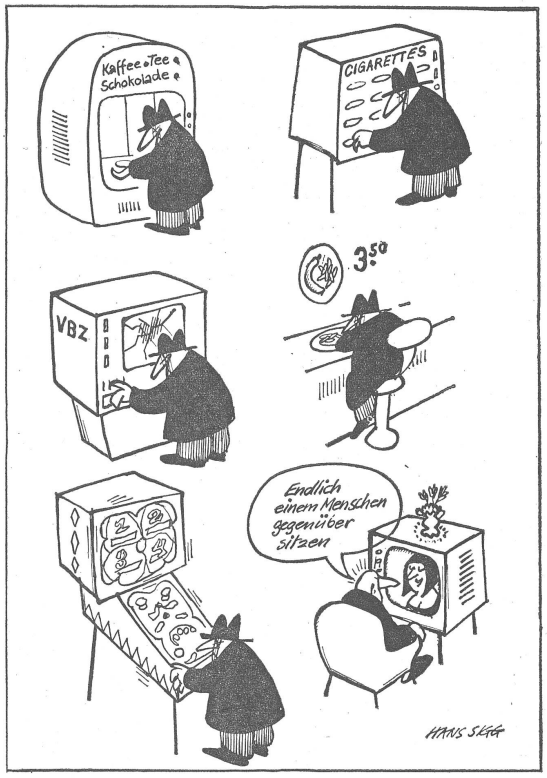
Konzerne am Ball

Die durchaus bald greifbare Vertiefung aller gesellschaftlichen Kommunikationen durch die utopisch anmutenden Spielarten des Video-Zeitalters wäre ein Glanzstück des qualitativen Wachstums, das man heute oft anruft. Das Video-System ist die materielle Basis einer nachindustriellen Bildungs- und Freizeitgesellschaft, aber vielleicht auch einer weiterhin arbeitsteiligen Konsumgesellschaft, je nachdem ob sich gesellschaftliche oder privatunternehmerische Sozialplanung zuerst durchsetzt. Die Emanzipation des einzelnen dadurch, dass er im Lokalfernsehen Ausdruck findet, Bildungsprogramme und Information auswählen kann, und die Solidarisierung der Städte und Quartiere im eigenen Lokalfernsehen wären zu erreichen, wenn kommunale Träger zum Kauf der Anlagen und zum Ausbau der enormen technischen Möglichkeiten in emanzipatorischer Absicht rasch anträten. Dafür müssten grosse Mittel bereitstehen, weil die vollständige Verkabelung der Bundesrepublik etwa 20 bis 40 Milliarden DM kosten würde. In der Schweiz, wo etwa 670 private und 100 öffentliche Kabelnetze bereits bestehen, müssen pro Haus 400 bis 800 Fr. und je Wohnung weitere 200 Fr. (in Basel) aufgewendet werden. Der erste Grossversuch mit Zweigfernsehen in Amerika, der die Tastenwahl von Programmen und Bibliotheksdokumenten frei Haus erlaubt, kostet 3,2 Mio. Dollar für zwei Bezirke Kaliforniens.

Wenn aber die Weitsicht der Behörden und damit auch der Entscheid zu solcher Verwendung gesellschaftlichen Reichtums fehlen, dürfte die Variante der Elektrokonzerne in Richtung Individualisierung der neuen Medien sich durchsetzen. Die Manager schätzen, dass ihre Produkte 1975 serienreif sind. Dann werden zu fristgerechter Ablösung des Farbfernsehbooms die Werbewalzen für den individuellen Kauf der Heimaufzeichner und Heimabspieler anlaufen. Wehe der Regierung, die das verfügbare Einkommen der Haushalte zum Ausbau öffentlicher Video-Systeme anzapfen wollte ... Auch die Verlagshäuser richten sich auf den individuellen Absatz der bespielten Kassetten und Bildplatten ein. Bertelsmann, Editions Rencontre, Ringier wollen Programme anbieten, Hachette schloss mit der ORTF einen Vertrag, der diesem grössten französischen Verlag das faktische Monopol in diesem Land für die Programmfabrikation (Software) gibt. Ausleihgesellschaften rüsten sich zur Abgabe von Geräten und Programmkassetten. Die Ciba-Geigy schloss sich mit der englischen Imperial Chemical Industries und grossen japanischen Gesellschaften zur Produktion der Kassetten zusammen. Was aus dem Rest der Presse und der Verlage wird, ist noch nicht abzusehen.

Allerdings werden die beiden geschilderten Tendenzen einander nicht ausschliessen, sondern parallel laufen. Aber eine gesellschaftlich getroffene Entscheidung, wo die Gewichte liegen sollen, steht noch aus. Ihre Unterlassung bedeutet die freie Bahn für die Absorbtion der Einkommen zugunsten der von der Elektroindustrie angebotenen individuellen Lösung. Die gesellschaftlichen Auswirkungen sind noch unabsehbar. Die völlig von Werbung umspülte, trägrezeptive Konsumgesellschaft der isolierten Video-Geniesser in ihrer Stube oder die offene, kreative Bildungs- und Freizeitgesellschaft, die sich in ihrer lokal animierten Video-Selbstdarstellung solidarisch erfährt, sind mögliche Entwicklungen.

Beat Kappeler



Der Bundesrat fordert zur Weichenstellung heraus

«Eine einlässlichere Behandlung wird sich in der Botschaft zum Radio- und Fernsehgesetz schon deshalb aufdrängen, weil die Entwicklung gerade im Jahr 1973 in vollem Gange war und sich neue Entwicklungstendenzen abzeichnen. Dies trifft sowohl für die Drahtverteilnetze zu, die bei den besonderen Programmträgern im Vordergrund stehen, wie auch für das Kassettenfernsehen, das zusammen mit der Bildplatte neue Programmformen ermöglicht.»

«Mit der Einführung dieser audiovisuellen Systeme kann der einzelne Fernsehzuschauer eine eigene Unterhaltungselektronik aufbauen. Sie kann auch vom Laien gehandhabt werden, weil die Bedienung durch Drucktasten und Schalter einfach ist.»

(Aus: «Botschaft des Bundesrats betreffend einen Verfassungsartikel über Radio und Fernsehen» vom 21. Nov. 1973, S. 26/28)

Das Ausland geht voraus

Statt zu «einlässlicher Behandlung» sind andere Behörden zur Tat geschritten. In Frankreich hält das Centre national pour l'animation audiovisuelle (boulevard Saint-Germain, 75006 Paris) zwölf Ministudios (TV-Kameras und tragbare Kassettengeräte) bereit. Wer lokale Versuchssendungen damit machen will, kann sich um Ueberlassung einer technischen Einheit bewerben. In Kanada beträgt das Jahresbudget für die Stimulierung solcher Lokalinitiativen gegen 6 Mio. Franken, bereitgestellt vom National Film Board unter dem Programm «Challenge for Change». Die damit arbeitenden Gruppen «benützen das tragbare Video-System als Werkzeug, um Quartierbewohner unter sich zu organisieren und ihre Anliegen gemeinsam gegenüber den Räten vorzutragen» («Financial Times»). Sie arbeiten vor allem in Gebieten mit Wohnungsnot und vielen Sozialfällen unter den Bewohnern. Aehnliche Gruppen mit Anlagen, die von kulturellen Organisationen bezahlt sind, arbeiten in verschiedenen Stadtbezirken Londons.

«Video-Contact» in der Schweiz

Unter diesem Namen führt das Centre d'animation cinématographique in Genf (Case postale 423, 27, rue Voltaire, 1211 Genève 16, Tel. (022) 44 94 44) ein Video-Zentrum, in dessen Statuten steht: «Das Zentrum Video-Contact soll ein dem Publikum zugängliches audiovisuelles Laboratorium sein, und zwar

- **als Koordinations- und Informationszentrum**
- **als Zentrum der Video-Animation und der Kassettenbandproduktion**
- **als Ort der Verbreitung, einer Video-thek**
- **als Verteilerdienst von audiovisuellen Dokumenten.»**

Spots

«Arbeitskräftereservoir», «Menschenmaterial». Begriffe, die allen gegenteiligen Beteuerungen zum Trotz auch im «Kapitalismus mit humanem Gesicht» noch hoch im Kurs sind. Eine Forschergruppe der ETH untersuchte zum Beispiel fünfzehn Zinkbäder: um ein Vornüberkippen der Arbeiter in den siedenden Zink (450° C) zu verhindern, ist ein Geländer von rund 1 m Höhe erforderlich. Zwölf Bäder hatten überhaupt kein Geländer, die restlichen drei ein zu niedriges! Die Moral von der Geschicht: Fabrikbesitzer arbeiten ja selbst nicht am Zinkbad ...

★

Aber nicht nur mit den Arbeitsbedingungen liegt's im argen. Auch die Löhne lassen zu wünschen übrig. Jedenfalls wird für Männer und Frauen immer noch mit verschiedenen Lohn-Stopp-Uhren gemessen. Laut Biga-Statistik verdienten 1972 gelernte und angelernte männliche Arbeiter im Durchschnitt 8.75 Fr. pro Stunde. Ihre weiblichen Kolleginnen erhielten 5.54 Fr. Männer sind wohl 58% mehr wert als Frauen ...

★

Dieser Ansicht sind offenbar auch die Gerichte. Im Kanton Zürich fügte ein Ehemann seiner Frau, die ihn verlassen wollte, mit einem Jagdmesser zahlreiche Schnittwunden zu. Die infolge wiederholter Drohung verängstigte Frau wohnte für einige Zeit in einem Hotel, von wo sie ihr Ehemann an den Haaren in die Wohnung zurückzwang. Das Gericht erklärte, dieses gewalttätige Vorgehen liege noch im Rahmen ehemännlicher Kompetenz. Zum Tötungsversucht hielt es fest, wenn ein Ehemann seiner Frau, die ihn verlassen wolle, drohe, er werde sie umbringen, sei das nicht unbedingt ernst zu nehmen. Das Selbstwertgefühl dieses Mannes sei eben durch die angedrohte Scheidung schwer verletzt worden, und deshalb habe er ihr Gesicht «zeichnen» wollen. Die Geschichte passierte im mittelalterlichen 1974 ...

★

An der untersten Stelle in der gesellschaftlichen Wertskala befinden sich wohl die Strafgefangenen. In gewissen Anstalten «dürfen» sie immer noch für ein Hungerlöhnchen unter zum Teil schlicht inhumanen Bedingungen irgendeine verdummende Arbeit verrichten. Mehr «Glück» hatten acht Gefangene in Witzwil: Sie konnten in der Zuckerfabrik Aarberg arbeiten. Nur 60 Stunden pro Woche. Frei hatten sie jeden dritten Sonntag. Und ungenügend verpflegt wurden sie auch noch. Aber Geld verdienten sie damit: Pro Arbeitstag wurde ihnen ein Pekulium von 15 Fr. gutgeschrieben, was zwar über den normalen Ansätzen der Anstalt liegt, doch nicht dem effektiven Verdienst entsprach. Die Anstalt erhielt von der Raffinerie pro Mann und Tag 100 Fr. zuzüglich Spesen. Mit den acht Arbeitskräften dürfte sie rund 30 000 Fr. verdient haben!

Soeben erschienen:

R. Blancpain/E. Häuselmann

Zur Unrast der Jugend

Eine soziologische Untersuchung über Einstellungen, politische Verhaltensweisen und ihre gesellschaftlichen Determinanten.
Vorwort von Prof. Dr. P. Heintz.
Reihe «Soziologie in der Schweiz», Band 2. 287 Seiten. Mit 187 Tabellen und graphischen Darstellungen.
Fr. 28.—

Als Band 1 der Reihe «Soziologie in der Schweiz» erschien:

T. Held/R. Levy
Die Stellung der Frau in Familie und Gesellschaft
404 Seiten. Fr. 28.—

Verlag Huber Frauenfeld

Walter Matthias Diggelmann: Erlesenes

Meine «Altweibersommer»-Lektüre

Unter dem Titel «Erlesenes» veröffentlichen wir in loser Folge Kommentare unseres Mitarbeiters Walter Matthias Diggelmann zur Schweizer Presse. Diggelmann konnte sich als zeitkritischer Geist mit seinen Büchern, Artikeln, Theaterstücken, Theater-, Radio- und Fernsehinszenierungen bis über unsere Landesgrenzen hinaus einen Namen machen. Sein «Blick in die Zeitungen» wird nicht zusammenfassen, er ist vielmehr als Kommentar «von der andern Seite» gedacht, von der Seite nämlich, deren Stimme die Eintönigkeit der Schweizer Presse nur selten Raum gewährt. Seine Reflexionen sollen dorthin etwas Kontroverse bringen, wo zuviel Schein-Einmütigkeit herrscht.

Redaktion «konzept»

* * *

In meiner Jugend hörte ich oft den Satz: «*Heute regnet's nur einmal.*» Heute darf man wohl zu Recht sagen, dieses Jahr regne es nur einmal. Nun, Regen bringt Segen. Man geht weniger in die Gartenwirtschaft, man bleibt brav daheim und begeht den siebten Bildungsweg. Man liest wieder. Da die Mehrzahl unserer modernen, von der bürgerlichen Kritik hochstilisierten Schriftsteller nur langweilige, dafür engagierte Bücher schreiben, hält man sich stundenlang an Zeitungen.

Zeitungen: Unsere liebe NZZ erscheint seit dem 30. September «einmalig» pro Tag. Der clevere Werbetexter hat dieses Faktum auch clever ins Werbespiel gebracht: «*NZZ einmalig*». Da fällt einem doch ein Stein vom Herzen; es wäre schlimm für uns, wenn es mehr als eine Zeitung vom Schlag der NZZ gäbe.

★

Einmalig, und Gott sei dafür gedankt, ist auch unser alter «Trumpf Buur»-Eibel. Bedenken wir, dass Eibel schon im Jahr 1933 als Sekretär des Zürcher Freisinns eine sogenannte Wahlallianz zwischen allen bürgerlichen Parteien (nur die Demokraten passten) und den Fröntlern gegen die Sozialisten zustande gebracht hat, kann man es diesem greisen Mann heute eigentlich nicht mehr übelnehmen, dass er halt dummes Zeug schlecht schreibt. Die unzähligen Firmen, die seine miserable Schreibe finanzieren, wären besser beraten, ihm, da die AHV kärglich ist, eine Altersrente zuzugestehen. Das wäre für alle Teile billiger. Denn wir müssen jetzt sparen. Wie unser Apparatschik des Kapitals kürzlich in einem seiner Inserate «für freie Meinungsbildung» selbst so recht deutlich gesagt hat. Vor allem bei den Säuglingen. Und dann können wir Millionen sparen, indem wir den Personalbestand in unseren Universitätskliniken enorm abbauen. Man stelle sich vor: Auf 58 000 Patienten kommen 71 000 Aerzte, Spezialärzte, Pfleger und Helfer. Das geht wirklich zu weit. Ich musste in meinem bisherigen Leben zehn Mal operiert werden, und ich war immer wieder empört, dass sich ausser dem Chirurgen noch weitere Personen im Ops aufgehalten hatten. Mir ist nie klar geworden, weshalb ein Internist nötig ist, der einen vor der Operation untersucht, ich sehe auch nicht ein, wozu Anästhesieärzte gut sein sollen, und die Poliklinik für ambulante Patienten können wir auch abschaffen. Und wozu all diese Schwestern? Wieso kann die Schwester, die mir morgens um sechs das Fieberthermometer steckt, nicht auch für mich kochen und die Nacht über in meiner Nähe bleiben? Schliesslich kann sie ja im Korridor stundenweise schlafen. Wozu braucht das Spitalpersonal Freitage und Ferien? Mit dem Alter, das muss ich immer wieder einsehen, kommt die Weisheit. Hoffentlich wird Eibel schwerkrank, bevor wir seine Forderungen erfüllt haben.

★

Wussten Sie, wer die revolutionären Kräfte in den von den Weissen ausgebeuteten Kolonien mit Waffen beliefert? Ich dachte zunächst, naiv wie ich bin, an Leute wie Bührle. Aber weit gefehlt. Eibel hat tüchtig recherchiert und in einem seiner «Trumpf-Buur»-Inserate die Wahrheit und nichts als die Wahrheit publiziert. Der Weltkirchenrat liefert die Waffen, das heisst, der Weltkirchenrat macht es selbstverständlich viel raffinierter: Er finanziert nur die Waffenkäufe der bösen Aufständischen. Und was ganz perfid ist: mit Hilfe unserer Spenden. Der greise Eibel zweifelt nicht daran, dass er die ganze Wahrheit gefunden hat. Beweise: Die katholische Kirche ist nicht vertreten im Weltkirchenrat, der Weltkirchenrat hat kürzlich in der DDR getagt (für Eibel ist die DDR immer noch Ostdeutschland und, man stelle sich vor, Ostdeutschland ist kommunistisch).

Mich würde es nicht wundern, wenn Eibel nächstens erzählen würde, unsere Waffenindustrie und deren Zulieferanten seien eigentlich der Weltkirchenrat.

★

In Deutschland sind zwei Frauen zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt worden. Sie haben gemeinsam den Ehemann der einen Frau umgebracht. Mord also. Stattgefunden im holsteinischen *Itzehoe*, wo nach Einbruch der Dämmerung noch die bösen Geister des Mittelalters durch die Gassen flattern wie Fledermäuse. Die Insel Sylt ist nicht sehr weit von Itzehoe entfernt.

Der Kasus: Herr Ihns, Gemüsehändler, hat seine junge Frau gev..., doch Liebe und Zärtlichkeit hat er ihr nie gegeben. Frau Ihns begegnet eines Tages einer Frau, und diese Frau gibt ihr Zärtlichkeit und Liebe. Zum ersten Mal in ihrem Leben darf Marion Ihns erfahren, was Zärtlichkeit und Liebe ist. Marions Mann drangsaliert sie weiterhin; als er von ihrem «perversen Verhältnis» erfährt, beginnt er sie zu quälen. Marion sieht nur noch einen Ausweg: Mord.

Zu Gericht sitzen Männer. In deutschen Gazetten, natürlich wieder «Bild» voran, schreiben nur Männer über den Fall. Fazit: «*Wer lesbisch ist, der wird auch kriminell.*» Folge: lebenslanges Zuchthaus. Der Berliner «*Tagesspiegel*» berichtete in diesem Jahr über einen Mann, der seine Frau erwürgt hatte. Vor Gericht erzählte der Mann, seine Frau habe ihn fortwährend in seiner Mannesehre gekränkt und aufs schwerste gereizt. Der Staatsanwalt hatte Mitgefühl mit dem in seiner Mannesehre gekränkten Mann. Er plädierte auf «*Körperverletzung mit Todesfolge*» und beantragte zwei Jahre Freiheitsentzug mit Bewährung.

Alice Schwarzer schrieb in der «National-Zeitung»: «*Ein Begriff wie Frauenehre konnte in Itzehoe gar nicht fallen, denn den gibt es gar nicht.*»

★

Durch die Weltpresse ging die Nachricht, dass der Mörder-Leutnant von Vietnam nun von Schuld und Strafe freigesprochen worden sei. Ich dachte zunächst, er sei freigesprochen worden, weil man in Amerika die wirklichen Täter verhaftet habe, so zum Beispiel den Westmoreland. Aber kein Wort davon. Der US-Präsident hat seinen Onkel Nixon freigesprochen. Nur Nixons Helfershelfer dürfen ins Gefängnis. So erfolgt ein Freispruch nach dem anderen. Wäre Gerald Ford früher Präsident geworden, so hätte er vielleicht auch Allende begnadigt. Doch Allende durfte nur den Gnadenschuss empfangen, wie der oberste Zyniker und Demagoge der USA, Kissinger, inzwischen verraten hat. Dafür soll Nobelpreisträger Solschenizyn US-Ehrenbürger werden. Ausgerechnet in der «*Frankfurter Allgemeinen*» wird berichtet, dass sich ein anderer prominenter russischer Dissident, nämlich *Roj Medwedjew*, gegen Solschenizyn stellt. Solschenizyn, so Medwedjew, sei in seinen religiösen Bekenntnissen verlogen. In seiner masslosen und unhaltbaren, unhistorischen Kritik gerate S. zu einer Intoleranz, die er dem Marxismus vorwerfe. Anmassend sei es auch, zu behaupten, dass nur religiöse Menschen gute Menschen sein könnten; dumm und unreflektiert sei die Behauptung, Stalinismus und Sozialismus seien dasselbe. Fazit: Darum wohl hat S. in der Schweiz einen Ex-Stalinisten zu seinem Anwalt erkoren. Merke: Werde Antisozialist, und du wirst US- oder Schweizer Ehrenbürger.

★

Zur Lektüre empfehle ich das Buch von Carl M. Holliger «*Die Reichen und die Superreichen in der Schweiz*», erschienen bei Hoffmann und Campe. Es ist klug, witzig und recht hinterhältig geschrieben, vor allem sehr informativ, gut recherchiert. Dass eine der reichsten Zürcher Familien auf dem Buckel von Heimarbeitern zu einem Milliardenvermögen gelangt ist, beweist, dass wir keine Klassengesellschaft sind. Dass superreiche «echte» Schweizer superreiche «Papierschweizer» gesellschaftlich nicht hochschätzen, mag erklären, weshalb gerade der Sprössling der superreichen Familie Schwarzenbach gegen die Ueberfremdung von Volk und Heimat ist.

Die Intellektuellen und der Faschismus

Was haben die Intellektuellen mit dem Faschismus zu tun?

Obwohl gerade der Faschismus mit dem Intellektuellenhass Rattenfängerei betreibt, um den Zorn des Volkes vom wahren «Volksfeind» abzulenken, braucht er die Wissenschafter, Erzieher, Filmer, Dichter, Maler etc., um dem Volk beizubringen, dass der Faschismus die einzige Lösung aus Krise und Elend sei – *ja* nicht etwa der Sozialismus. Gerade dann, wenn die Herrschenden sich mit dem Faschismus verbünden, um durch offenen Terror die kapitalistische Ausbeutung aufrechtzuerhalten und das revolutionäre Aufbegehren der Massen in den Griff zu bekommen, sind sie darauf angewiesen, dass die Intellektuellen propagandistische Schützenhilfe leisten, indem sie der Bevölkerung die Angst vor dem bevorstehenden Untergang, die Sehnsucht nach der «alten» Ruhe und Ordnung, den Glauben an die gottgewollte Hierarchie und die Gürtel-enger-schnallen-Ideologie beibringen und die tatsächlichen Ursachen des Uebels verschleiern.

Zugleich sind aber jene Intellektuellen, die sich nicht in den Dienst der alten Herrschaft stellen, sondern sich mit den unterdrückten Klassen verbünden und ihre Fähigkeiten in den Dienst von Entlarvung und Befreiung stellen, für die totalitäre Strategie und die vereinfachende Ideologie des Faschismus besonders gefährlich. Selbst «Kritische», ja sogar «Demokratische» werden mit zunehmendem Rechtkurs der wirtschaftlichen, staatlichen und militärischen Führung für das System unträgbar und werden deshalb abgeschossen.

Die Tatsache, das heute auch in der Schweiz mehr und mehr zum Beispiel Lehrer wegen ihrer kritischen, demokratischen oder sozialistischen Gesinnung entlassen oder nicht eingestellt werden, dass sogar Dienstverweigerer aus «Gewissensgründen» einer jugendgefährdenden, niederen Gesinnung (so in der Begründung für die Entlassung eines Erziehers an einem Waisenhaus in Bern) bezichtigt werden, ist ein deutliches Indiz dafür, dass die Säuberung in den Reihen des intellektuellen Kaders, das einmal den faschistischen Terror legitimieren soll, begonnen hat. Darüber kann auch die derzeitige Politik der bürgerlichen Parteien gegen ultrarechte Gruppen nicht hinwegtäuschen. In der Wahl zwischen sozialistischer Revolution und faschistischem Terror haben die Bürgerlichen (auch der Bundesrat, siehe Anerkennung der faschistischen Spanien, Chile etc.) immer letzteres vorgezogen.

Die Klassenlage

Intellektuelle gehören zum grossen Teil zum kleinbürgerlichen oder exkleinbürgerlichen Mittelstand:

- starke Identifikation nach oben;
- schlechte existentielle Sicherung vor allem in Krisenzeiten, da im Reproduktionssektor (Kultur, Erziehung, Wissenschaft) tätig; die Produktion kann mindestens auf die Kritischen verzichten;
- Karriere- und Reichtumsgelüste;
- Angst, erworbene Privilegien zu verlieren;
- gute Bezahlung für systemkonforme Intellektuelle.

Die Bewusstseinslage

Intellektuelle lassen sich leicht missbrauchen, da sie schon durch die Erziehung ein elitäres Bewusstsein und *kein* Solidaritätsgefühl entwickeln. Ihr Bewusstsein ist also geprägt:

- vom Glauben an den Liberalismus, Darwinismus, Selektionismus, («es kommt, wie es kommen muss»);
- vom Glauben an die Zufälligkeit der Geschichte: der Faschismus ist nur ein Phänomen;
- von der Illusion der fachlichen «Berufung» im wertneutralen «wissenschaftlichen» oder «ästhetischen» Sinn;
- vom Taum des individualistischen, aussenseiterischen Abweichens von der «dumpfen» Masse;
- von der Hoffnung, die bürgerliche Kultur «adle» den Menschen.

Die Kommunikationslage

Intellektuelle agieren und reagieren verbal, abstrakt, vergeistigt, für die Massen unverständlich. Sie haben nie gelernt, die Massen zu verstehen, geschweige sich ihnen verständlich zu machen. Deshalb verachten sie die «Masse», resignieren, flüchten in Innenwelten – oder ins Niederstampfen.

Aus dieser dreifachen Lage heraus haben sich die Intellektuellen immer wieder vom Faschismus missbrauchen lassen (unter Intellektuellen verstehe ich hier auch Filmer, Bildhauer oder Musiker, obwohl sie in einem andern Sinn genauso Handwerker sind!).

Aber

Daneben haben Intellektuelle mit einem *neuen* Klassenbewusstsein immer auch eine hervorragende Rolle im gemeinsamen Kampf mit Arbeitern und Bauern gegen den Faschismus gespielt. Unzählbar sind die Lieder, Gedichte, Bilder, Erzählungen, Analysen, Sprengungsberechnungen, Aktionspläne und Schulmaterialien, die aus der Zusammenarbeit der fortschrittlichen Intelligenz mit den unterdrückten Massen entstanden sind (Deutschland, Italien, Spanien, Portugal, Chile, Griechenland etc.).

Aber auch in der Schweiz mehren sich die Beispiele einer solchen Zusammenarbeit: Gewerkschaftlich organisierte Künstler der Produzentengalerie einigen sich auf den sozialistischen Realismus und malen Bilder für Fremdarbeiter in ihrem politischen Kampf. Photgraphen und Kunststudenten photographieren zusammen mit Arbeitern ihre gesellschaftliche Wirklichkeit. Dichter schreiben zusammen mit Arbeitern Texte über ihre Unterdrückung, Lehrer behandeln mit ihren Schülern den Klassencharakter des Faschismus. Medienleute und Wissenschafter organisieren sich gegen den Missbrauch ihrer Arbeitskraft. Schauspieler spielen für die Entrechteten usw.

Damit wir nicht zu spät kommen, damit wir früh genug lernen zu erkennen, auf welcher Seite wir zu kämpfen haben und dass wir nicht abseits stehen können, damit wir die Sprache und den Weg finden zur gemeinsamen Aktion mit der sogenannten Masse, mit Arbeitern und Bauern, damit wir uns schützen können gegen die Repression derjenigen, die nicht einen rechten Lohn zahlen wollen für solche, die auf der linken Seite kämpfen – dafür organisieren wir uns gewerkschaftlich. Dafür macht die Regionalgruppe Bern der GKEW vom 28. Okt. bis 2. Nov. auch eine *Antifaschismuswoche** zusammen mit allen, die mithelfen. Mit Bildern, Filmen, Theatern, Photographien, Strassenständen, Liedern, Vorträgen und Diskussionen. Und du?

tscho (GKEW)

GEWERKSCHAFT KULTUR ERZIEHUNG und WISSENSCHAFT GKEW/ Postfach 725 8022 Zürich

*** Theater, Kabarett, Filme, Vorträge, Musik über Frontenfrühling, Mieterverhältnisse, Fremdarbeiter etc. etc. Informationsstand auf dem Bärenplatz, nähere Information über GKEW, Regionalgruppe Bern, Postfach 202, 3000 Bern 8.**

Interessieren Sie sich für Kunstgeschichte?

Wir laden Sie freundlich ein, Mitglied der Gesellschaft für Schweizerische Kunstgeschichte zu werden.

Unsere Mitglieder erhalten viermal jährlich die Zeitschrift «Unsere Kunstdenkmäler» und in der Regel zwei Bände der «Kunstdenkmäler der Schweiz» gratis.

Im Frühling und im Herbst werden Sie zu interessanten Exkursionen eingeladen.

Als Jugendmitglied, immatrikulierte(r) Student(in) können Sie für den bescheidenen Beitrag von Fr. 30.— (Fr. 40.— ab 1975) Mitglied sein. (Normalmitglieder zahlen eine einmalige Eintrittsgebühr von Fr. 20.— und einen Jahresbeitrag von Fr. 60.—, ab 1975 Fr. 80.—).

Fordern Sie mit untenstehendem Talon Informationsmaterial an:

Für Mitglieder haben wir noch einige Bände verbilligt abzugeben, da sie leicht beschädigt sind.

Kunstführer durch die Schweiz, Band I	Fr. 17.— **(statt Fr. 35.—)**
Johann Baptist Bäbel	Fr. 14.— **(statt Fr. 28.—)**
Andreas und P. A. Moosbrugger	Fr. 14.— **(statt Fr. 28.—)**

Name:

Adresse:

Gegebenenfalls möchte ich als Jugendmitglied/Normalmitglied* aufgenommen werden.

Einsenden an: GSK, Postfach 23, 3000 Bern 12

* Unzutreffendes streichen.

Aus USA ORIGINAL

Für Wintertage
BLUE JEANS:
Wrangler
Lee Cooper
Levi Strauss

Lee

Armee-Schlafsäcke
Feldjacken und Hosen
Reportermäntel
Fliegerjacken
Nylon-Gestellrucksäcke
Lee Riders und Jacken
Leder-Armeestiefel
Lammfellstiefel
Lederbekleidung usw.
Grossauswahl
in Occasionen

Boeing-Lumber Nylon
oder
Baumwolle
Bomberjacken
in Fell u. Leder
Occ. Marine-Pullover
Wintermützen
Lammfell

Versand ganze Schweiz

Gratisprospekt

ARMY AND JEANS SHOP IMBACH

Bäckerstrasse 22
8004 Zürich
Tel. (01) 23 90 67

Zur Aufhebung der Zwangskörperschaft in Basel

Halali auf die verfasste Studentenschaft

Als zweiter dem VSS angeschlossener Studentenschaft ist man der Studentenschaft Basel erfolgreich ans Leder gegangen. Angerufener Exekutor des Willens derer, die die seit einigen Jahren verfolgte Politik missbilligen: die Juristerei; Promotoren der Liquidation: einige Kommilitonen rechter Couleur, denen der Weg über die demokratischen Einrichtungen zu beschwerlich erschien; das Szenario: zuerst wie in Bern gehabt, dann mit der entschiedenen Bereicherung, ans «unpolitische» Gericht zu gelangen.

Als Vorbereitung für die nunmehr glücklich zu Ende gegangene Hatz ist im Rückblick das Bestreiten des sog. *«politischen Mandats»* anzusehen. Die Niederlage in dieser Sache bedeutete den Verlust eines *vor* der Aera linker Politik selbstverständlichen Rechtes für Organe der Studentenschaften, sich zu allgemein-politischen Fragen zu äussern. – Mit dem an sich korrekten Hinweis auf jede Menge parteiisch-bürgerlicher Aeusserungen früherer Studentenfunktionäre (etwa zu Ungarn, CSSR usw. bei gleichzeitigem Verzicht auf Stellungnahmen zu den Ereignissen in der Schweinebucht, Santo Domingo usw. usw.) hat sich schon während der Kampagne für das politische Mandat kein Staat machen lassen: Es ging ja nur darum, der *Linken* diese Möglichkeit zu entreissen.

Und nun sollten eigentlich auch jene Apolitisch-Politischen unter den Studenten, die für «ideologiefreie, dafür sachliche Argumentation u. a. m.» plädieren, begreifen, worum es bei diesen Angriffen von rechts geht (und schon immer gegangen ist!), bei welchen sie selber z. T. aktiv mitgewirkt haben: Es geht doch um die vorsorgliche Ausschaltung jeglichen möglichen Widerstands in organisierter Form – gegen die Pläne, die sich hierzulande eben durchzusetzen pflegen: Nicht die irgendeiner Bürokratie oder einiger Dozenten, *sondern beider zusammen, verbunden mit der Wirtschaft;* und hier auch nicht *«der»* Wirtschaft, sondern nur eines Teils, des Grosskapitals, dessen Verbleib im internationalen Konkurrenzkampf aufs engste mit der Effizienz der Universitäten und Hochschulen zusammenhängt.

Eine Vorstellung, wie diese Effizienz gesteigert werden soll – und sie soll ja gesteigert werden, dies ist die Aufgabe der bildungspolitischen Gremien, in denen «die» Wirtschaft gut vertreten ist! –, kann man sich am Beispiel des *«Rossi-Plans»* machen: Er brachte durch ein System von Zwischenprüfungen die vorausgesehene Verschuldung, einen psychischen und physischen Stress, als Nebeneffekt die endgültige Disziplinierung der Medizinstudenten.

Nun soll durch den Angriff auf die verfasste Studentenschaft auch die Betätigung auf dem bisher noch unangefochtenen Gebiet der Bildungspolitik verunmöglicht werden: Wie lange dauert es denn wohl, bis wieder «jemand» in seinen Persönlichkeitsrechten verletzt wird, z. B. bei Weiterverwendung des Namens «Studentenschaft», und dagegen Klage führt?

Wir meinen, dass es an der Zeit ist, sich darüber Gedanken zu machen, ob man die Zurückstufung auf die Rechte eines Gymnasiasten will oder nicht. – Wer solches nicht wünscht, unterstützt den Kampf um die Verteidigung der verfassten Studentenschaft.

VSS-Vorstand/b

VSS
Verband der Schweizerischen Studentenschaften
Erlachstrasse 9
3012 Bern
Tel. (031) 23 28 18

Die Studentenschaften müssen weiterbestehen!

Mitten in den Semesterferien hat das Basler Appellationsgericht die Zwangsmitgliedschaft in der Studentenschaft Basel für verfassungswidrig erklärt. Dieser Entscheid kommt in einem Moment, da die Basler Studentenschaft kurz vor der Abstimmung über den Numerus clausus steht, die Verankerung des Numerus clausus in der ganzen Schweiz vorbereitet wird und weitere Auseinandersetzungen bevorstehen (Stipendienwesen, Studienreform, Revision der Universitätsgesetze etc.). Dass nach über 50jährigem Bestehen der verfassten Studentenschaften dem Gericht und der Regierung diese verfassungsrechtlichen Skrupel ausgerechnet jetzt auftauchen, hat also einen eindeutig politischen Hintergrund. Der Widerstand der Studenten, die sich mit ihren Studentenschaften gegen die Verschlechterung der Studienbedingungen und für ein demokratisches Bildungswesen einsetzen, soll in der Schweiz dadurch geschwächt werden, dass die Studentenschaten nach und nach in ihrer Autonomie eingeschränkt und über den Entzug der Finanzen zu regierungstreuen, schwachen Körperschaften reduziert oder ganz aufgehoben werden.

Die Unterzeichnenden verurteilen diese politischen Manöver, die mit dem Entzug der Finanzautonomie der Berner Studentenschaft ihren Anfang genommen haben, und erklären sich solidarisch mit dem Kampf für das Weiterbestehen der Studentenschaft Basel.

Vorstände:
Verband der Schweizerischen Studentenschaften (VSS)
Studentenschaft Basel
Studentenschaft Zürich
Studentenschaft Freiburg
Studentenschaft Bern
VSETH

Berner Studentenschaft im Kampf um ihre Existenz

Ein Dorn im Auge der SVP

Die Studentenschaft Bern (SUB) hat stürmische Zeiten hinter sich: Fall Hirschy, Petition und Motion für die Aufhebung der verfassten Studentenschaft als Zwangskörperschaft, eine neue Verordnung über die Kollegiengelder und Gebühren («Kasse für studentische Zwecke»), einen Streiktag, Androhung des Boykotts der Gebührenzahlung, schliesslich den Vorschlag, die Studentenschaft abzuschaffen und durch eine studentische Gewerkschaft zu ersetzen.

Die wichtigsten Ereignisse des vergangenen Jahres dürften bekannt sein: Nach der Verhinderung eines Vortrages von Oberstkorpskommandant *Hirschy* durch Demonstranten formierte sich die extrem rechts orientierte *«Pro Uni-Studentische Vereinigung gegen die Unruhen an der Universität»*. Sie schürte die aufbrausende Welle des strammen Antikommunismus und lenkte sie mittels grober Verfälschung der Tatsachen gegen die SUB, die ihr als kontinuierliches Zentrum der fortschrittlichen Kräfte innerhalb der Uni, zu dem sie sich in den letzten Jahren gemausert hatte, schon längst ein Dorn im Auge war.

Die «Pro Uni» reichte eine *Petition an den Grossen Rat* ein, in der sie die *Aufhebung der Zwangskörperschaft der Studentenschaft* forderte. Der Regierungsrat, der *«seit längerem die verpolitisierende Entwicklung der Studentenschaft mit der notwendigen Aufmerksamkeit und einem gewissen Unbehagen verfolgt hatte»*, erliess in aller Eile (wenn's in Bern nur immer so rasch ginge . . .) eine Verordnung über Kollegiengelder und Gebühren. Nach dieser noch heute geltenden Verordnung musste der Studentenrat seine Kompetenz, über die Finanzen der Studentenschaft zu verfügen, *an eine vom Regierungsrat bestellte Kommission abtreten*. Gegen diese Verordnung wurde sowohl vom Vorstand der SUB als auch von privater Seite beim Bundesgericht Beschwerde erhoben (die inzwischen alle abgelehnt worden sind).

Ein aktiver *Streiktag* war die Antwort der Studentenschaft; ein Versuch, die Gebührenzahlung zu boykottieren, scheiterte an den massiven Repressionsdrohungen des Rektorates. Der Hauptangriff erfolgte durch eine SVP-Motion im Grossen Rat, welche die Aufhebung der Studentenschaft als Zwangskörperschaft forderte; sie wurde in ein Postulat umgewandelt und mit 88 gegen 62 Stimmen überwiesen. Wer nun glaubte, die SUB habe damit das Schlimmste überstanden, täuschte sich schwer: Der in Bälde an die Oeffentlichkeit gelangende Entwurf für ein neues Uni-Gesetz sieht vor, dass jeder Student den Austritt aus der Studentenschaft ungehindert erklären kann. Die politischen Absichten der *«Kasse für studentische Zwecke»* wurden in der Praxis noch offensichtlicher: Durch sehr *restriktive* und *verschleppende Entscheide* versuchte die «Kasse», jegliche effiziente Politik der Studentenschaft zu unterbinden. Als weiteres Druckmittel macht der Senat der Uni Bern die endgültige Genehmigung der Statuten der SUB von der Einreichung einerseits eines neuen Finanzreglementes, welches die «Kasse» legitimieren soll, und andererseits eines neuen Wahlreglementes, das ein Quorum von 33% vorsieht, abhängig. Ohne eine solche Genehmigung entbehrt die SUB jeglicher rechtlichen Grundlage . . .

Um diesem massiven Druck des Bürgertums etwas entgegensetzen zu können, muss die SUB in erster Linie einmal auf breitester Ebene die politischen Hintergründe dieser schrittweisen Liquidierung der SUB aufzuzeigen versuchen. Es gilt jedem einzelnen Studenten die Funktion der Universität innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft, deren hauptsächliche Triebfeder der Kapitalverwertungsprozess ist, klarzumachen. Die notwendige Konsequenz kann nur die verstärkte Organisation aller fortschrittlichen Kräfte innerhalb der Studentenschaft sein. Sollte aber der SUB nur noch der Weg einer totalen politischen Selbstkastration offenstehen, so müssen neue Formen studentischer Organisation gefunden werden, um den ideologischen Kampf gegen das Bürgertum weiterführen zu können. Vorerst werden wir aber nicht so leicht resignieren und den Kampf auf dieser Ebene aufnehmen und ausfechten.

Vorstand SUB

treff

Der «treffpunkt», die Zeitung der KAB (Katholische Arbeitnehmer-Bewegung), bringt 14täglich kritische Berichte und Kommentare zu

— politischen, sozialen und kirchlichen Entwicklungen.

Der «treffpunkt» setzt sich ein für die benachteiligten Minderheiten im eigenen Land:

— für die Alten, die Jungen, die Fremdarbeiter.

Der «treffpunkt engagiert sich aber auch für die benachteiligte Mehrheit:

— für die Arbeitnehmer, für die Frauen und für die dritte Welt.

Bilden Sie sich ein eigenes Urteil über den «treffpunkt» und füllen Sie den untenstehenden Talon aus.

Einsenden an: «treffpunkt»-Verlag, Ausstellungsstrasse 21, Postfach 349, 8031 Zürich.

Ich bestelle (Zutreffendes ankreuzen)
☐ Probenummern gratis
☐ Halbjahresabonnement Fr. 10.—
☐ Jahresabonnement Fr. 19.—

Name, Vorname:

Strasse, Nr.:

PLZ, Ort:

konzept

Gericht hebt in Basel die Studenten-Zwangskörperschaft auf

Gezielte Obstruktion

Ende September hat das Basler Appellationsgericht den Rekurs von drei Studenten, die ihre Beiträge an die Studentenschaft Basel nicht mehr bezahlen wollten, geschützt, und erklärt, dass die Zwangsmitgliedschaft in einer Studentenschaft verfassungswidrig sei.

Angefangen hatte es in Basel zu der Zeit, als in Bern die *«Pro Uni»* Unterschriften für die Abschaffung der verfassten Studentenschaft sammelte. In Basel wurde sofort eine gleiche Organisation gegründet. Deren Erfolg war aber erbärmlich; an einer Podiumsdiskussion brachten die «Pro Uni»-Vertreter nichts als ein paar schwache Allgemeinplätze an. Ueber die Einreichung einer Petition wurde nie etwas bekannt.

Nachdem die «Pro Uni» in der Studentenschaft politisch einen erstklassigen Schiffbruch erlitten hatte, beschritten drei ihrer Vertreter den Rechtsweg und verweigerten die Bezahlung ihrer Beiträge. In der Zwischenzeit übten sich die Aufsichtsgremien der Studentenschaft – unterstützt durch eine Reihe von Klagen und Beschwerden rechter Studenten – in gezielter *Obstruktion*. Eine Weiterführung einer vor drei Jahren beschlossenen Gebührenerhöhung wurde von der Kuratel mit einigen Tricks ein Jahr verschleppt. Sekretär dieses Gremiums ist *Dr. Hess*, zugleich Sekretär des Erziehungsdirektors Schneider.

Diesen Sommer hat die Studentenschaft Basel das *Referendum* gegen einen Beschluss des Grossen Rates ergriffen, der den *Numerus clausus* im Unigesetz verankern soll. Zudem wurde eine *Initiative zur Indexierung der Stipendien* lanciert. Am 6./8. Dez. findet die NC-Abstimmung statt. Das Urteil des Appellationsgerichtes stellt jetzt die Studentenschaft im Vorfeld dieser Abstimmung vor eine schwierige Situation, da ihre finanzielle Zukunft recht unsicher ist. Dies ist für das Bürgertum ein sicher nicht gerade unerwünschter Nebeneffekt. Hauptzweck der ganzen Sache, die von seiten des Bürgertums auf die angeblich «unpolitischen» Gerichte abgeschoben wurde, bleibt es aber, die Studentenschaften ein für allemal der Linken zu entreissen; indem sie einfach liquidiert werden. Gewisse Rechtsnormen sind für das Bürgertum eben nur so lange *«verfassungsrechtlich tragbar»*, als sie ihm klassenpolitisch etwas nützen; konkret: solange z. B. Studentenschaften die technokratische Strukturreform nicht behindern.

Auf jeden Fall wird es einige Anstrengungen kosten, die Studentenschaft Basel funktionsfähig zu erhalten, damit sie die Interessen der Studierenden weiterhin verteidigen kann.

Vorstand der Studentenschaft Basel

++ redaktionelles ++ redak

Das Rad der Zeit dreht sich. Mitunter spiralenförmig. Dann heisst es Preisspirale. Sie wissen schon, die Treibkraft sind die Gewerkschaften mit ihren ewigen und immer unverschämteren Lohnforderungen . . . Wo doch der Anstieg der Gewinne eine ernsthafte Tendenz zur Verlangsamung aufweist. Spass beiseite: Wir sind nicht in der Märchenstunde. Auch «konzept» muss seinen Preis erhöhen. Auf den 1. Januar 1975. Die meisten andern Zeitungen haben dies schon im August 1974 getan. «konzept» hat wieder mal 'ne Extrawurst gemacht. Denn um der Extrawürste willen wird es ja abonniert. Falls auch Sie auf Extrawürsten stehen, abonnieren Sie «konzept» noch vor dem 30. November, sie erhalten es dann noch zum alten Preis. Oder haben Sie's lieber spiralenförmig? Na dann . . .

Der VSS verhandelt mit dem Buchhändler- und Verlegerverein:

Politikum Bücherrabatt

Das Episödchen ist bezeichnend: Zwei VSS-Vorstandsmitglieder plaudern mit einem Studenten, der – mindestens nach den herumliegenden Büchern zu urteilen – durchaus kein Fachidiot zu sein scheint. Der VSS wird erwähnt; Reaktion: «Was ist denn das?»

Das ist kein Zufall. Denn während die lokalen Studentenschaften Leistungen erbringen können, deren Nutzen ganz unmittelbar einzusehen ist (Zurverfügungstellung der technischen Infrastruktur für diverse Arbeitsgruppen, Führung von Verhandlungen mit der Hochschulleitung, Koordination der Fachschaftsaktivitäten, Vermittlung aktueller Information usw.), muss sich die Arbeit des VSS notwendigerweise auf einer allgemeineren Ebene abspielen. Je grösser die Mühle, desto langsamer dreht sie sich – das gilt eben auch für die studentischen Organisationen, und es ist geradezu als Normalfall anzusehen, dass bildungspolitische Aktivitäten auf nationaler Ebene ihre Früchte erst dann tragen, wenn ihre Initianten schon längst keine Studenten mehr sind.

Das soll nun natürlich nicht heissen, dass auf solche Aktivitäten zu verzichten wäre! Ganz im Gegenteil: Je eingehender sie ausdiskutiert und mit je höherem Einsatz sie verfolgt werden, desto grösser wird die Chance, die Schwierigkeiten personeller Diskontinuität zu neutralisieren. Was aber ebenfalls klar sein muss, ist die unausweichliche Folge der totalen Aushöhlung der vielbeschworenen Basis, falls sich der VSS ausschliesslich auf langfristig angelegte Aktionen kaprizieren würde. Es ist unbedingt notwendig, den Anspruch auf studentische Interessenvertretung durch Aktivitäten zu erfüllen, deren Resultate unmittelbar ersichtlich und greifbar sind.

Dies ist der Rahmen, in dem vom VSS gegenwärtig Verhandlungen mit dem Schweizerischen Buchhändler- und Verlegerverein (SBVV) geführt werden. Die Ausgangslage ist folgende: Seit 1959 existiert ein Vertrag zwischen SBVV und VSS, der auf 20 Jahre befristet ist und die Buchhändler verpflichtet, einen Studentenrabatt von 10% zu gewähren. Als Gegenleistung erklärte der VSS den Verzicht auf Weiterführung der Akademischen Buchgenossenschaft und verpflichtete sich, während der Laufzeit des Vertrags keine eigenen Buchhandlungen zu eröffnen. Für den vertragsbrüchigen Partner ist eine Konventionalstrafe von 20 000 Franken, indexiert ab 1959 (heute etwa 40 000 Franken) vorgesehen.

Der SBVV behauptet nun, die Aufrechterhaltung des Studentenrabatts bedeute für seine Mitglieder eine unzumutbare Belastung, und drängt daher auf eine Aufhebung seiner vertraglichen Verpflichtungen. Als Zückerchen für eine gütliche Auflösung des Vertrags wurde eine Verbesserung des Mengenrabattsystems in Aussicht gestellt.

Demgegenüber hat der VSS schon seit langem die Meinung vertreten, das Prinzip des Studentenrabatts sei nicht nur aufrechtzuerhalten (was ja vor der Bitte um Verhandlungen seitens des SBVV gar nicht zur Diskussion stand), sondern auch auf alle in Ausbildung Stehenden auszudehnen, um so nicht den Fehler zu begehen, studentische Forderungen isoliert zu vertreten. Alle an den bisherigen Diskussionen Beteiligten waren sich darüber einig, dass eine graduelle Anhebung der Mengenrabatte, wie sie vom SBVV vorgeschlagen wurde, keineswegs als Ersatz für das bisherige Rabattsystem zu akzeptieren sei. Anderseits wäre es natürlich völlig verfehlt, nun die Hände in den Schoss zu legen und darauf zu warten, ob der SBVV einen Vertragsbruch riskiert. Dann nämlich hätte zwar der VSS das Anrecht auf Bezahlung der Konventionalstrafe, für den Studenten aber wäre die einzige sichtbare Folge das Verschwinden des Rabatts.

Das einzig sinnvolle Vorgehen ist daher gegenwärtig die genaue Abklärung darüber, wie der Aufbau eigener, spezialisierter Buchhandlungen durch den VSS am besten erfolgen kann, falls der SBVV den Vertrag bricht. Ein entsprechender Auftrag wurde vom Delegiertenrat erteilt; man darf also damit rechnen, dass unabhängig vom Ausgang der laufenden Verhandlungen alle Möglichkeiten, weiterhin Bücher vergünstigt zu vermitteln, ausgeschöpft werden. Eine Resolution, die insbesondere die erwähnte Ausweitung des Rabatts auf alle in Ausbildung Stehenden herausstellt, wurde inzwischen trotz Sommerpause von mehreren Organisationen mitunterzeichnet; ein gewisser Druck auf den SBVV besteht also durchaus, wenn er natürlich auch noch weiter zu verstärken ist. Denn selbstverständlich kann es nicht vorrangige Absicht des VSS sein, eigene Buchhandlungen zu eröffnen; unser erstes Anliegen muss die Durchsetzung vertraglicher Rechte der Studierenden sein. Allerdings darf es in der vorliegenden Situation keinen Zweifel darüber geben, dass dies nur dann realistisch ist, wenn wir gewillt sind, unsere Rechte nicht nur zum Ausdruck zu bringen, sondern uns auch für ihre Erhaltung einzusetzen.

VSS – Vorstand/wgh

★

Der amtierende VSS-Vorstand wurde am 5. Juli gewählt. Er besteht aus Mathias Bonert (Progressive Organisationen, Basel), Werner G. Hoffmann (Marxistischer Studentenverband, Zürich) und Richard Püntener (unabhängig, Fribourg). Eine ausführliche Vorstellung dieses neuen Vorstands und seiner Grundhaltung zu den Aktivitäten des VSS bringen wir in der Oktobernummer von «konzept».

8 Orchester
Riesentombola
Cabaret mit Toni Vescoli
Trickfilmprogramm

Vorverkauf ab 1. November:
Jecklin – Kuoni Bahnhofplatz – Zentralstelle UNI – Jelmoli – SAB

Wer keine Nummer verpassen will, abonniert «konzept». Talon Seite 3.

Das Militär richtet wieder in eigener Sache:

Dem Geist der Truppe geschadet

Die schweizerische Militärjustiz – als Ausnahmegericht für einen angeblichen Rechtsstaat ohnehin ein Skandal – ist drauf und dran, einen «focus»-Sitzredaktor wegen «Verletzung militärischer Geheimnisse» zu verurteilen. Weil «focus» im Juni 1973 einen «Nur für dienstlichen Gebrauch» bestimmten Befehl von Generalstabschef Vischer über «Politische Tätigkeit im Militärdienst» vollständig abdruckte, läuft seit über einem Jahr ein Verfahren. Obschon die juristische Verantwortlichkeit des Sitzredaktors von allem Anfang an feststand, versucht man per Verhör und Hausdurchsuchung weiteres belastendes Material zusammenzuschustern.

Beginnen wir von vorn. Am 29. Dezember 1970 erliess der damalige Generalstabschef Gygli die berüchtigten «*Vorschriften des Generalstabschefs über die Abwehr armeefeindlicher Aktionen bei der Truppe*». Zur Bekräftigung und Verdeutlichung des Gygli-Befehls erliess sein Nachfolger Vischer am 8. Januar 1973 den von «*focus*» veröffentlichten Befehl. Offensichtlich war es Vischer dabei nicht ganz geheuer. Wie sonst soll man es sich erklären, dass in der Schweizer Armee ein Befehl über die politische Tätigkeit als geheim erklärt wird? Wie der «*focus*» ist auch «konzept» der Ansicht, dass der Vischer-Ukas auch die Oeffentlichkeit etwas angeht. Wir drucken deshalb den Befehl im folgenden wörtlich ab. Uebrigens hat auch die Basler «*National-Zeitung*» inzwischen eine Zusammenfassung des Befehls gebracht und gleichzeitig kommentiert: «*Wenn der Generalstabschef etwas für die Demokratie tun will, könnte er den fraglichen Befehl der Oeffentlichkeit zugänglich machen. Damit würde er der Militärjustiz gleichzeitig einen weiteren Amoklauf gegen die Presse ersparen.*»

Am 18. Juli 1973 ordnete der Direktor der eidgenössischen Militärverwaltung, Arnold Kaech, wegen der Befehlsveröffentlichung im Juni-«*focus*» eine «*vorläufige Beweisaufnahme gegen unbekannte Täterschaft*» an. Der Oberauditor der Armee, Brigadier Ernst Lohner, beauftragte damit Hauptmann Peter Huber, Untersuchungsrichter des Divisionsgerichts 6 und in Zivil Zürcher Bezirkanwalt.

Militärstrafrecht hat Vorrang

Der vorgeladene Sitzredaktor des Juni-«*focus*» bestritt darauf die Zuständigkeit der Militärjustiz. In einem aufschlussreichen Urteil wies die Staatsrechtliche Kammer des Bundesgerichts diese Beschwerde am 27. März 1974 ab. In der Urteilsbegründung heisst es: «*Dass das Militärstrafrecht den Vorrang hat, ergibt sich unmissverständlich aus Art. 8 StGB: Das Strafgesetzbuch ist nicht anwendbar auf Personen, die nach dem Militärstrafrecht zu beurteilen sind. (...) Militärstrafgesetz und bürgerliches Strafgesetzbuch bilden zwei getrennte, in sich geschlossene Kodifikationen. (...) Eine Untersuchungshandlung wie die vorläufige Beweisaufnahme, die sich ausschliesslich auf den Verdacht eines nach Militärstrafgesetz strafbaren Verhaltens bezieht, fällt in die Zuständigkeit der Militärjustiz. Zur Abklärung militärischer Delikte fehlt den zivilen Strafbehörden die Kompetenz.*» Oder auch: Es lebe das Ausnahmegericht!

Zur Information: Laut Militärstrafgesetz Art. 2 Abs. 8 unterstehen dem Militärgericht auch Zivilpersonen, die sich unter anderem schuldig machen der Verletzung militärischer Geheimnisse. Art. 106 lautet: «*Wer vorsätzlich Akten oder Gegenstände, Vorkehren, Verfahren oder Tatsachen, die mit Rücksicht auf die Landesverteidigung oder auf Grund vertraglicher Abmachungen geheim gehalten werden, Unbefugten bekannt oder zugänglich macht, solche Akten oder Gegenstände widerrechtlich an sich nimmt, abbildet oder vervielfältigt, wird mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren oder mit Gefängnis bestraft.*»

Beschwerde gegen Ausweisentzug

Am 16. Mai 1974 wurde der Sitzredaktor vom militärischen Untersuchungsrichter einvernommen, der vor allem wissen wollte, wer den Befehl «*focus*» zugespielt hat und wie das «*focus*»-*Kollektiv* funktioniert. Am 4. September schliesslich durchsuchten vier bewaffnete Detektive der Kantonspolizei in Begleitung von Hunden im Auftrag des Untersuchungsrichters die Wohnung des Sitzredaktors in Wädenswil. Sie beschlagnahmten dort zahlreiches Material von «*focus*» und von «*offensiv*». Selbstverständlich fanden sie keine Hinweise auf die Herkunft des Vischer-Befehls. Gleichzeitig wurden dem Redaktor Pass und Identitätskarte abgenommen, obschon dafür keine rechtliche Grundlage existiert. Der Redaktor hat dagegen erfolgreich Beschwerde eingelegt.

In der neuen Septembernummer fasst «*focus*» den geheimen Befehl nochmals zusammen und kommentiert den bisherigen Verlauf des Verfahrens: «*Sollte es zum Prozess der Militärjustiz gegen den ‚focus' kommen und zur Verurteilung, so wären der willkürlichen Einschränkung der Informations- und Pressefreiheit keinerlei Grenzen gesetzt. Jedes Papier, jede politische Machenschaft der Armee kann als ‚nur für dienstlichen Gebrauch' klassifiziert und über jedes unliebsame Vorkommnis eine Informationssperre verhängt werden. Und wer es dennoch wagt, etwas davon zu publizieren und der Kontrolle der Oeffentlichkeit zugänglich zu machen, kann eingeklagt und verurteilt werden: von der gleichen Institution, die die Information unterbindet.*» k.

Politische Tätigkeit im Militärdienst

Nur für dienstlichen Gebrauch

Generalstabschef 3003 Bern, 8. 1. 73

1. Allgemeines

In letzter Zeit mehren sich die Anzeichen erhöhter politischer Tätigkeit im Militärdienst. Diese äussert sich namentlich in Form von Resolutionen, Petitionen und Veröffentlichungen von Gruppen im Dienste stehender Wehrmänner.

2. Zweck und Geltungsdauer

Die vorliegenden *Weisungen* bezwekken, die bestehenden Vorschriften zu verdeutlichen, Verhaltensregeln festzulegen und eine teilweise zutage getretene Unsicherheit der Kommandanten zu beheben.

Sie haben bis zum Erlass einschlägiger, für die ganze Armee verbindlicher Vorschriften Gültigkeit.

3. Grundsätze

Dem Bürger und Wehrmann stehen auch im Militärdienst alle persönlichen und politischen Rechte zu, wie sie durch die Bundesverfassung gewährleistet und durch das Dienstreglement näher umschrieben und ergänzt worden sind, insbesondere:

- die Glaubens- und Gewissensfreiheit (Art. 49 der Bundesverfassung);
- das Petitionsrecht (Art. 57 der Bundesverfassung);
- das Wahl- und Stimmrecht (Art. 43 der Bundesverfassung);
- das Recht zur persönlichen Aussprache mit seinem Vorgesetzten (Ziff. 49 DR);
- das Recht zur Dienstbeschwerde (Ziff. 85–101 DR);
- das Recht auf Inanspruchnahme der Sozialwerke des Bundes, wie Militärversicherung, Fürsorgeeinrichtungen usw.

Dessenungeachtet muss festgehalten werden, dass die Stäbe, Einheiten und Truppenkörper Gemeinschaften zur Erfüllung verfassungsmässiger Aufgaben darstellen. Ihre Wirksamkeit beruht auf der Respektierung der Ordnung, der Disziplin und insbesondere auf ihrer inneren Geschlossenheit.

Diese Anforderungen verlangen vom einzelnen Zurückhaltung in der Ausübung individueller Freiheiten; die Grenze ist gegeben durch die Pflicht, die Rechtssphäre des Nächsten nicht zu verletzen und den Interessen der Gemeinschaft oder des Staatswesens nicht zu schaden. Es ist nicht zulässig, dass ein Wehrmann im Dienst einer politischen Beeinflussung von dritter Seite ausgesetzt ist, der er sich unter den besonderen Verhältnissen der militärischen Gemeinschaft, in der er lebt, nicht entziehen kann. Solches stünde im Widerspruch zu unserer Auffassung individueller Freiheit und zum Geist der Bundesverfassung. Abgesehen davon kann politische Agitation die Quelle von Unruhe und Missstimmung sein und dem Geist der Truppe schaden.

4. Verbotene politische Tätigkeit

4.1 *Nicht zulässig und verboten ist jede politische Propaganda oder Agitation während* der Dienstzeit und im Gemeinschaftsbereich der Truppe.

Als Dienstzeit gilt die ganze Dauer eines militärischen Dienstes vom Einrücken bis zur Entlassung, ausgenommen die Zeit des Ausgangs, des Urlaubs und der Bewilligung. Die Zeit der befohlenen Ruhe, der Pausen und der Mahlzeiten gehört zur Dienstzeit.

Der Gemeinschaftsbereich der Truppe umfasst alle von der Truppe belegten oder in Anspruch genommenen Oertlichkeiten, insbesondere Kasernen mit dem dazugehörigen Areal, Unterkünfte, Uebungs- und Besammlungsplätze, Unterrichtsräume, Kantinen, Soldaten- und Lesestuben einschliesslich militärischer Lokale in öffentlichen Etablissements.

4.2 Verboten sind insbesondere:

- Anschlag und Verteilung von Drucksachen, Plakaten, Bildern und andern grafischen Erzeugnissen mit politischem Inhalt;
- Schaffung und Betrieb von Informations- und Kontaktstellen mit politischer Zielsetzung;
- Organisation von Versammlungen, Umzügen und andern Manifestationen zum Zweck offener oder verkappter politischer Beeinflussung der Truppe;
- Sammlung von Unterschriften für politische Zwecke;
- die Verwendung militärischer Bezeichnungen wie Grad, Einteilung und Truppe für politische Zwecke; einzig der Kommandant oder ein von ihm Beauftragter ist befugt, im Namen der Truppe zu sprechen oder zu handeln;
- der Missbrauch des Petitionsrechts. Dessen Ausübung ist auch im Militärdienst eine ausschliesslich bürgerliche Angelegenheit. Die Einreichung von Petitionen muss auf zivilem Weg erfolgen. Es ist dem Vorgesetzten untersagt, Petitionen entgegenzunehmen und sie auf dem Dienstweg weiterzuleiten.

5. Das *Recht zur freien Meinungsäusserung* im Rahmen von Aussprachen (vgl. OR Ziff. 48, 49 und 57) ist nach wie vor gewährleistet.

6. Für die *Beteiligung an Wahlen und Abstimmungen* finden die geltenden Vorschriften des Bundesratsbeschlusses vom 10.12. 1945 (SMA 1561) Anwendung.

7. Rechtsfolgen

Die Nichtbeachtung der in Ziff. 4 erwähnten Vorschriften erfüllt den Tatbestand des Ungehorsams im Sinne von Art. 61 des Militärstrafgesetzes und zieht *disziplinarische oder militärgerichtliche Bestrafung nach sich*, sofern sie der Truppe vorher bekanntgegeben wurden.

Ob und wann diese Bekanntgabe zu erfolgen hat, ist den zuständigen Kommandanten überlassen; sie werden sich dabei von der persönlichen Kenntnis ihrer Truppe leiten lassen.

8. Verhalten der Kommandanten

8.1 Wird in der Truppe eine verbotene politische Tätigkeit festgestellt oder vermutet, so hat sich der zuständige Kommandant in jedem Fall an folgende Regeln zu halten:

- keine impulsiven Reaktionen, sondern kaltes Blut bewahren;
- Handeln in völliger Uebereinstimmung mit den einschlägigen gesetzlichen und weiteren Vorschriften. Grundlagen: Dienstreglement, Vorschriften des Generalstabschefs vom 29. 12. 1970 über die Abwehr armeefeindlicher Aktionen bei der Truppe (MA 71/82);
- sofortige Benachrichtigung seines Vorgesetzten;
- in Zweifelsfällen Einholen von Rechtsauskünften (militärischer Untersuchungsrichter oder entsprechend ausgebildeter Offizier);
- direkte Orientierung des Oberauditors, in dringenden Fällen telephonisch (031/67 33 01 oder 031/67 33 03);
- der Truppe die vorstehenden Weisungen (insbesondere Ziff. 3–6 und 7 Abs. l) bekanntgeben bzw. in Erinnerung rufen;
- gegebenenfalls Bestrafung der Fehlbaren unter strikter Einhaltung der Vorschriften des Dienstreglements einschliesslich Bekanntgabe der Beschwerdemöglichkeit.

8.2 Mehr denn je ist es wichtig, dass der Vorgesetzte seine Truppe kennt und Entwicklungen in ihrer geistigen Einstellung aufmerksam verfolgt. Direkte erzieherische Einflussnahme und eine rechtzeitige, klare Orientierung bieten die beste Gewähr gegen *Disziplinlosigkeit, bezüglich welcher die verbotene politische Tätigkeit lediglich eine neue Form darstellt.*

Anderseits muss sich jeder Vorgesetzte bewusst sein, dass, wenn eingeschritten werden muss, ein nicht den Vorschriften entsprechendes Vorgehen das Gegenteil des zu erreichenden Ziels bewirken würde.

Generalstabschef
Oberstkorpskommandant J. J. Vischer

Rekrutenschule oder WK

Von den Dokumenten «Wie soll der KpKdt mit oppositionellen Sdt umgehen?» von Oberst Ernst Bieri und «Methodik der Provokation» von Oberst i Gst Emil Brun (eine Antwort auf die Frage: Wie demokratisch ist unsere Armee?) ist ein Separatdruck erhältlich bei: «konzept», Rämistr. 66, 8001 Zürich. Preis pro Einzelexemplar –.50 Fr., ab 10 Ex. Fr. –.30 pro Stück, ab 50 Ex. Fr. –.20 pro Stück, ab 100 Ex. Fr. –.15 pro Stück. Betrag in Briefmarken und Adressetikette beilegen, oder zum voraus auf PC 80-37626, «konzept», Zürich, einzahlen und Bestellung auf Rückseite des Abschnitts eintragen.

*

Warum nicht den ganzen Zug oder die Kompanie damit ausrüsten, als geistige Notration?

Die zunehmende Intellektualisierung der Massen und ihre Auswirkungen in der Armee: «Oberst, Hauptmann Imboden! Melde Ihnen meine Kompanie bei einer Arbeitspause in der Einzelausbildung.»

konzept zur Armee

Nr. 1/3 Juni 72	**Dienstverweigerer**	«Armee und Aufklärung», 1. Teil (Rudolf Walther)
Nr. 1/4 Juli 72	**Dienstverweigerer**	«Armee und Aufklärung», 2. Teil (Rudolf Walther)
Nr. 1/6 Dez. 72	**Subversion**	«Wie soll der KpKdt mit oppositionellen Soldaten umgehen?» (Originaldokument von Oberst Ernst Bieri)
Nr. 2/6 Nov. 73	**Wehrpsychologie**	«Militärköpfe auf wackligen Füssen» (Pierre Freimüller, Beat Schweingruber, Originaldokument von Oberst Emil Brun: «Methodik der Provokation»)

Jede Nummer ist gegen Fr. 1.20 in Briefmarken erhältlich bei «konzept», Rämistrasse 66, 8001 Zürich

Unser Briefkasten für Ahnungslose

Lieber Onkel Adolar!

Herr *E. Im(m)oberdorf* in *Risch*. Ihre Schadenfreude über die Hunderte von leerstehenden Eigentumswohnungen zeugt leider nur von wirtschaftspolitischem Unverstand. Es trifft nämlich nicht zu, dass sich die Immobilienfirmen und Generalunternehmungen mit den unverkäuflichen Kaufwohnungen «*endlich einmal ins eigene Fleisch geschnitten*» haben, wie Sie meinen. Im Gegenteil. Es ist dies ein Akt weitblickenden Geschäftsgebarens: Durch die stets wachsende Zahl von leeren (weil zu teuren) Eigentumswohnungen wird die heute bedenklich niedrige *Leerwohnungsziffer* – ein Gradmesser für den Wohnungsmangel bzw. -überfluss – nach oben gedrückt, so dass man in ein bis zwei Jahren statistisch stichhaltig wird nachweisen können, der Wohnungsmarkt funktioniere wieder normal.

PS. Falls Sie mehr über Eigentumswohnungen und ihre fragwürdige Finanzierung wissen wollen, lesen Sie die Septembernummer von «konzept» (Bestelltalon auf Seite 1).

*

Frau *K. A.-L.* in *T.* Auch ich habe unter den grauenhaft winterlich-nasskalten Witterungsverhältnissen in den ersten Oktobertagen gelitten. Hingegen finde ich Ihren etwas scheelen Hinweis auf das gleichzeitig milde Herbstklima in Russland mit Temperaturen um 20 Grad äusserst unangebracht. Erstens können Sie nicht nachweisen, dass es sich hierbei um einen Leistungserfolg der sowjetischen Klimaplanwirtschaft handelt, zweitens und überhaupt können Sie ja nach Moskau gehen, wenn es Ihnen bei uns nicht passt.

PS. Wenn Sie unserem Mitarbeiter Walter Matthias Diggelmann auch am liebsten in Moskau begegnen möchten, müssen Sie unbedingt die zahlreichen diesbezüglichen Leserbriefe und die interessante Antwort des WMD lesen. Alles in der Septembernummer von «konzept», Bestelltalon auf Seite 1 dieser Ausgabe.

*

Nein, liebe Frau *A.R.* in *M.*, auch wenn die Schweiz zum reichsten Land der Welt aufgerückt ist, heisst das nicht, dass Sie nun eine grössere – oder «existenzsichernde», wie Sie das nennen – AHV-Rente erhalten. Die entscheidenden Männer in Staat und Wirtschaft, die schwer an ihrer Verantwortung tragen, haben dafür zu sorgen, dass das viele Geld, das zweifellos vorhanden sein muss, nicht verschleudert, sondern sinnvoll und vor allem inflationssicher angelegt wird. So zum Beispiel im Autobahnbau, in schmucken Büro- und Verwaltungspalästen, in Nuklearforschung, in Zweitwohnungen, Drittwagen, vierten Säulen und was der teuren Dinge mehr sind. Im übrigen täten Sie gut daran, die «*Kritischen Splitter zu aktuellen (wirtschafts)politischen Auseinandersetzungen*» von unserem versierten Fachmann *Beat Kappeler* im September-«konzept» zu lesen (Bestelltalon auf Seite 1 dieser Nummer).

«konzept»-Interview über die Palästina-Frage

Verbannte im eigenen Land

«Schwarzer September», «Al Fatah», «Flugzeugattentat» dürften etwa die gängigsten Begriffe sein, die dem Durchschnittsbürger im Zusammenhang mit dem Problem der Palästiner in den Sinn kommen – wenn sich Rassismus und mangelnde Kenntnis der Lage nicht gar in «faulem Pack» oder «Mörderbande» ausdrücken. Von den Flüchtlingslagern, in denen die Mehrzahl der Palästiner ein menschenunwürdiges Dasein fristet, ist nur selten die Rede. Denn es fällt weit leichter, das Interesse mit ausführlichen Berichten und Kommentaren über spektakuläre Attentate zu kanalisieren, von denen aber auch nicht gesagt wird, dass erstens die darin zum Ausdruck kommende Gewalt eine Antwort auf eine teils subtilere, teils ebenso brutale Gewalt der Gegenseite ist und dass zweitens es schwierig ist, politisch motivierte Attentate von reinen Provokationen der Gegenseite zu unterscheiden. Man könnte in diesem Zusammenhang daran erinnern, dass laut der «Presse» die österreichische Polizei betr. «Schwarzen September» in rechtsextremistischen Kreisen fahndete. Eine Klärung tut Not. «konzept» unterhielt sich deshalb mit Atallah Said, Vizepräsident der «General Union of Palestinian Students». Wenn Said sagt: «Wir sind nicht einfach Flüchtlinge, wir wollen als Volk anerkannt werden», so trifft er wahrscheinlich den Kern des Problems. Und seine Erklärung: «Wir wollen die Juden nicht ins Meer werfen, wir wollen in einem demokratischen, laizistischen Staat leben» verdient gewiss, genauso beachtet zu werden wie das Recht der Israelis auf ein eigenes Territorium.

«konzept»: Ueber die Palästiner hört man viel Widersprüchliches? Wie ist die Situation der Flüchtlinge? Wie leben sie? Wo leben Sie?

Said: Die Palästiner sind heute über die ganze Welt verstreut. Doch wir können drei hauptsächliche Gebiete ihrer Besiedlung feststellen: Im *Libanon*, in *Syrien* und in *Jordanien* befinden sich die meisten Flüchtlingslager. Es gibt natürlich immer noch Palästiner auf der Westbank und im Gazastreifen und im Gebiet, das 1948 besetzt wurde. Es gibt Palästiner in den Golfstaaten, wie Kuwait, wo etwa 100 000 leben. Dazu in Europa, in Süd- und Nordamerika. Diese Leute, die nur in diesen Ländern leben, um Arbeit zu finden, sind immer noch von *«ungewisser Nationalität»*, ohne Identität. Die Leute in den Lagern leben unter strengen Bedingungen. Im Winter ist es sehr kalt. Die meisten haben grosse Familien, wenige finden Arbeit in ihrem Beruf, oder sie können nur 6-Monate-Jobs bekommen und sind sechs Monate im Jahr arbeitslos. Damit müssen sie die ganze Familie ernähren. So ist es vor allem im Libanon, in Syrien und in Jordanien. Flüchtlinge, die in anderen arabischen Staaten arbeiten wollen, haben andere Schwierigkeiten: Wenn ein Palästiner in Kuwait oder sonst irgendwo arbeiten will, wendet er sich an eine Agentur, der er 500 Pfund (600 sFr.) bezahlen muss, nur um ein Visum zu bekommen. Dann erhält er einen Arbeitsvertrag für ein oder zwei Jahre. Die Reise ins Arbeitsland muss er selber bezahlen. Dazu ist er immer unter der Kontrolle des Agenten; er kann innerhalb von 24 Stunden rausgeworfen werden. Er kann keiner Gewerkschaft beitreten und profitiert weder von Sozialversicherungen noch vom unentgeltlichen Gesundheitsdienst.

Flüchtlingslager für Palästiner.
«Gegen die Hölle taugen schöne Worte nichts . . .»

Palästiner in der Welt

Jordanien	960 000
Westjordanien	705 000
Gazastreifen	370 000
Israel	370 000
Libanon	260 000
Kuwelt	170 000
Syrien	170 000
Süd-Amerika	105 000
Arabische Länder	100 000
Andere	70 000

(Quelle: «Dokumente III. Welt», Nov. 1973, pdw, Bonn)

Wie steht es mit den Ausbildungsmöglichkeiten?

Die Palästiner haben die Möglichkeit, zur *Schule* zu gehen. Es ist nicht teuer, im Libanon oder in Kairo zur *Universität* zu gehen. Und wenn einer mit den Eltern im Lager lebt und keine Arbeit findet, geht er eben studieren. Wenn er fertig ist, heisst das aber noch nicht, dass er auch einen Job bekommt. Wir brauchen in jedem Land eine Arbeitsbewilligung, und die Jobs bekommen natürlich zuerst die Bürger des Landes. Die Palästiner haben unter den Arabern den höchsten Bildungsstand. Sie arbeiten hart, verglichen mit den andern; denn wenn einer nicht arbeitet, überlebt er nicht.

In der westlichen Presse lesen wir oft, wie gut es den Arabern innerhalb Israels gehe. Was sagen Sie dazu?

Es kommt auf den Journalisten an, der den Bericht schreibt. Wenn er zu den israelischen Behörden geht und von ihnen verlangt, ihn in ein arabisches Gebiet zu führen, dann ist es klar, dass sie ihm völlig gleichgeschaltete Leute vorführen. Ich habe eine Sendung der BBC gesehen, die der Journalist ohne Wissen der israelischen Regierung zusammenstellte. Er musste seinen Bericht aus dem Land *schmuggeln*, weil er Araber befragt hatte, die ihm die Wahrheit über das, was in Israel passiert, geschildert hatten. Denn, wie kann ein Mensch glücklich sein, wenn er Bürger dritter Klasse ist? Sie müssen wissen, dass es drei Klassen von Bürgern gibt: europäische Juden sind Bürger erster Klasse, orientalische Juden zweiter Klasse und Araber solche dritter Klasse. Diese drei Klassen drücken sich aus in den *Passnummern*, im *Lebensstandard* und in den *Arbeitsmöglichkeiten*. Die 500 000 Araber in Israel sind nur durch drei Parlamentsabgeordnete vertreten, die orientalischen Juden, beinahe ⅔ der israelischen Bevölkerung, haben 14 Abgeordnete von insgesamt 300!

. . . als Drittklassbürger glücklich sein?

Letzthin sah ich einen Film eines Israeli, betitelt *«To live in freedom»*. Dieser Film zeigt, wie israelische Arbeitgeber Araber aus der Westbank und dem Gazastreifen zu niedrigsten Löhnen beschäftigen, um den orientalischen Juden nicht den gewerkschaftlichen Lohn bezahlen zu müssen. Die Araber haben keine Möglichkeit, Forderungen zu stellen: wer arbeitet, ohne zu mucksen, hat etwas zu essen, wer nicht, verhungert.

Reden wir vom Widerstand. Wie entstand er?

Widerstandsbewegungen gibt es in Palästina seit der Besetzung unseres Landes durch die Engländer im Jahr 1919. Sie kämpften gegen den Kolonialismus und den von den Briten unterstützten Zionismus. Seit 1917, der *Balfour-Deklaration*, planten die Briten, Palästina den Juden zu geben. 1936 fand ein 6monatiger Streik statt, der von den Engländern blutig bekämpft wurde. Nach dem Zweiten Weltkrieg begann der Exodus der Juden aus Europa, der die Macht der Zionisten in Palästina noch verstärkte. Die Palästiner hatten damals keine Rechte (wenn einer ein Messer besass, musste er für sechs Monate ins Gefängnis), aber die Israelis bekamen jede Hilfe. Die Zionisten begannen Terroranschläge durchzuführen, zum Beispiel in *Deir Yassin*, wo 250 Männer, Frauen und Kinder ermordet wurden. Um diese Zeit war der Widerstand in Palästina nicht sehr stark, weil niemand Waffen hatte. Ich erinnere mich an eine Geschichte, die man mir erzählte: Man reinigte die alten, rostigen Gewehrkugeln aus dem Ersten Weltkrieg und steckte sie in die Gewehre. Die arabischen Armeen, die versprochen hatten zu helfen, wollten nichts tun. König *Feisal* von Irak und König *Abdallah* von Jordanien hatten mit den Briten ein Abkommen geschlossen, wonach sie nicht in den Krieg eingreifen würden, falls sie die Westbank bekämen. Nur eine ägyptische Armeeabteilung unter der Führung von *Nasser* kämpfte wirklich. Die Bevölkerung war vollkommen verängstigt, sie floh aus Angst vor dem Terror, der jederzeit ausbrechen konnte. Ohne Unterscheidung zwischen Bewaffneten und Unbewaffneten schoss die Haganah auf alle Araber.

Waffen, wo Worte nichts nützen

In den 50er und frühen 60er Jahren kämpften vereinzelt kleine Gruppen, die meist aus kleinbürgerlich-nationalistischen Intellektuellen bestanden. Doch erst mit dem 1. Januar 1965, als die *«Fatah»* den bewaffneten Kampf aufnahm, wurde die Bewegung, dank den Berichten des syrischen Radios, allgemein bekannt und stark. Die palästinische Revolution befreite sich von der Kontrolle der arabischen Regimes. Als 1964 die *Palästinische Befreiungsorganisation* (PLO) gegründet wurde, war sie ein Teil der Arabischen Liga. Wie alle andern redete sie nur, aber damit konnte man Palästina nicht befreien. Was not tat, war der bewaffnete Kampf. Als die «Fatah» erschien und den Kampf mit den Waffen proklamierte, wurde sie sofort von allen unterstützt. Nach dem Sechstagekrieg wurde die Unterstützung noch grösser, weil die Palästiner sahen, welche Niederlage die arabischen Länder erlitten hatten. Die palästinische Bewegung schwoll 1968/69 an, bis 1970 König *Hussein* den palästinischen Widerstand angriff. Kein arabisches Land half damals den Palästinern: sie sahen zu, wie diese von einer arabischen Armee ermordet wurden. Erst nachdem 25 000 Palästiner niedergemetzelt waren, griffen sie ein. Nach dieser Niederlage begann die Revolution ihre Kräfte im Libanon und in Syrien wiederaufzubauen. Durch den Zusammenschluss aller palästinischen Organisationen in der PLO ist diese nun die alleinige Vertreterin des palästinischen Volkes.

Wie ist die PLO organisiert?

In der PLO sind hauptsächlich fünf Organisationen vertreten: *«al-Fatah»*, die grösste, dann *«as-Saika»*, *DPFLP*[1], *PFLP*[2], *PFLP-General Command* und die *Arabische Nationale Front*, die dem irakischen *Baath-Regime* nahesteht. Dazu kommen Palästiner, die nicht Mitglied einer dieser Organisationen sind, wie Liberale und so weiter. Im Zentralkomitee sitzen Vertreter aller dieser Gruppen, zwei davon von der Westbank.

Auf welchen Gebieten arbeitet die PLO? Was ist ihre Politik?

Die PLO versucht, das nationale Selbstbewusstsein wiederzubeleben, um den Palästinern ihre Identität wiederzugeben. Das Schlimmste, was einem Volk passieren kann, ist, seine Identität zu verlieren. Das ist genau das, was die Israelis wollen, und es ist genau das, was König *Hussein* mit seinem Anspruch auf Vertretung der Palästiner erreichte. Darum ist der wichtigste Kampf für uns jetzt, Hussein *nicht* das palästinische Volk vertreten zu lassen.

Ein neues nationales Selbstvertrauen

Die PLO organisiert in den Lagern *medizinische Behandlung* und *Schulen*. Die Palästiner merken, dass sie sich nur noch auf sich selber verlassen können. Viele Mädchen und Jungen beginnen als Krankenpfleger zu arbeiten, ohne dafür Lohn zu verlangen. Sie brauchen kein Geld, sie tun es für ihr Volk. Die palästinische Revolution errichtete mehr Spitäler, mehr medizinische Stationen als die Uno und die arabischen Regierungen in 25 Jahren. Wir errichteten in jedem Lager etwa zwei Spitäler und in den grossen Lagern (mit etwa 50 000 Einwohnern) zwanzig bis dreissig Kliniken, was es vorher nicht gab. Jetzt gibt es in einigen Lagern teils zwei, teils drei Spitäler, mit fünfzig bis hundert Betten. Heute beginnt der Palästiner sich wieder als Mensch zu fühlen, beschützt von seiner Revolution.

Wie stark ist der Rückhalt der Revolution im Volk?

Alle Palästiner unterstützten die Revolution vom ersten Tag an. Zuvor waren sie unterdrückt, und sie waren glücklich, den Tag zu erleben, an dem ihnen die Revolution die Freiheit brachte. Deshalb findet man in jedem Lager auch die Miliz. Vierzigjährige Frauen wollen an den Gewehren ausgebildet werden und aktiv mitkämpfen. Vor 1967 konnte kein Palästiner ein Gewehr bedienen. Heute können alle, vom Zehnjährigen bis zum Fünfzigjährigen, kämpfen. Auch Palästiner, die nicht in Lagern leben, sondern in Europa oder Amerika, unterstützen die Revolution mit Geld. Viele kommen zurück, um zu kämpfen.

Warum bewaffneter Kampf? Warum Gewalt?

Jedesmal, wenn ein Palästiner einen Zivilisten getötet hat, «rächt» sich Israel. Als ob die Israelis so unschuldig wären und immer nur angegriffen würden! Und die Palästiner, die ihre Häuser, ihr Land, alles verloren haben, die in den Lagern zu Hunderten umgebracht werden? Niemand sagt, dass die Palästiner sich rächen. Immer sind sie die Angreifer und die Israelis die Opfer. Wenn eine israelische Phantom eine Schule bei uns bombardiert, steht kein Wort davon in euren Zeitungen; aber wenn Palästiner in einem Bus eine Bombe legen, empört sich alle Welt über diese «Mörder». Was, wenn israelische Phantoms ganze Flüchtlingslager zerstören? Wenn ein Mann morgens zur Arbeit geht, abends heimkommt, seine Hütte zerstört findet, seine Frau und seine vier Kinder tot – wie wird wohl seine Reaktion sein?

Kampf für ein demokratisches Palästina

Das palästinische Volk muss seinen Feind bekämpfen, weil es zurück in seine Heimat will. Im Kampf gibt es verschiedene Strategien. Die Mehrheit misst dem Kampf innerhalb des besetzten Vaterlandes, also in Israel selber, den grössten Wert zu. Einige Gruppen glauben auch an Operationen ausserhalb Palästinas, wie zum Beispiel Flugzeugentführungen. Die PFLP hat kürzlich an einer Konferenz solche Methoden abgelehnt. weil man zum Schluss kam, diese Taktik sei falsch. Der Weg, Palästina zu befreien, besteht darin, den Feind im eigenen Land anzugreifen.

Welche Chancen gebt ihr allfälligen Friedensverhandlungen? Wie würde ein Frieden aussehen, den ihr akzeptieren könntet? Ich denke da an ein Interview, das der Führer der PDFLP, Hawatmeh, in einer israelischen Zeitung und in der westlichen Presse erscheinen liess.

Was eine allfällige Konferenz in Genf angeht, so müssen wir feststellen: *wir* sind das palästinische Volk, und die PLO ist seine einzige Vertreterin. Wir werden es nicht akzeptieren, wenn König Hussein sich als Vertreter der Palästiner ausgibt, und wir werden nicht nach Genf gehen, um die *Resolution 242* des Uno-Sicherheitsrats anzuerkennen. Die Resolution bezeichnet die Palästiner als *Flüchtlinge*. Wir sind nicht einfach Flüchtlinge, wir wollen als *Volk*, als *Nation* anerkannt werden. Wenn Genf so stattfindet, wie Hussein und Sadat es wollen, dann sagen wir: zur Hölle mit Genf. Wir werden auch nie zulassen, dass Hussein die Westbank wieder besetzt, falls die Israelis sich zurückziehen. Wir werden mit unserem Kampf fortfahren. Wir töten nicht zum Vergnügen, aber wir wollen unser Land befreien. Wir sind bereit, über Frieden zu sprechen, wenn jemand uns als Volk akzeptiert.

Was *Hawatmeh* erklärte, ist, dass wir bereit sind, mit linken Israelis zu reden. Wir wollen die Juden nicht ins Meer werfen. Wir wollen in einem *demokratischen, laizistischen Staat* leben. Nur *ein* Staat kann in dieser Region bestehen, und zwar ein *demokratisches Palästina*, wo Juden, Christen und Moslems in Frieden zusammenleben können. Das palästinische Volk wird nur einen Staat nach dem Prinzip «Ein Bürger – eine Stimme» akzeptieren. Wir wissen, dass auch junge Israelis diese Möglichkeit sehen und akzeptieren. Natürlich kann das alles nicht in einem Tag oder in einem Jahr geschehen, es wird viel Zeit, wahrscheinlich Generationen brauchen.

Béatrice Emmenegger, Jürg Bischoff

1 Demokratische Volksfront zur Befreiung Palästinas.
2 Volksfront zur Befreiung Palästinas.

Palästinische Freischärler. *«. . . da hilft nur noch der Griff zur Waffe.»*

Augenschein im bombardierten Südlibanon

Beirut, 19. Mai. (DPA) Uno-Beobachter, Journalisten und Beauftragte fremder Botschaften kletterten am Wochenende durch die weiten Trümmerfelder des von israelischen Jagdbombern buchstäblich ausradierten Palästina-Flüchtlingslagers *Nabatiyeh*. Armselige, zerlumpte Flüchtlinge gruben in den Ruinen, um vielleicht noch einen Schemel oder einen Blechtopf ihrer Habe zu finden. Die israelischen Luft-Boden-Raketen hatten wie ein Erdbeben auf die Flüchtlingshäuser gewirkt Auf den Strassen sah man Gruppen von obdachlos gewordenen Flüchtlingen und Autos mit libanesischen Zivilisten, die aus den wiederholt von der israelischen Armee angegriffenen Orten im Süden geflohen waren. In den von israelischen Jagdbombern attackierten Flüchtlingslagern waren glücklicherweise die Schulen geschlossen und die meisten Insassen rechtzeitig evakuiert worden – andernfalls wären die Menschenopfer nach Tausenden zu zählen.

In den Krankenhäusern liegen zahlreiche Verwundete. Einige der Opfer befanden sich in ihren Wohnhäusern in Marufieh am Stadtrand von Beirut, als israelische Flugzeuge mit Raketen angriffen. Die Flugzeuge sollen auch Jagd auf Einzelziele, weit entfernt von den Lagerbereichen, gemacht haben. So wurden zwei Polizisten auf der Dorfstrasse von *Mahruna* tödlich getroffen. In einem Ambulanzwagen, der Verletzte auf einer einsamen Strasse bei Dar al-Ahmar transportierte, sollen alle Insassen lebendigen Leibes verbrannt sein.

Die internationale Presse konnte am Freitag «Sprengstoffspielzeug» besichtigen, das Informationsminister *Shahin* als «teuflische Tat der Israeli» bezeichnete: Puppen, Spielautos, Spielroboter, die detonieren, wenn man mit ihnen spielen will. Sie sollen am Donnerstag von israelischen Flugzeugen abgeworfen worden sein.

Israelisches Dementi

Tel Aviv, 23. Mai. (R) Israel hat arabische Berichte zurückgewiesen, nach denen israelische Kampfflugzeuge bei ihren jüngsten Angriffen auf *Flüchtlingslager der Palästiner* in Libanon auch als Spielzeug getarnte *Sprengkörper* abgeworfen hätten. Ein israelischer Militärsprecher erklärte dazu in Tel Aviv, die israelische Armee habe solche Methoden niemals angewandt.

(aus «NZZ»)

Streiflichter

«Streiflichter» soll die neue «konzept»-Spalte heissen, in der in unorthodoxer Weise Aspekte der sogenannten «Kultursphäre» besprochen werden. Wohlbemerkt: Wir werden weder die neusten Filme ankünden noch die Bayreuther Festspiele besprechen. Denn wir verstehen unter Kultur etwas Umfassenderes als den Elite-Unterhaltungsbetrieb fürs gehobene Bürgertum. Kultur ist schliesslich der ganze Ueberbau unserer Gesellschaft. Das was auf dem wirtschaftlich politischen Fundament steht. Und dann auch zu wackeln beginnt, wenn das Fundament wackelt. Da gehört die Werbung ebenso dazu wie die drei Wochen Ferien auf Mallorca, die Gestaltung unserer Städte nicht weniger als unsere gesellschaftlichen Umgangsformen. Wir sehen die traditionelle Kultur (Musik, Theater, Literatur, Film etc.) in diesem erweiterten Zusammenhang.

In dieser Nummer macht Klara Obermüller, seit kurzem nicht mehr Feuilletonredaktorin bei der NZZ (Difficile est satiram non scribere . . .), einige Bemerkungen aus kompetenter Feder zur Verleihung des Zürcher Literaturpreises.*

** Es fällt schwer, keine Satire zu schreiben.*

Der Zürcher Literaturpreis oder

Was macht eine Stadt mit ihrem Geld?

Wie jede Stadt, die etwas auf sich hält, hat auch Zürich seine Preise zu vergeben: für kulturelles Schaffen zum Wohle der Stadt, im Dienste der Stadt oder, schlicht, *in* dieser Stadt. Es gibt einen Städtischen Kunstpreis, einen Städtischen Musikpreis und einen Städtischen Literaturpreis. Jedes Jahr kommt nach Möglichkeit einer von den dreien an die Reihe. Dieses Jahr war der Literaturpreis dran: 20 000 Franken, eine Feier im Grossen Tonhallesaal, Blumen für die Gattin, Musik und Reden. Bekommen hat dies alles heuer Dr. Erwin Jaeckle, einst Chefredaktor der «*Tat*», heute deren Feuilletonredaktor, gewesener Gemeinderat, gewesener Nationalrat und erfolgreich auch im Militär.

In den Berichten unserer Tageszeitungen stand zu lesen, er habe sich sowohl als Lyriker wie auch als Historiker, als Philosoph wie auch als Naturwissenschafter hervorgetan. Was nicht stand, ist, dass er einmal wegen Trunkenheit am Steuer im Gefängnis gesessen hatte. Aber das hat auch weiter nichts mit Literatur zu tun. Immerhin, Jaeckle hat, wie dies anlässlich des Festaktes zu hören war, 12 Gedichtbände, 6 Bände poetologischer Schriften und ferner eine Reihe von Arbeiten aus der Literatur ferner stehenden Gebieten publiziert. Als Feuilletonredaktor hat er sich im übrigen für die Literatur anderer Leute eingesetzt; das gehört zu diesem Beruf.

Gab die Feierstunde in der Tonhalle Auskunft darüber, weshalb und wofür Jaeckle den Preis bekommen hat, so gab er selbst an der anschliessenden Feier im kleinen Kreis Auskunft darüber, was er mit dem Preis zu tun gedenke. Er sprach – so war's im «*Tages-Anzeiger*» zu lesen – von den Schwierigkeiten des Autors, einen Verleger für seine Werke zu finden. Deshalb werde er auch diesen Preis, wie alle früheren, zur Finanzierung von Editionen seiner Bücher verwenden. Er dankte der Literaturkommission dafür und forderte sie auf, auch weiterhin Autoren zu berücksichtigen, die nicht unbedingt publikumswirksame Bücher schrieben.

Das klingt alles sehr schön, und man ist versucht, Jaeckle im Geiste für diese tapferen Worte die Hand zu schütteln. Aber in die Dankbarkeit mischt sich ein ungutes Gefühl: der Verdacht, Publikumswirksamkeit sei in Jaeckles Parnass noch immer so etwas wie ein Schimpfwort. Was heisst es denn, wenn Jaeckle mit dem von der Stadt erhaltenen Geld seine Bücher finanzieren muss? Doch wohl nichts anderes, als dass es ausser ihm niemand tut und folglich auch niemand seine Bücher liest. Das kann am bösen Kulturbetrieb liegen, vielleicht aber auch an seinen Büchern selbst.

Ein Journalist des «*Vorwärts*» hat sich die Mühe genommen, in diesen Büchern zu blättern, und hat dabei Sätze gefunden, die den Ewigkeitswert dieser Dichtung ein für allemal manifestieren. Für alle, die den «Vorwärts» nicht lesen, sei hier ein Beispiel gegeben; es ist autobiographisch: «*Das Sternbild solcher Herkunft im Scheitel will mich meine Wegspur sinnvoll bedünken. Viele meiner Gedichte kreisen um die ‚herbstzeitlose Zeit', und wo das ‚himmlische Gelächter' erklingt, geschieht es unter dem Gericht, das im Winkelmasse der Viertelstunden die Ueberheblichen, die übertrafen, beugt. Dort knarrt auch die Uhr in den Hölzern. Sie öffnet dem Irdischen zu Häupten einer Verheissung das Tor, die versunken und künftig zugleich ist. . .*» Das macht Jaeckle so schnell keiner nach; ich hatte nur schon beim Abschreiben Mühe. Doch muss es immerhin die Herren von der Literaturkommission «sinnvoll bedünken», ansonsten sie ihm den Preis wohl nicht gegeben hätten.

Damit mir aber keiner mit dem Vorwurf komme, ich hätte willkürlich zitiert, sei hier ein weiteres Beispiel angeführt; es bezieht sich auf jenen illustren geistigen Zirkel, den man die «*Freitagsrunde*» nannte: «*In noch engerer Gemeinschaft und ihrer Gebärde wurzeln die Bräuche der Stammtischrunde, die sich mit der Pünktlichkeit Unverpflichteter vor den versteinerten Hieroglyphen des Ueberdauerns, wie sie die Marmorplatte des Tisches im Café ‚Odeon' am Bellevueplatz sehen lässt, traf und trifft. Diese Nachmittage sind in die Literatur eingegangen, die selbstbewusste und die unterhaltende; dort wie hier ist sie von Herzen kundig.*»

Nun, die Hieroglyphen der Odeon-Tischchen zumindest haben nicht überdauert (das «Odeon», beliebter Treffpunkt von Jugendlichen, Intellektuellen und Künstlern im Zentrum von Zürich, wurde 1972 in eine Bank, eine Boutique und eine Cafeteria umgebaut), und ob die Literatur, die dort in die Geschichte einzugehen sich bemühte, auch kommenden Herzen noch kundig sei, wird die Zukunft weisen. Oder, um noch einmal Erwin Jaeckle zu Wort kommen zu lassen: «*Da und dort habe ich, was zuckt, im Bernstein der Ewigkeit versargt, und was im Offenbaren flüchtig blieb, wurde als ‚Glück in Glas' der Parze geweiht.*»

Ach, hätt' sie's doch behalten, die Parze, und für immer versargt, dann hätte man die 20 000 Franken gleich für die Herausgabe guter Bücher verwenden können und hätte dabei zudem die Musik und die Blumen gespart.

Klara Obermüller

Verlag der Fachvereine an der ETH-Z
Universitätsstrasse 19
8006 Zürich 01/47 99 85

Wissen Sie,
wie ein richtiges Literaturverzeichnis auszusehen hat?
Wissen Sie,
wo man bei Publikationen mit dem Seitenzählen beginnt?
Wissen Sie,
welches Druckverfahren für Sie am günstigsten ist?
Wir haben es uns zur Aufgabe gemacht, Ihnen bei der Herausgabe von

**DISSERTATIONEN
AUTOGRAPHIEN
FORSCHUNGS-
BERICHTEN**

zu helfen, und freuen uns, Ihnen bei den technischen Problemen unsere Erfahrung anbieten zu können.

Wo die Freiheit stirbt*

hns. Die Autobiographie des schweizerischen Sozialisten *Paul Thalmann** endet mit einem Zitat des französischen Sozialisten Jean Jaurès: «*Eine aus der Demokratie geborene Klasse, die sich nicht an die Gesetze der Demokratie hält, ihre Diktatur auch nur einige Tage über die Revolution hinaus verlängert, wird eine Räuberbande, welche die Reichtumsquellen des Landes ausbeutet.*» Von da aus bezeichnet er die Politik der KPs in den sozialistischen Ländern als nicht sozialistisch, ja er äussert sogar die Meinung, dass technischer Fortschritt und geplante Wirtschaft in der kapitalistischen Welt viel besser funktionieren! Für eine Politik in den noch kapitalistischen Ländern hält er die «alten Kategorien» *proletarische Revolution, Eroberung der Staatsmacht, proletarische Diktatur* für ebenso *überholt* wie den Klassenkampf. Die Revolution sei keine Parteisache, sondern die Angelegenheit aller Volksschichten. Eine wirkliche Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse erhofft er sich von den vielfältigen und im wesentlichen spontanen Aktionen der verschiedensten benachteiligten Bevölkerungsgruppen. T. schwärmt von den Anarchisten, die er im spanischen Bürgerkrieg kennengelernt hat: «*Dem autoritären Sozialismus stellten sie den freiheitlichen Sozialismus entgegen. Staatliche Institutionen waren ihnen in jeder Form ein Greuel. Sie wollten eine freie Gesellschaft, basierend auf den Gemeinden, den Arbeiter- und Bauernorganisationen, auf Körperschaften, die in freier Volkswahl den gesellschaftlichen Aufbau sichern sollten.*» Als Ausdruck eines freiheitlichen Sozialismus verteidigt er auch die Rätebewegung. Hauptfeind dieser freiheitlich-sozialistischen Bewegungen sind für ihn jene kommunistischen Parteien, die diese Bewegungen unter ihre zentrale Führung zu bringen versuchen, die «Unkontrollierbaren» zu disziplinieren suchen. Er selbst hat diese Politik im *spanischen Bürgerkrieg* erlebt, als die «Stalinisten» die Basisbewegung unter ihre Kontrolle zwängten. Aber seine Ablehnung gegen den «*autoritären Kommunismus*» hat er nicht nur von dorther (obwohl die Erlebnisse im spanischen Bürgerkrieg am ausführlichsten zur Sprache kommen). Er hatte verschiedentlich Gelegenheit, in seinem Leben diese Politik zu erleben. Und seine diesbezüglichen Erfahrungen machen den Inhalt des Buches aus.

T. kam gegen Kriegsende zur linkssozialistischen Jungburschenbewegung, war eine Zeitlang Sekretär der kommunistischen Jugendorganisation und studierte 1924–1927 an der Moskauer Arbeiteruniversität. In dieser Zeit erlebte und beobachtete er das Ende der innerparteilichen Demokratie und die Vernichtung der sowjetischen Parteiopposition durch *Stalin*. In die Schweiz zurückgekehrt, beteiligte er sich an den Richtungskämpfen innerhalb der KPS, kämpfte für die Parteidemokratie und gegen die unerbittliche Bekämpfung der sozialistischen Parteien und Gewerkschaften. Sein Motto war: «Wir müssen das antistalinistische Gift den Parteimitgliedern langsam, tropfenweise einflössen.» Er arbeitete als Redaktor an kommunistischen Zeitungen in Basel und Schaffhausen, trat schliesslich in die SP ein und kämpfte zwischen 1936 und 1938 im spanischen Bürgerkrieg mit den Anarchisten und Trotzkisten.

Thalmanns biographische Kapitel sind eine Mischung zwischen Aufzeichnung von Klatsch aus dem linken Kuchen und informativen Beschreibungen und Kurzanalysen von Personen, Situationen und Verhältnissen. Der Text ist im allgemeinen erfreulich anschaulich; man sollte aber nicht mit zu hohen Erwartungen an den Lebensbericht des alten, aber ungebrochenen Arbeiters, Journalisten und Schriftstellers herangehen. Seine Schilderungen sind sehr *subjektiv*, die theoretischen Aussagen kann er eigentlich «nur» mit seinen eigenen Erfahrungen begründen. Thalmann war zeitlebens ein «*Sucher*», aber *kein Theoretiker* (weil er die objektiven Gegebenheiten sehr ungern mit seinen Wünschen konfrontiert oder weil er nur das sehen will, was in seine Vorstellungen passt). Er hofft wohl, die Generation der Neuen Linken werde ihn verstehen.

* Paul Thalmann, *Wo die Freiheit stirbt*, Stationen eines politischen Kampfes, Walter-Verlag, Olten, 34 Fr.

finger zeig

«konzept» weist an dieser Stelle regelmässig auf neuerschienene Bücher für Studium und politische Praxis hin.

Repression in der Fabrik

«Es war wie 1933»

um. An die Zeit von 1933 bis 1945 – faschistische Herrschaft in Deutschland und zeitweise in grossen Teilen Europas – wollen sich deutsche Konzernherren nicht gerne erinnern. Ueber ihre Rolle bei der faschistischen Machtergreifung und den Profit, den sie daraus zogen, lassen sie die etablierte Geschichtswissenschaft nach Möglichkeit schweigen. Nach 1945 war schliesslich der «Spuk» vorbei, einige Köpfe wurden von der «Entnazifizierungskampagne» betroffen. Im übrigen sorgten die alliierten westlichen Besatzungsmächte dafür, dass der Uebergang vom «Nazikapitalismus» zum «Wirtschaftswunderkapitalismus» der BRD personell und strukturell praktisch reibungslos vor sich ging.

Wie sehr die Kontinuität der Unterdrückungsmassnahmen gegen die Arbeiter gewahrt blieb, hat nicht zuletzt der brutale Einsatz des betrieblichen Repressionsapparats (bewaffneter Werkschutz unter anderem) gegen die vor allem von Fremdarbeitern geführten «wilden» Streiks 1973 gezeigt: «*30 Jahre nach dem nationalsozialistischen Europa hat sich in Antwort auf den revolutionären Kampfzyklus der europäischen Massenarbeiter der späten sechziger Jahre der europäische Gesamtkapitalist zu einem modifizierten Rückgriff auf die ehemaligen Unterdrückungsmassnahmen entschlossen. Damals wie heute ist die europäische Arbeiterklasse aus Gründen der Spaltungsstrategie multinational zusammengesetzt – im Gegensatz zu damals allerdings nicht nur in Deutschland, sondern in allen kapitalistischen Zentren der EWG. Damals wie heute wird sie unmittelbar auf Fabrikebene angegriffen und gewaltsam in das Korsett einer ihr fremd erscheinenden Arbeitsorganisation hineingezwängt.*»

Wie in diesem Zitat angedeutet, analysieren die Autoren des Buches «Die ‚andere' Arbeiterbewegung»** die Entwicklung der sozialen Lage und der autonomen Kämpfe der unqualifizierten Massenarbeiter (Bergarbeiter, Werftarbeiter, Fliessbandarbeiter usw.), die sich von den Gewerkschaften, der SPD und zum Teil auch von den kommunistischen Parteien nicht vertreten wussten. Sie zeigen auch, wie das deutsche Kapital in den letzten 100 Jahren immer wieder versuchte, die Spaltung der Arbeiterklasse aufrechtzuerhalten durch Rationalisierungsmassnahmen, Umstrukturierung der Arbeitsorganisation, Schaffung von immer neuen Reservearmeen (Frauen, Jugendlichen, Zwangsarbeiter während des Krieges, Fremdarbeiter), Integration von reformistischen Teilen der Arbeiterbewegung und offene Gewalt gegen revolutionäre. Demgegenüber stellen sie die Versuche der Massenarbeiter dar, vor allem in autonomen Kampfformen, ohne Vermittlung von Parteien und Gewerkschaften, gegen das Kapital zu kämpfen. Unter solche Kampfformen fassen sie dabei sowohl Fluktuation, Krankfeiern, Langsamarbeiten wie auch Streiks und bewaffneten Kampf.

Der Ansatz der Autoren ist insofern (bewusst) einseitig, als er vom Standpunkt der unqualifizierten und meist auch unorganisierten Massenarbeiter ausgeht. Indem dadurch bisher eher vernachlässigtes Material aufgearbeitet wird, stellt das Buch aber ein notwendiges Korrektiv zur bisherigen Geschichtsschreibung der Arbeiterbewegung dar, die sich allzuoft in der Darstellung von Organisationsgeschichte und den Interessen der Facharbeiter erschöpfte.

** Karl Heinz Roth: Die «andere» Arbeiterbewegung und die Entwicklung der kapitalistischen Repression von 1880 bis zur Gegenwart. Ein Beitrag zum Neuverständnis der Klassengeschichte in Deutschland; mit ausführlicher Dokumentation zur Aufstandsbekämpfung, Werkschutz u. a.; Trikont-Verlag, München, 1974.

Bananen haben die Form eines Revolvers

Die Erpressungsmanöver der amerikanischen multinationalen Fruchtkonzerne, von denen im letzten «konzept» berichtet wurde, haben einen entscheidenden Erfolg verbuchen können. Panamas Industrie- und Handelsminister Manfredo kündigte die Reduktion der auf den Bananenexporten, dem «grünen Gold», erhobenen Steuer auf weniger als die Hälfte an.

Sieben lateinamerikanische Länder (Ecuador, Kolumbien, Panama, Costa Rica, Nicaragua, Honduras und Guatemala) hatten ab 1. Mai 1974 eine Steuer von ungefähr 1 Dollar pro 40-Pfund-Schachtel Bananen von den amerikanischen Fruchtkonzernen verlangt. Die zu diesem Zweck gegründete «Union der bananenexportierenden Länder» sah sich sofort extremem wirtschaftlichem Druck der betroffenen Konzerne ausgesetzt, vor allem der United Brands (ehemals besser bekannt unter dem Namen United Fruit) und der Standard Fruit Company (Tochter des US-Multis Castle & Cook). Ecuador fiel schon nach kurzer Zeit aus der Union heraus, und die Pressionen richteten sich auf Honduras und Costa Rica. Die Standard Fruit kündigte an, sich aus Costa Rica zurückziehen zu wollen. Staatspräsident Oduber will deren Geschäfte nun nach 30 Jahren Ausbeutung durch Costa Rica selbst weiterführen lassen.

Vernichtung der Ernte

Wie Honduras verfügen aber auch die Costaricaner nicht über die notwendigen internationalen Verteilernetze und Kühlschifflotten. Der Druck auf Honduras seinerseits äusserte sich in einem Einfrieren des Exports. Damit schwanden die Deviseneinnahmen der Regierung, und die noch bestehenden freien Zulieferer der Standard Fruit, die dort aktiv ist, werden ruiniert. Standard Fruit gab bekanntlich die Vernichtung von wöchentlich 145 000 Kartons Bananen, Ananas, Grapefruits und Kokosnüssen zu, um Honduras zum Einlenken zu zwingen (Ende Mai 1974).

Nach Ecuador haben sich unterdessen tatsächlich Costa Rica und Honduras bereit erklärt, die Steuer auf 25 Cents pro 40-Pfund-Karton zu reduzieren. Panama ist nun das neueste Glied der Bananenländerkette, das gerissen ist. Panama will mit der Steuer auf 40 bis 50% des ehemaligen Ansatzes von 1 Dollar hinuntergehen, sofern United Brands mindestens 2,4 Mio. Kartons pro Monat exportiert. Die Träume der Bananenstaaten, mit dem Mehrerlös eine eigene Handelsflotte aufzubauen, um von den Konzernen unabhängig zu werden, sind damit verzögert oder ganz in Frage gestellt. Nach Romeo Rey («Tages-Anzeiger» vom 11. Juni 1974) hätten die zusätzlichen Steuereinnahmen allein in Honduras jährlich 50 Mio. Dollar eingebracht.

Almosen statt normale Preise

Grosse Teile des Nationalvermögens von Honduras sind kürzlich durch den Hurrikan «Fifi» vernichtet worden. Die anlaufenden internationalen Sammlungen und Hilfeleistungen werden vermutlich nur einen kleinen Teil der verlorenen 50 Mio. Dollar einbringen – und auch dies nur einmal, nicht alljährlich.

Das Bild satter Amerikaner und Nordeuropäer, die 80% bzw. 67% der Bananen der vorsätzlich von ihren eigenen Konzernen gesprengten Union der Bananenländer verzehren und dann mildtätig für Hurrikanopfer spenden, ist die schlimmere Seuche als jene, die in den Ruinen von Honduras mottet. Mit kühlem Kopf gerechnet, muss man allerdings sagen, dass ein Bananenboykott diese Länder ebenso träfe wie die erpresserischen Multinationalen. Eine Lösung gibt es aber trotzdem, dann nämlich, wenn grosse internationale Institutionen, wie Rotes Kreuz, UNCTAD, Caritas, oder schweizerische Hilfswerke einen zeitlich beschränkten Boykott orchestrieren und wenn möglich Direktimporte durch grosse inländische Detailhändler organisieren. Dies ist wirkungsvoller als die individuelle Faust im Sack.

«Chiquita» von United Fruit

Bis 1967 gab es kaum Markennamen für Bananen. Vor der Aussicht stagnierender Pro-Kopf-Verkäufe lancierte die United Fruit, welche damals die Hälfte des europäischen Marktes beherrschte, die Kampagne für den von ihr geschaffenen Markennamen «Chiquita». Heute, nach sieben Jahren, kann man in vielen Läden keine anderen Bananen mehr kaufen. Die Schaffung einer sogenannten «Qualitätsbanane» durch die Benennung «Chiquita» vergrösserte aber nicht nur den Absatz, sondern auch die Gewinnspanne der United Fruit. Ralph Schlehofer beschrieb in der Marketing-Zeitschrift «Werben und Verkaufen» die kurzfristigen Ziele für die 1967er Kampagne folgendermassen: «Zwischen ‚Chiquita' und herkömmlichen Bananen sollte ein Preisunterschied geschaffen werden.» Und wer sich dem Firmendiktat der Bananenumbenennung nicht beugen will, dem höhnt die «Chiquita»-Werbung nach: «Das kommt davon, wenn man ‚Chiquita' nur Bananen nennt», oder: «Nenn nie ‚Chiquita' nur Banane.» Auf dem Werbebild wachsen dem «Chiquita»-Verächter Bananen zu Ohren oder Fingern oder Füssen heraus. Verarmung für das arme Produzentenland, Verdummung und Konsumhetze für das reiche Konsumentenland – das ist die Tat dieses Fruchtkonzerns. Im Namen des Profits. Mögen Sie eine Banane?

Beat Kappeler

Stellen

Lehrer, Juristen, Naturwissenschafter, Psychologen, Techniker . . . gesucht?

Schreiben Sie offene Stellen im Stellenanzeiger des «konzept», der deutschschweizerischen Studentenzeitung mit der grössten Auflage und dem grössten Umfang, aus.

Neue Erkenntnisse über die «Unrast der Jugend»:

Bildung stört die Harmonie

Von jeher sollen sich Alte und Junge gelegentlich in den Haaren gelegen haben. Aber in so tiefer Zwietracht wie heute haben die Generationen noch nie gelebt. Spätestens seit 1968, der grossen Zeit europäischer Jugendrebellion, ist die Jugend nicht nur für Eltern und Lehrer, sondern auch für Politiker zum Problem geworden. Eine soziologische Studie* bringt nun Licht ins Dunkel verschwommener Vorstellungen vom eskalierenden Generationenkonflikt. Ihr Fazit, kurz, unvollständig und polemisch formuliert: Die heutige Jugend ist nicht etwa schlechter, sondern nur gescheiter. Und deshalb macht sie Schwierigkeiten.

Als Jünglinge und Jungfrauen noch per Initiationsritus schlagartig aus dem Kindertum in die Mündigkeit befördert wurden, gab es, so definieren die Soziologen, strenggenommen keine Jugend. Die Jugend im Sinne einer Bevölkerungskategorie und ihre spezifischen Probleme gibt es erst, seit das Bildungs- und Ausbildungswesen zwischen Kinderstube und Erwachsenenleben sich eingeschoben und immer breiter gemacht hat. Im Bildungssystem sammelt sich, was nicht mehr Kind und noch nicht in Ehe und Erwerbsleben integrierter Erwachsener ist: die Jugendlichen.

Und in den Bildungsinstitutionen begann die Bewegung, welche die Zürcher Soziologen poetisch «Unrast der Jugend» nennen: Auflehnung gegen die von der älteren Generation verwalteten Institutionen, Distanzierung oder gar Ablehnung von überkommenen Werten, kämpferische Politaktionen auf allen Ebenen. Ein politischer Sturm und Drang, welcher den grössten Teil der Bevölkerung schockierte, weil er den gewohnten staatsbürgerlichen Spielregeln nicht entsprach.

Alter ist Macht

Drei gemeinsam und gleichzeitig wirkende Faktoren nennen die Soziologen für die Jugendrebellion, die fast keiner Industrienation erspart geblieben ist:

● *«Expansion des Bildungssystems»*, die für die jüngere Generation eine *«Egalisierung und Erhöhung der Bildungschancen»* bedeutete und die *«mit einer Politisierung der Studenten und Mittelschüler verbunden»* ist.

● Illegitimierung, das heisst steigende Zweifel an der Rechtmässigkeit der *«auf die Bedürfnisse der Wirtschaft ausgerichteten Bildungsinstitution» und* anderer gesellschaftlicher Einrichtungen. Ferner die *«Suche nach neuen Werten»*, bedingt durch eine sich abzeichnende Sättigung im Bereich des Lebensstandards.

● Wachsender Unmut gegen den Umstand, dass in den Institutionen nicht in erster Linie Macht hat, wer kompetent ist, sondern wer alt ist.

«Unter besonderer Berücksichtigung politischer Einstellungen und Verhaltensweisen» hatten Robert Blancpain und Erich Häuselmann die *«Unrast der Jugend»* zu untersuchen. So lautete der Auftrag des Zürcher Stadtrats, der sich seither von der Beschäftigung mit Jugendproblemen diespensierte, indem er sie zuhanden der Wissenschaft abschob.

Bildung treibt in die Opposition

Eines der zentralen Resultate der Studie lautet: Junge Menschen interessieren sich um so mehr für Politik, je länger sie die Schulbank gedrückt haben. Der *«stärkste Wirkungsfaktor»* für das Interesse an Politik, so heisst es in dem 287-Seiten-Buch, *«ist der formale Bildungsstatus»*: je höher die zuletzt abgeschlossene Schule, desto stärker der Hang zu politischem Denken und Handeln.

2500 Jugendliche und 500 Erwachsene der älteren Generation aus Stadt und Kanton Zürich befragten die Jugendforscher. Die gesammelten Antworten bilden das Grundmaterial für die Studie. Um den Jungen auf die Schliche ihrer politischen Praxis zu kommen, unterscheiden die beiden Soziologen zwischen den klassischen Möglichkeiten staatsbürgerlicher Einflussnahme durch

● Teilnahme an Wahlen und Abstimmungen, an Initiativen und Referenden

und den neuen, jugendspezifischen Mustern der Politbetätigung in Form von

● Aufklärungsaktionen, bewilligten und unbewilligten Kundgebungen, gezielter Provokation und passivem Widerstand.

Politische Möglichkeiten voll ausgenützt

Die Untersuchung weist nach, dass die institutionalisierten und die nichinstitutionalisierten Formen politischen Handelns für junge Leute von heute zusammengehören: *«Teilnehmer an (jugendspezifischen, Red.) politischen Aktionen bedienen sich häufiger der Initiative oder des Referendums und sie benutzen das Stimmrecht häufiger als Befragte, die an keinen Aktionen teilgenommen haben.»*

Die Aufteilung der politisch interessierten Jugend in Brave, die sich an die demokratischen Spielregeln halten, und Böse, die Radau schlagen, ist also nicht mehr als eine Wunschvorstellung von Ruhe-und-Ordnung-Verfechtern in Parteien und Lehrkörpern.

Unterteilbar ist die Jugend vielmehr nach dem Kriterium aktiv/passiv: Die Lust auf politische Betätigung wird um so grösser, je grösser der Schulsack eines jungen Menschen ist. Das politische Bewegungsbedürfnis nimmt ab, je stärker der junge Mensch via Erwerbstätigkeit und Ehe in die Gesellschaft integriert ist.

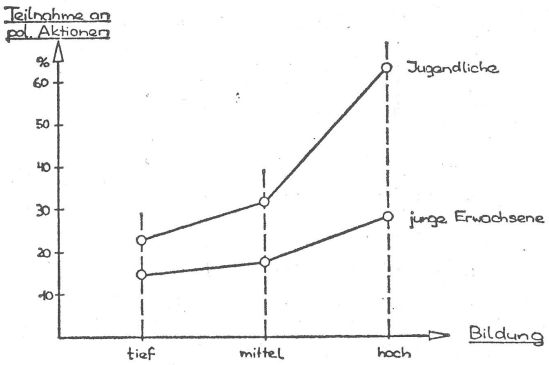
Die beiden Wirkungen ergänzen sich auf der Aktiv/passiv-Skala: Gebildete, nicht in die Erwachsenenwelt integrierte Studenten (soziologisch: *«Jugendliche»)* stellen bei jugendspezifischen APO-Aktionen eine viermal grössere Anzahl Teilnehmer als wenig gebildete, integrierte junge Leute (soziologisch: *«junge Erwachsene»)*.

Heirat und Erwerb entpolitisieren

Aber auch in der institutionalisierten Politik, bei Wahlen und Abstimmungen, Initiativen und Referenden schneidet die integrierte Jugend schlechter ab: *«Die Vermutung, dass durch die Aufnahme der Erwerbstätigkeit oder durch Heirat (Integration) auch die Relevanz der staatsbürgerlichen Pflichten grösser und damit die Benützung des Stimmrechts häufiger wird, ist nicht zutreffend»*, so fassen die Soziologen ihre Ergbnisse zusammen. *«Im Gegenteil»*, so streichen sie heraus, *«partizipieren die Jugendlichen stärker an der institutionalsierten Politik als bildungsmässig vergleichbare junge Erwachsene.»* So nehmen die volljährigen Jugendlichen zu 71 Prozent an Wahlen und Abstimmungen teil, junge Erwachsene dagegen nur zu 49 Prozent.

Die Unrast dauert an

Bildung veranlasst junge Leute, am Bestehenden Kritik zu üben und in Opposition zu gehen. Wenn das Bildungssystem gemäss dem Bildungshunger einer sich entwickelnden Wirtschaft



Aktionsteilnahme nach Bildung.

einen immer grösseren Anteil der Jugendlichen aufnimmt, vergrössert sich die Zahl der Aufmüpfigen. Bei immer längeren Ausbildungswegen wirkt sich zudem für einen immer grösseren Anteil junger Menschen die unrastdämpfende Integration in Ehe und Erwerbsleben viel später aus. Unter diesen Vorzeichen ist nicht anzunehmen, das Problem «Unrast der Jugend» könne demnächst ad acta gelegt werden.

Je gebildeter, desto oppositioneller

Trotz mannigfachen Bildungsbarrieren stört die breit vermittelte Bildung sicher auch weiterhin die Harmonie im Staat, die Ruhe im Parlamentssessel und am Katheder. In früheren Zeiten war der Generationenkonflikt noch nicht so strub: Der Anteil der Bevölkerung, der zur sogenannten Intelligenz gehörte, war kleiner als heute, und das Wissen schritt gemächlicher vorwärts.

Heute ist der Generationenkonflikt zu einen Kompetenzstreit geworden. Mit einem Seitenhieb auf die ältere Generation – die oft weniger kraft ihrer Kompetenz als vielmehr kraft ihrer Jahre Macht ausübt – stellt der Bericht im Schlusskapitel trocken und deutlich fest: *«Der Zerfall ‚feudaler' Strukturen ist bekanntlich mit einem hohen Grad an Konfliktivität verbunden.»*

Gewalt und politisches Interesse

Nachdem die Jugendlichen gegenüber «feudalen» Machtstrukturen schon verschiedentlich gewalttätig geworden sind, hatten die Jugendforscher Anlass, auch das Verhältnis der Jungzürcher zur Gewalt zu durchleuchten.

Die Kinder, so stellte sich heraus, sind gewaltfreundlicher als ihre Eltern. Relativ tolerant gegenüber Gewalt sind bei der älteren Generation lediglich 14,5 Prozent. Dagegen dulden mehr als doppelt soviel bei den Jugendlichen, nämlich 38 Prozent, Gewaltanwendung. Für die in die Erwachsenengesellschaft integrierten jungen Erwachsenen ändern die Prozentzahlen nur geringfügig.

Inwiefern Gewalt toleriert wird, ist damit eine Frage des Alters. Mit politischer Einstellung und Aktivität hat die Gewalttoleranz nichts zu tun. Politisch aktive und passive Junge weisen, so ermittelte die Umfrage, *«ungefähr gleiche Verteilung der Gewaltdimension auf»*. Damit ist erwiesen, das politisch unternehmungslustige Jugendliche seit 1968 zu Unrecht im Ruche stehen, Gut, Leib und Leben ihrer Gegner weniger hoch zu achten als ihre unpolitischen Altersgenossen.

Gleichzeitig mit dem Aufkommen des Kampfes gegen das Establishment begannen immer mehr Söhne und Töchter in den westlichen Industrienationen jugendspezifisch an Joints zu saugen und LSD-Trips einzuwerfen.

Gesoffen wurde schon von der älteren Generation. Der legalen Droge Alkohol frönen Junge und Alte gleich stark (91,2 und 90 Prozent). Dank einer leistungsfähigen Werbung mit Stossrichtung auf die Jugendlichen (das Geschäft von morgen) gibt sich die jüngere Generation dem Tabakpaffen in entschieden höherem Masse hin als die älteren (68 zu 43 Prozent). Beim Schlucken von Schmerz-, Schlaf- und Beruhigungsmitteln sind dann wieder die Alten im Vorsprung.

Droge bedeutet nicht Flucht

Die illegalen Drogen Cannabis, LSD, Meskalin und Opium einschliesslich Derivaten werden dagegen auschliesslich von Jungen vertilgt. Nach Auszählung der Soziologen sind es 10 Prozent der Jugendlichen, die mit den psychedelischen Trostspendern Bekanntschaft gemacht haben.

Wer sich illegale Drogen einverleibt, gehört aber wider Erwarten nicht zu den politisch Desinteressierten und Passiven. Nach den Zürcher Daten läuft der Drogenkonsum im Gegenteil zusammen mit politischer Neugier und Lust zu Politaktionen. Die Folgerung der Soziologen: *«Der Drogenkonsum darf also nicht ohne weiteres, wie dies oft getan wird, als Indiz eines apolitischen Rückzugs interpretiert werden.»*

Dieser Zusammenhang dürfte auch heute, drei Jahre nach der Erhebung der Daten (1971), seine Gültigkeit behalten haben. Denn der überraschende Befund ist, wie alle übrigen auch, nach allen Regeln der soziologischen Kunst durchgetestet worden. Nachvollziehbar auch für interessierte Nichtsoziologen.

Ueberhaupt legten die Autoren offensichtlich Wert auf Verständlichkeit. Der Bericht, der eine Fülle von Material sammelt, gruppiert und zueinander in Beziehung setzt, macht differenzierte Resultate nicht nur für soziologisch getrimmte Leser, sondern für alle in der Jugendproblematik einigermassen Bewanderten verfügbar.

In die Untersuchung sind weit mehr Merkmale einbezogen als in einer Zusammenfassung aufgegriffen werden können. So haben die Jugendforscher die politische Praxis der Jungen unter anderem in Beziehung gesetzt zur sozialen Herkunft, zum Geschlecht, zum städtischen oder ländlichen Wohnort, aber auch zu Einzelaspekten, wie etwa dem der Ablehnung der heute geltenden Gesellschaftsordnung. Untersuchungsobjekte sind ferner die von den Jugendlichen empfundene Belastung (Stress) im Elternhaus, im Bildungswesen und am Arbeitsplatz, die Selbsteinschätzung ihrer politischen Macht oder etwa ihr Interesse gegenüber den Massenmedien.

Das Zustandekommen der Resultate ist für den Leser durchschaubar: Die Fragen mit den dazugehörigen Antworten sind im Anhang des Buches gesammelt; die Art, in der Zusammenhänge hergestellt werden, wird ausführlich diskutiert und mit vielen Tabellen und schematischen Darstellungen illustriert.

Die Jungen sind für Gleichheit

Wichtiger Bestandteil der Studie sind Vergleiche mit den Einstellungen und Verhaltensweisen der älteren Generation. Sie geben Aufschluss, in welchen Bereichen sich Zielvorstellungen und Werte von Generation zu Generation verändert haben. Dabei zeigt sich etwa, dass die junge Generation dem Gleichheitsideal stärker verpflichtet ist. Ein Beispiel: Auf die Frage, ob Arbeiter und Angestellte gleichgestellt werden und ob Fremdarbeiter politische Rechte erhalten sollen, erwiesen sich nur 6,9 Prozent der Alten als ausgeprägt vom Gleichheitsgedanken beseelt. Von den Jungen hängen fünfmal mehr an strikten Gleichheitsvorstellungen (rund 36 Prozent).

«Diese starke Verschiebung», so interpretiert die Studie, *«lässt auf einen grundlegenden Wandel in der Beurteilung der Legitimität bestehender gesellschaftlicher Privilegien schliessen.»*

Angesichts so tiefgreifender Veränderungen zwischen den Generationen müssen diejenigen hinzulernen, die in der Unruhe der Jugend noch immer nur Flausen und Torheiten sehen wollen, die sich mit dem Erwachsenwerden von selbst erledigen. Die Studie zeigt deutlich, dass das Alter auf die Verhaltensweisen und Einstellungen der Jugendlichen so gut wie keinen Einfluss hat. Viel zentraler ist die Bildung, deren Wirkung auf die jungen Leute in fast allen untersuchten Bereichen als roter Faden immer wieder zum Vorschein kommt.

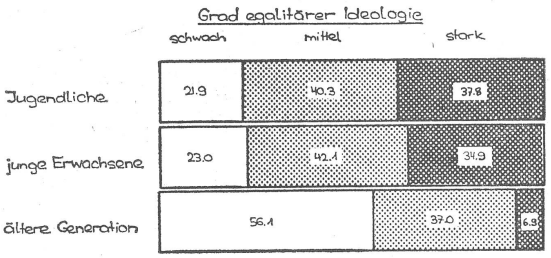
Für die Soziologen ist aufgrund ihrer Forschungen die *«doppelte Bedeutung von Bildung sehr klar»*: «Sie legitimiert Ansprüche an die Gesellschaft und erweitert das kognitive (erkenntnismässig überblickbare, Red.) Feld und den Aktionsraum, was mit Opposition gegen die bestehende Gesellschaft verbunden ist.»

Für die bisher inexistente helvetische Jugendpolitik gibt es nur zwei Möglichkeiten, mit der «Unrast der Jugend» fertig zu werden: mit dieser Opposition etwas Vernünftiges anfangen, oder – die Bildungexpansion stoppen. Die zweite Version ist die einfachere. Und in Form des Numerus clausus schon in greifbarer Nähe.

Roger Müller

---

* Robert Blancpain/Erich Häuselmann: «Zur Unrast der Jugend – Eine soziologische Untersuchung über Einstellungen, politische Verhaltensweisen und ihre gesellschaftlichen Determinanten». Verlag Huber, Frauenfeld und Stuttgart, Reihe «Soziologie in der Schweiz». 28 Franken.



konzept Tip

In dieser Spalte veröffentlicht die Redaktion von «konzept» Hinweise auf lesenswerte Publikationen ausserhalb der kommerziellen Produktion, die ihr zugestellt werden.

Gerold Aregger: *«In der Gruppe ist die Welt noch in Ordnung»*, Gruppendynamik im Kapitalismus. Kritische Einschätzung – Praktischer Versuch. Studentische Druckzentrale, Bern, 123 Seiten, Paperback, 10 Fr. Das Paperback umfasst:

– eine kritische (u. a. historische) Betrachtung gruppendynamischer Theorien und Praktiken in ihren verschiedenen Ausprägungen (am Arbeitsplatz, in Freizeit und Ausbildung).

– Die Beschreibung des eigenen Versuches eines alternativen gruppendynamischen Seminars.

«Ich halte vor allem den grundsätzlichen Teil für eine ausgezeichnete Zusammenfasssung der verschiedenartigsten theoretischen Ueberlegungen samt ihrer ideologiekritischen Würdigung.» (W. Giere, Hessische Landeszentrale für politische Bildung).

Zu beziehen bei: «buch 2000» (Postfach 36, 8910 Affoltern a. A.), Nr. 8693, oder in jeder Buchhandlung.

Erziehung zur Solidarität

Dies ist der Titel einer Untersuchung, die Ende letzten Jahres erschienen und von *Regula Renschler* im Auftrag des «Institut de Recherche et de Formation» und der Unesco verfasst worden ist. Der erste Teil, *«Organisationen und Institutionen»*, enthält eine vollständige Uebersicht all jener Stellen, die in irgendeiner Weise mit dem Problemkreis Schule–dritte Welt zu tun haben. Er dürfte u. a. Lehrer interessieren, welche eingesehen haben, dass die Probleme der dritten Welt zu wichtig sind, als dass man sie übergehen könnte.

Der zweite Teil, *«Schulen und Lehrer»*, enthält die Ergebnisse von 25 Interviews mit Lehrern und rund 12 Besuchen an Mittelschulen sowie Ausschnitte aus kantonalen Lehrplänen. Im allgemeinen kommt die dritte Welt in unseren offiziellen Lehrplänen schlecht weg. Es ist daher ermutigend zu sehen, dass sich trotzdem mancherorts in Sachen «Lernziel Solidarität» etwas tut. Die erwähnten Interviews enthalten Berichte von bereits durchgeführten Versuchen verschiedenster Art über die Problemkreise Entwicklung–Unterentwicklung. Hier findet bestimmt mancher Lehrer, Pfarrer usw. auch methodische Anregungen, die ihm bei der Gestaltung seines eigenen Unterrichts gute Dienste leisten.

Erhältlich für 8.60 Fr. bei der *«Erklärung von Bern», Veilchenstr. 6, 8032 Zürich.*

«Kostenexplosion» im Gesundheitswesen

Immer wieder wird die Kostenexplosion als das Hauptproblem des Gesundheitswesens hingestellt. Die Frage nach der Qualität der medizinischen Versorgung bleibt im Hintergrund: Die Diskussion über Finanzen lässt vergessen, dass z. B. die medizinische Versorgung der Landgebiete, die Arbeitsmedizin und die Präventivmedizin, die Betreuung der Betagten usw. dringend verbessert werden müssten oder dass auch das medizinische Personal Anspruch auf eine Verbesserung der Arbeitssituation hat. Das Gesundheitswesen lässt sich nicht wie irgendeine Warenproduktion rationalisieren, denn es geht hier immerhin um die Heilung von Menschen. Die wesentlichen Fragen lauten vielmehr: Weshalb wurde der Ausbau der Gesundheitsversorgung jahrelang vernachlässigt? Warum ziehen einige Monopolunternehmen aus dem Krankheitsmarkt überdurchschnittliche Gewinne? Warum werden wir zu immer gesundheitschädlicherem Leben gezwungen? Ein Mediziner-Autorenkollektiv der POCH hat in einer Broschüre diese Fragen und die Gründe des Kostenanstiegs untersucht. Erhältlich für 6 Fr. im POCH-Verlag, Postfach 554, 8027 Zürich.

«konzept» über Chile

«konzept» hat in drei Nummern Artikel über Chile veröffentlicht: «Die Herren der Welt» – über die Machenschaft der ITT in Chile mit ausführlichen Auszügen aus den geheimen ITT-Dokumenten (Nr. 1/6), «Chiles Herausforderung» – ein Bericht aus Chile über die wirtschaftliche und politische Entwicklung im Chile der gestürzten Unidad Popular (Nr. 1/7), «Chile: 15 000 Tote für ein besseres Investitionsklima» – über die Propaganda der Junta-Generale und «Hasta la victoria siempre!» – ein Augenzeugenbericht vom Putsch vom 12. September 73 (beide Nr. 1/74). Jede Nummer ist gegen 1.20 Fr. in Briefmarken erhältlich bei «konzept», Rämistr. 66, 8001 Zürich.

Kennen Sie

den jede Woche erscheinenden Stellen-Anzeiger des Bundes mit den vielen interessanten Angeboten?

Die Stelle

Verlangen Sie telefonisch oder mit Postkarte eine Probenummer der neuesten Ausgabe!

EIDG. PERSONALAMT
Stellennachweis
3003 Bern Telefon 031/61 62 53

Santé!

Aarg. Lehrerseminar
5430 Wettingen

Auf Frühjahr 1975 evtl. später ist zu besetzen:

1 Hauptlehrerstelle für

Pädagogik und Psychologie

Die Bewerber müssen im Besitze des Diploms für das höhere Lehramt oder eines gleichwertigen Studienausweises sein.

Der Grosse Rat des Kantons Aargau hat am 19. 12. 1972 eine neue Organisation für die Lehrerbildung beschlossen: Die Ausbildung zum Primarlehrer gliedert sich danach in eine allgemeine Mittelschulausbildung und die Berufsausbildung an einer Höheren Pädagogischen Lehranstalt (HPL). Die bisherigen Seminarien werden in Maturitätsschulen umgewandelt und führen als neuen Gymnasialtyp — voraussichtlich parallel zu andern Typen — pädagogisch-soziale Gymnasien (PSG).

Anmeldeformulare sind zu beziehen bei der Direktion des Aarg. Lehrerseminars, 5430 Wettingen, die auch Auskunft erteilt über die Anstellungsbedingungen.

Anmeldetermin: 20. Oktober 1974.

Erziehungsdepartement
des Kantons Aargau

Informiert???

Wussten Sie, dass

Compucorp

die modernsten prog. Handcomputer der **Welt** führt??

Unser **Gratistest** informiert Sie über unsere Mathematiker oder Statistiker mit 47 Funkt., 80—160 Prg.-Schritten, 10 unabhängigen Registern usw.

Helfen Sie uns, Ihre Meinung über unser Produkt zu wissen — **Testen Sie.**

Fordern Sie Prospekte oder einen Rechner und dann lassen Sie sich überraschen.

Unsere CC-Serien werden Sie erstaunen.

Compucorp: Maschinen AG, Bern, Nordring/Birkenweg 61, Tel. (031) 42 00 55

Bringen Sie Ihre wissenschaftlichen Arbeiten dem erfahrenen Spezialisten:
Juris Druck + Verlag AG, Basteiplatz 5, 8001 Zürich
Telefon 01 / 27 77 27

Abonnieren Sie **«konzept»**, die Zeitung, bei der die Information nicht an der Oberfläche bleibt. Jeden Monat eingehende Berichte, fundierte Analysen und kritische Kommentare

«konzept», die Zeitung für kritische Leser, die engagierte Auseinandersetzungen nicht scheuen. In jeder Nummer viele freizügige Kontaktinserate.

Abonnement: Pro Jahrgang Inland Fr. 12.–, Ausland Fr. 14.–. Abonnemente laufen jeweils von Januar bis Dezember.

Die nächsten 13 Nummern (bis zum Dezember 1975) Fr. 14.– (Ausland Fr. 16.–).

Für Bestellungen Name und Adresse auf Postkarte einsenden an «konzept», Rämistr. 66, 8001 Zürich.

Stadt Kloten

Auf Beginn des Wintersemesters 1974/75, 21. Oktober 1974, sind an unserer Schule einige Lehrstellen an der

Primarschule

(Unterstufe)

Oberschule

neu zu besetzen.

Nebst neuesten und modernsten Schulanlagen bietet eine aufgeschlossene Schulpflege Gewähr für die Anwendung moderner technischer Hilfsmittel für den Unterricht und ein angenehmes Arbeitsklima. Bei der Wohnungssuche sind wir Ihnen gerne behilflich.

Die Besoldung richtet sich nach der Besoldungsverordnung des Kantons Zürich. Die freiwillige Gemeindezulage entspricht den kant. Höchstansätzen. Die auswärtigen Dienstjahre werden angerechnet. Es kommen auch ausserkantonale Bewerberinnen und Bewerber in Frage.

Anmeldungen mit den üblichen Unterlagen sind an das Schulsekretariat Kloten, Stadthaus, 8302 Kloten, zuhanden des Schulpräsidenten, Herrn Kurt Falisi, zu richten. Für telephonische Auskünfte stehen wir Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung. Telephon (01) 813 13 00.

Schulpflege Kloten

Schulgemeinde Rorschach

am Bodensee

Auf Beginn des Schuljahres 1975/76 (21. April) sind an unserer Sekundarschule

1–2 Sekundarlehrstellen sprachlich-historischer Richtung

neu zu besetzen. Unsere Schule mit 13 bis 14 Klassen hat eine für Differenzierungen geeignete Grösse. Mit Ausnahme von Deutsch, Französisch und Geschichte, als obligatorisch zu erteilende Fächer, kann im Pensum auf die Ausbildung und Neigung Rücksicht genommen werden.

Nähere Auskünfte über die Schulorganisation erteilt der Vorsteher, Telefon (071) 41 20 37 von 11.15 bis 11.55 Uhr. Ueber die zeitgemässen Anstellungsverhältnisse erteilt das Schulsekretariat, Telefon (071) 41 20 34, gerne Auskunft. Interessenten sind freundlich eingeladen, ihre Bewerbung mit den üblichen Angaben und Unterlagen an das Schulsekretariat, 9400 Rorschach, zuhanden der Pädagogischen Kommission des Schulrates zu senden.

LA NEUCHÂTELOISE NEUCHÂTEL SUISSE

Transport
Accidents
Responsabilité civile
Véhicules à moteur
Bateaux
Incendie
Chômage incendie
Vol
Bris des glaces
Dégâts des eaux
Bagages
Bijoux et fourrures
Machines

Nous offrons à un

jeune juriste

de langue maternelle allemande, ayant de bonnes connaissances de la langue française, la possibilité de se familiariser avec tous les problèmes complexes et divers qui se posent journellement à une compagnie d'assurances, principalement dans les **branches Accident, Responsabilité civile** et Véhicules à moteur.

Il s'agit d'un poste intéressant, permettant à son titulaire de devenir, après un temps de formation approprié,

assistant du chef de département

Situation stable, bien rétribuée, offrant de réelles possibilités de développement.

Les candidats intéressés sont invités à adresser leurs offres au chef du personnel de

La Neuchâteloise

Compagnie Suisse d'Assurances Générales
rue du Bassin 16, 2001 Neuchâtel.

Tél. (038) 21 11 71, Interne 208.

Kritisches Lexikon Homosexualität

Brosch. 196 S. Fr. 15.— (+ Versand Fr. 1.—)
Informiert, deckt Zusammenhänge auf und versucht Lösungsmöglichkeiten zu diskutieren.

«him», das Magazin mit dem Mann

Monatliche Zeitschrift mit Informationen für und über Homosexuelle. Einzelnummer Fr. 9.50 (Versand Fr. 1.—)

«hey», Gay-Magazin

Monatlich. Organ der S.O.H. Einzelnummer Fr. 6.— (Versand Fr. 1.—)

Abonnementspreise (Drucksache, Brief) über Peter Thommen, Buchhändler, Postfach 177, 4018 Basel PC 40-67 761

Abonnieren Sie

«konzept»